

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Politische Berichte



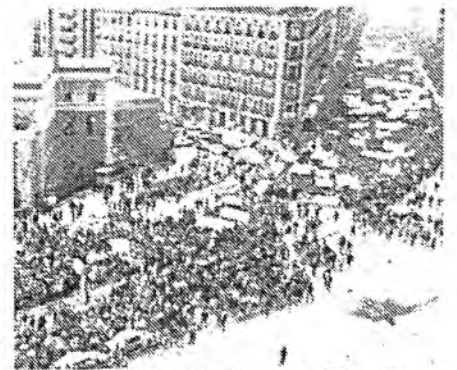
20. Februar 1987  
Jg. 8 Nr. 4

G 7756 D

Preis:  
2,50



BRD-Libanon: Die BRD ist direkt an Erpressungen und Aggressionen beteiligt Seite 10



Spanien: "En Huelga" – Die spanischen Studenten im landesweiten Streik Seite 15



Rentenreform: Der DGB läßt sich in die Strategie der Kapitalisten einbinden. BDA quittiert: Rentenalter erhöhen Seite 36

## Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/216442  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

## Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

**Steuerreform:** Die Forderung „Gleiche Steuersenkung für alle“ würde die Reaktion schwächen . . . 4

**Wehrkundetagung:** Abrüstung ist für die NATO kein Thema . . . . . 7

**Tschad:** Frankreich verstärkt Interventionstruppen . . . . . 7

**Neue Heimat-Ausschuß:** Wahlkampfhit „erfolgreich“ durchgezogen, Gewerkschaften werden zahlen 8  
Plünderung der Streikkasse . . . . . 9

**BRD-Libanon:** BRD an Erpressungen und Aggressionen beteiligt . . . 10  
Stationen einer Geiselnahme . . . . . 11

## Auslandsberichterstattung

**Afrika:** Die Produktion agrarischer Rohstoffe für den Weltmarkt ruiniert Schwarzafrika . . . . . 12  
BRD großer Importeur von „cash crops“ . . . . . 13

**Indien-Pakistan:** Militäraufmarsch an der Grenze . . . . . 13

**Philippinen:** Abstimmung über Verfassung: Votum für Aquino . . 14

**Türkei:** Erster Streik nach dem Militärputsch . . . . . 14

**Rotterdam:** Hafenarbeiter streiken gegen Entlassungen . . . . . 15

**Spanien:** „En Huelga“. Spaniens Studenten im Streik . . . . . 15

Internationale Meldungen . . . . . 16

## Aus Verbänden und Parteien

**Veröffentlichungen:**  
Venohrs Neuauflage faschistischer Geopolitik . . . . . 18  
Kriminalpolizist über „organisierte Kriminalität“ . . . . . 18  
Ungeschützte Arbeitsverhältnisse . 18  
Zeit- statt Geldzuschläge für belastete Arbeiter? . . . . . 18  
Flexibilisierung der Arbeitszeit in Westeuropa . . . . . 19

**VVN-BdA:** „Neue Deutsche“ gegen „Nationalisten“? Arbeiterinteressen bleiben auf der Strecke . . . . . 19  
Konferenz der VVN zur Geschichtsdebatte . . . . . 20

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten . . . . . 21

## Zimmermann droht – Was setzt die ÖTV dagegen?

Die erste Verhandlung über einen neuen Lohn tariff für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes ist am 13.2. ergebnislos auf Ende Februar vertagt worden. Innenminister Zimmermann stellte zur zweiten Runde ein Angebot in Aussicht und machte aber klar, daß dies unter dem letztjährigen Lohnabschluß, also unter 3 Prozent zu liegen habe. Ziemlich deutlich drohte die Finanzministerin Breuel aus Niedersachsen, daß ein Streik in Kauf genommen werden könne.

Die ÖTV fordert zusammen mit den Gewerkschaften von Post- und Bahn eine lineare Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6 Prozent. Die ÖTV argumentiert mit vier Gründen für höhere Einkommen, die auf der Leistungsorientierung beruhen und folglich die Dienstherren zu einem „mutigen tarifpolitischen Abschluß“ bewegen sollen.

Die Strukturveränderung im Beschäftigtenkörper des öffentlichen Dienstes wird aber für die ÖTV zum Problem ihrer Lohnpolitik. Von den Vollbeschäftigten am 30.6.85 hatten 10% einen Zeitvertrag. Beim Bund sind 17,6, bei den Ländern 34,1 und bei den Gemeinden 268,6 Tsd. Teilzeitbeschäftigte von den rund 2,3 Mio. Gesamtbeschäftigten. Die unstet Angestellten sind zudem noch völlig entrechtet.

Quellenhinweis: BILD-Zeitung, versch. Ausg., Süddeutsche Zeitung v. 14.2.87, Tarifinfo der ÖTV – (irs)

## Mit Schicht und Samstag zu zumutbaren Arbeiten?

Ohne Paukenschläge, aber zielstrebig fixiert Gesamtmetall in der Tarifbewegung um die 35-Stunden-Woche Positionen für mehr Flexibilisierung der Arbeitszeit. Der Hauptgeschäftsführer des Verbands, Kirchner, hat klargestellt, daß die von der IG Metall vorgeschlagenen „flexiblen“ Arbeitszeitmodelle (u.a. Frühschluß am Freitag oder anderen Wochentagen, Verkürzung der Spätschicht im Zweischichtbetrieb, freie Tage, aber auch versetzte Arbeitszeiten, Gleitzeit) im Rahmen von 8-Stunden-Tag und 40-Stunden-Woche den Flexi-Vorstellungen der Kapitalisten nicht entsprechen, sondern ein „Etikettenschwindel“ seien. Zugleich hat er Anforderungen für längere Betriebszeiten formuliert – und mit den Interessen von neu Einstellenden begründet:

1. Die Arbeitszeit der bisherigen Arbeitsplatzinhaber muß so verteilt werden, daß für neu einzustellende Arbeitnehmer zusammenhängende Arbeitszeitblöcke mit für sie zumutbarer Lage frei werden.

2. Für zusätzliche Vollzeitbeschäftigte müssen Arbeitsplätze ganztätig freigegeben werden, und zwar so, daß sich ein turnusmäßiger Wechsel ergibt, der

Besetzungssysteme mit entsprechenden Arbeitsplänen ermöglicht . . . Zum Ausgleich für freie Tage oder Freizeitperioden muß zudem eine längere Arbeitszeit als 8 Stunden pro Tag und eine längere wöchentliche Arbeitszeit als 40 Stunden möglich sein. Dabei muß auch der Samstag in die Verteilung einbezogen werden können, was selbstverständlich nur die Möglichkeit und nicht den Zwang der Samstagsarbeit bedeutet“.

Damit für neu einzustellende Leute zumutbare Arbeitszeiten möglich werden, ist was nötig? Nicht etwa eine solche Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, daß in der Normalzeit eingestellt wird. Sondern ein Verschieben von Arbeitszeiten, logischerweise in eine zweite Schicht, oder wenn sie schon besteht, in eine dritte, und in den Samstag. Von wegen freiwillig! Der Arbeitsmarkt erzwingt die Bereitschaft, der Tarif soll



Metallkapitalisten; Intensive Arbeit rund um die Uhr.

sie zulassen. Ein übler Dreh: „Zumutbare“ Arbeitszeiten für neu Einstellende, indem die Arbeitszeit für alle unzumutbar gemacht wird. (Quelle: Handelsblatt, 5.2.87 – rok)

## DGB-Aufruf zum Internationalen Frauentag

Der Aufruf stellt wichtige, häufig gelegnete Tatsachen fest: Zwei Drittel der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz sind Mädchen; Frauen werden von Vollzeit in Teilzeit gedrängt, von ungeschützten Arbeitsverhältnissen benachteiligt, erhalten die geringer bewerteten, niedriger bezahlten Arbeiten, haben kaum Aufstiegsmöglichkeiten. Die daraus abgeleiteten Forderungen sind „Chancengleichheit, vollwertige Arbeitsplätze und gerechter Lohn“. Die Forderung nach eigenständiger sozialer Sicherung der Frau fehlt in diesem Jahr. Sie soll dagegen einen „vollwertigen Arbeitsplatz“ fordern. Bezogen auf die zu erbringende Leistung ist das eine Verhöhnung aller teilzeitarbeitenden Frauen, sie haben „übereffiziente Arbeitsplätze“. Warum nicht das schlichte Wörtchen „Vollzeit“? Frauenarbeit soll „gerecht“

bewertet werden, warum nicht Abschaffung der unteren Lohngruppen? Die Beschlüsse der letzten DGB-Bundesfrauenkonferenz bezüglich der Situation der Frauen mit niedrigem Einkommen lassen sich in diesem Aufruf nicht finden. Aber Frauenförderpläne werden gefordert von der Wiege bis zur Bahre. Nach dem heftigen Streit über die „familiengerechten Arbeitszeiten“ taucht diese Forderung im diesjährigen Aufruf nicht mehr auf, aber dafür die „Abstimmung der Familien- und Beschäftigungspolitik“. Kann man das anders verstehen, als daß an dieser Forderung just Bundesarbeitsminister und Bundesfamilienminister arbeiten? Nicht ganz, es soll noch der dreijährige Elternurlaub dazukommen, denn in den ersten drei Jahren gehören die Kinder ja nun wirklich unter die Fuchtel der Eltern. Zum Schluß ist man richtig erleichtert, wenn man liest, daß immerhin noch die Forderung nach ausreichend Ganztagskindergärten und -horten vertreten wird. Krippen werden natürlich nicht mehr gefordert, denn die ersten drei Jahre sind ja ... s.o. – (rec)

#### Aids-Kampagne der Bundesregierung

Bundesgesundheitsministerin Süssmuth erläuterte in der „Welt“ vom 11.2.1987 die Ziele, die die Bundesregierung mit ihrer Kampagne gegen die Aids-Kranken verfolgt. Durch Drohung mit den Bestimmungen des Bundesseuchengesetzes (z.B. Möglichkeit der Internierung) will sie die Bevölkerung zwingen, das persönliche Verhalten zu ändern. Dieses Gesetz könne angewendet werden „bei denjenigen Personen, die andere gefährden bzw. die Krankheit bewußt weitertragen“. Noch weiter gehen in ihren Strafverfolgungsvorstellungen der Präsident der Bundesärztekammer, Vilmar, und

Bundesjustizminister Engelhard (FDP). Vilmar verlangt, wenn ein Aids-Kranker sein Leiden verschweigt und andere ansteckt, Anklage wegen Körperverletzung oder fahrlässiger Tötung zu erheben. Engelhard läßt durch „Bild“ (12.2.) verbreiten: „Wer weiß, daß er Aids hat und will, daß sich der Partner infiziert und daran stirbt, macht sich – wenn dies dann auch so kommt – eines vollendeten Tötungsdeliktes schuldig!“ Er könne wegen Totschlags oder Mordes angeklagt werden. Solche Äußerungen legen den Verdacht nahe, daß die Bundesregierung die Aufklärungskampagne, mit der sie für Treue in der Liebe und in der Ehe sowieso und für den verstärkten Konsum von Kondomen wirbt, in der Stoßrichtung als Verbrechensbekämpfung, zunächst noch als vorbeugende, führt. Für die Forschung, die sich mit der Bekämpfung der gefährlichen Immunschwäche befaßt, gibt sie wenig Geld aus, rund 15 Mio. DM im Jahre 1986 und 20 Mio. DM laut Haushaltsplan im Jahre 1987. Dafür hat Frau Süssmuth eine Erklärung bereit. Es sei illusorisch zu erwarten, die Krankheit könne „durch einen Kraftakt ausgerottet“ werden. Ungewiß sei, wann ein Medikament zur Verfügung stehe, das „bei tolerierbaren Nebenwirkungen“ den Krankheitsprozeß aufhalte. Niemand könne sagen, ob und wann ein wirksamer Impfstoff zur Verfügung stehen werde. Uneinig sind sich die Unionsparteien bislang, ob sie eine Meldepflicht einführen wollen. Frau Süssmuth gilt als zurückhaltend in dieser Frage. Sie befürchtet die Förderung der Verbreitung der Krankheit, wenn eine anonyme Meldepflicht und verschärfte Kontrollen eingeführt würden. Aber sie ist nicht gegen Meldepflicht: „Wenn an Meldepflicht gedacht ist, dann kann sie nur für alle gelten, da sich der Personenkreis nicht abgrenzen läßt.“ – (anl)

**Autonome:** Isolationsknast wegen „terroristischer Vereinigung“ . . . . . 22

**Privatfunk:** Radio-Bild in Niedersachsen . . . . . 22

**Nazi-Prozesse:** Verfahren gegen Massenmörder eingestellt . . . . . 23

**Westberlin:** Polizeiaktion gegen FAP – CDU-Kalkül? . . . . . 23

**Bosch:** Die Schäden durch Schichtarbeit treten spät, aber unausweichlich ein . . . . . 24

**Historikerstreit:** „Ist der Nationalsozialismus Geschichte?“ . . . . . 25

**Ausländerbeirat:** Entscheidung über Direktwahl noch vor der Sommerpause . . . . . 25

**Vertrauensärzte:** Die denken nur, man will krank machen, Krankheiten von der schweren Arbeit nehmen die nicht ernst . . . . . 26  
Rechtsgrundlagen für Arbeitsunfähigkeit . . . . . 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung . . . . . 28

**Bayr. Landtag:** Gegen Waffengeschäfte mit Südafrika . . . . . 29

#### Sozialstatistik

**Bundestagswahl:** Ergebnis und soziale Zusammensetzung der Bevölkerung – Hinweise für die strategische Diskussion . . . . . 30

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

**Hanefi Yeter:** Zuzugssperre (1978) 32

**BWK und VSP:** Übereinstimmung und Differenzen in einem wichtigen Punkt . . . . . 33

#### Spezialberichte

**Rentenreform:** DGB läßt sich in die Strategie der Kapitalisten einbinden . . . . . 36  
BDA, DGB und DAG zur Rentenpolitik . . . . . 37  
„Daß der Ruhestand zum Schock werden kann“ – BDA fordert späteren Renteneintritt . . . . . 38

Titelbild: Foto, mas, HH.

#### Anzeige

##### Inhalt:

Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der BRD \* Internationale Arbeiterbewegung, Befreiungsbewegungen \* Ausländer in der BRD \* Revolutionäre Arbeiterbewegung in der BRD \* Faschismus, antifaschistischer Kampf \* Gegen reaktionäre Bildungspolitik \* Antimilitarismus \* Politische Gefangene, Isolationshaft \* Gegen reaktionäre Sozial- und Familienpolitik \* Kommunalpolitik \* Reaktionäre Landespolitik.

Herausgeber: Bundesvorstand der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg

Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1  
Tel.: 0221/245643

Der Katalog wird kostenlos abgegeben. Bei Bestellungen bitte Briefmarken für den Versand beilegen.



## Steuerreform

## Die Forderung: „Gleiche Steuersenkung für alle“ würde die Demagogie der Reaktion schwächen

So unbestimmt die Einigungspunkte der Regierungsparteien zu den Einzelheiten der geplanten Steuerreform gegenwärtig auch noch sind: drei Schwerpunkte liegen fest.

Erstens: die „soziale Reform“. Sprecher der Regierung und der Kapitalisten propagieren dazu als steuerpolitischen Grundsatz: lebensnotwendiges Einkommen dürfe nicht länger der Lohn- oder Einkommenssteuer unterliegen.

Inzwischen zeichnet sich ab, was sie unter lebensnotwendig verstehen. Der Grundfreibetrag, ab 1.1.88 für Ledige bei 4536 DM im Jahr, das sind 378 DM im Monat, soll bis 1990, vielleicht sogar schon ab 1.1.88 um 700 DM erhöht werden. Dann wären 5236 DM im Jahr bzw. 436 DM im Monat steuerfrei. Nun wagen selbst die ausgekochtesten Anspruchsbekämpfer im Regierungs- und Kapitalistenlager nicht, ein solches Einkommen als „zum Leben ausreichend“ zu qualifizieren. Deshalb gibt es noch ein Fernziel. In den 90er Jahren will die Koalition, so sie dann noch regiert, den Grundfreibetrag auf 9000 DM bzw. 750 DM im Monat anheben.

Nahziel wie Fernziel haben eines gemeinsam: Nicht das lebensnotwendige Einkommen soll steuerfrei werden, sondern ein Einkommen, *das zum Leben nicht reicht*.

Der gewollte Effekt dieser Seite der Reform ist, den Kapitalisten bei der schwungvollen Ausweitung solcher Beschäftigungen, von denen kein einzelner Lohnabhängiger selbständig le-

ben kann, durch steuerpolitische Maßnahmen zu helfen. Künftig soll noch stärker als bisher für solche niedrigst bezahlte Arbeiten der für die Kapitalisten kostensenkende und die Beschäftigung ausweitende Grundsatz gelten: Bruttolohn = Nettolohn. Teilzeitarbeit, KapoVaz, Saisonarbeit, jede Art unsteter Beschäftigung sollen so steuerlich gefördert werden.

Zweiter Schwerpunkt der Reform ist die Beseitigung des sogenannten „Mittelstandsbauchs“ im Steuertarif. Schaubilder wie das auf dieser Seite dargestellte dokumentieren, was gemeint ist: Der Grenzsteuersatz, d.h. der Steuersatz, mit dem *zusätzliches* Einkommen in Gehaltszonen so ab 50000 DM brutto im Jahr, also im Bereich des leitenden Personals der Kapitalisten und im öffentlichen Dienst besteuert wird, soll deutlich gesenkt werden. Bei zu versteuernden Einkommen von beispielsweise 40000 DM für Ledige bzw. 80000 DM für Familien soll ein Entlastungseffekt von so um die 3000 DM pro Jahr netto eintreten, evtl. noch ergänzt um spezielle Maßnahmen zur Förderung Verheirateter mit Kindern. Gewollte Folge: Die Lebensführung besonders der werktätigen Intelligenz soll *durch Steuersenkung* verbessert werden, genug, um z.B. eine Putzfrau zusätzlich anzustellen, der Gattin einen Zweitwagen oder dem Sohn einen Drittwagen finanzieren zu können oder ähnliches. Das soll die in solchen Gehaltsbereichen sowieso bereits nachlassende Bereitschaft zu gewerkschaftlichem Engagement, zu politi-

scher Opposition gegen die Kapitalisten weiter untergraben. Das soll solchen Leuten vorführen, wie sich die angebliche Sparsamkeit eines Stoltenberg und die rücksichtslose Bekämpfung von Ansprüchen armer Leute für besser Verdienende in klingender Münze auszahlt, soll sie zur Duldung, wenn nicht offenen Unterstützung der brutalen Durchsetzung der Interessen der Kapitalisten ermuntern. Ein weiterer Effekt käme hinzu. Die Senkung sowohl der effektiv zu zahlenden Steuern wie des Grenzsteuersatzes würde Prämien der Kapitalisten sehr viel wirkungsvoller machen. Der für die Kapitalisten wie für die Mittelklassen störende Effekt, daß von solchen Prämien oft 40% und mehr versteuert werden, würde merklich gemildert. Im Ergebnis soll sowohl die Anhänglichkeit der Mittelklassen für einen rigorosen Ansprüche armer Leute bekämpfenden imperialistischen Staatsapparat wie für den Erfolg „ihres“ Unternehmens deutlich steigen.

Diesen Plan, die Mittelklassen quasi per steuerlicher Bestechung aus ihrer Opposition zur Kapitalistenklasse herauszukaufen, wollen sich Regierungspolitiker und Kapitalisten viel kosten lassen. Bis zu 25 Mrd. DM Steuersenkung sind für diese Gehaltsbezieher geplant. Noch vor kurzem konnte man hoffen, die Mittelklassen würden die angebotene Steuersenkung einstecken und trotzdem in Opposition zur Kapitalistenklasse bleiben. Nach dem Abschneiden der FDP bei den Bundestagswahlen sind da Zweifel angebracht.

### FDP will Auseinandersetzung um Dienstleistungsabend

Schon früher hatte die FDP mitgeteilt, daß sie nach entsprechendem Ausgang der Bundestagswahl auf eine weitere Flexibilisierung bei den Ladenöffnungszeiten drängen wolle. Wie aus den bislang mündlich vorgetragenen Vereinbarungen der Koalitionsrunde bekanntgeworden, soll der nächste Schritt so aussehen, wie von Wirtschaftsminister Bangemann vor der Wahl in Interviews angekündigt: Die Einführung eines „Dienstleistungsabends“ einmal in der Woche (donnerstags oder freitags), an dem neben Läden auch Ämter und Praxen länger geöffnet haben sollen. Die Gesamtöffnungszeit würde nicht verändert, sondern der lange Abend anderweitig ausgeglichen. Eine Absprache mit den Tarifparteien ist geplant. Damit wäre dem Anliegen der Einzelhandelsverbände – bislang auch

Gegner jeglicher Ladenschlußänderung – Rechnung getragen, den Personalaufwand so gering wie möglich zu halten. Modellversuche sind laut Bangemann nicht ausgeschlossen. Ein Köder für die Tarifparteien? Die Gewerkschaft HBV jedenfalls hat einen „heißen Frühling“ angekündigt. – (ccs)

### DGB: Matthöfer verkauft nun die Volksfürsorge

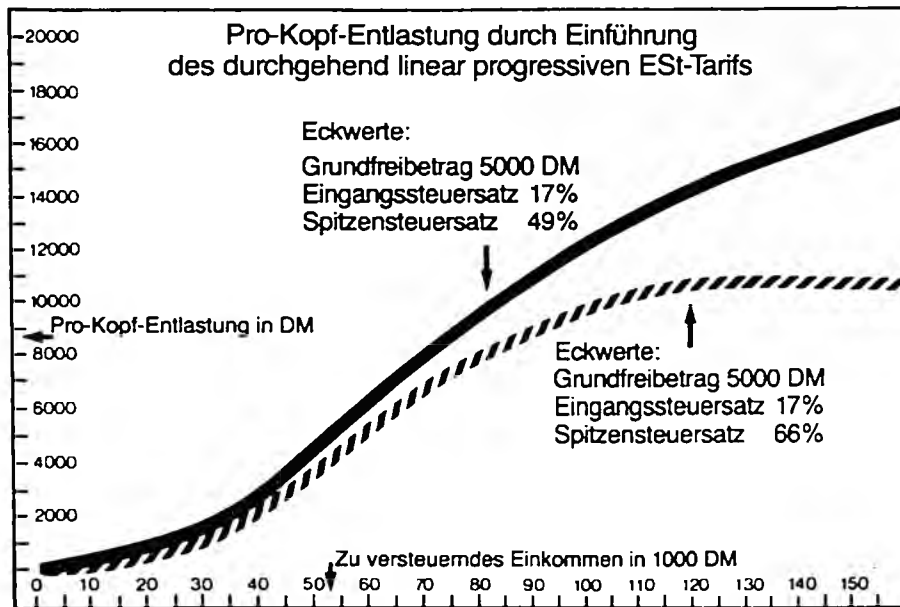
Mit „möglichst günstigen“ Erlösen aus dem Verkauf seiner restlichen Unternehmen will der DGB-Vorstand an einer „sozial verträglichen Abwicklung der Neuen Heimat mitwirken.“ Das teilte DGB-Vorsitzender Breit nach einer Klausurtagung des DGB-Bundesvorstands mit dem neuen BGAG-Geschäftsführer Hans Matthöfer am 10.2. der Presse mit. Bis auf eine Minderheitsbeteiligung wird der DGB nun auch seine Anteile an der „Volksfürsorge“ verkaufen, um mit

dem Erlös die horrenden Zinsforderungen der Banken gegenüber der Neuen Heimat wenigstens zeitweise begleichen zu können. Breit's Appell an Bund, Länder und Gemeinden, „im Interesse einer sozialverträglichen Abwicklung der Neuen Heimat an einer gemeinsamen Lösung bei fairer Verteilung der Lasten mitzuwirken“, wurde in der bürgerlichen Presse nur am Rande erwähnt – als vergeblicher Appell eines Schuldners an seine Gläubiger. – (rül)

### Rebmann ermittelt jetzt gegen Ausländer

Seit 1. Januar sind die im Dezember durch den Bundestag gebrachten Gesetzesänderungen zur „inneren Sicherheit“ in Kraft. Bundesanwalt Rebmann hat die neue Gesetzeslage sofort genutzt, um vor allem Ermittlungen gegen Ausländer, die des „Terrorismus“ verdächtigt werden, zu zentralisieren, in denen bisher regionale





Das abgebildete Modell des Münchner Ifo-Instituts zeigt die beabsichtigte Wirkung der Steuersenkung: Steuersenkungen bis weit über 10000 DM im Jahr für die höchsten Einkommen bilden das Hauptelement der geplanten Reform. Ein Fehler ist in der Beschriftung: Die untere Kurve geht nicht von 66%, sondern von 56% Spitzensteuersatz aus.

Dritter Schwerpunkt der geplanten Reform ist die „Entlastung der Unternehmen“. Hier laufen noch verschiedene Pläne um. Der rheinland-pfälzische Finanzminister – also de facto die BASF – hat hierzu einen inzwischen allseits für gut befundenen Plan vorgelegt, wonach den Kapitalisten erlaubt werden soll, ihre Gewerbesteuer mit ihrer Einkommens- und Körperschaftszahlung zu verrechnen. Ein solches Verfahren soll erlauben, den in der Vergangenheit immer wieder störend aufgetretenen Widerstand der Kommunen gegen eine Senkung ihrer wichtigsten Steuereinnahme zu umgehen und doch den gleichen Entlastungseffekt

für die Kapitalisten zu erzielen. Die Steuern der Kapitalisten sollen auf diese Weise um bis zu 10 Mrd. DM sinken. Andere Pläne sehen eine Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer und der Körperschaftsteuer auf 49% vor, wieder andere die Senkung von Erbschafts- und Vermögenssteuer.

Wie auch immer die Steuersenkung für die Kapitalisten aussehen wird: zu ihrer Begründung wird weltwirtschaftlich und weltpolitisch argumentiert. Die BRD drohe „im Wettbewerb der Steuersysteme zurückzufallen“, befindet beispielsweise der BDI. Die BRD müsse international „mehr Verantwort-

ung“ übernehmen, propagiert Kanzlerberater Teltschik. Die USA seien zunehmend in innenpolitische Auseinandersetzungen verstrickt, ähnlich wie am Ende der Präsidentschaft Carters, Europa, speziell die BRD im Bündnis mit Frankreich, müsse stärker „gestaltend“ in weltpolitischen Fragen eingreifen. Klar, daß die westdeutschen Monopole dafür über enormes flüssiges Kapital verfügen müssen. Dabei soll ihnen die Steuerreform helfen, wobei man noch hofft, nach Inkrafttreten der Steuersenkung auch ausländisches Kapital vermehrt in die BRD zu locken, das dann westdeutschen Monopolen auf dem Umweg über die Banken zur „Gestaltung“ der Weltwirtschaft ebenfalls zur Verfügung stünde.

Bei diesem dritten Punkt der Reform hat sich die Demagogie der Unions- und FDP-Politiker in den letzten Wochen am stärksten ausgetobt. Die CDA und Blüm etwa machten auf Arbeitnehmerpartei und forderten, den Spitzensteuersatz nicht zu senken. Tatsächlich ist nach dem gegenwärtigen Stand der Debatte im Regierungslager den Beziehern höchster Einkommen – ca. 100000 Steuerpflichtige, die mehr als 130000 DM im Jahr versteuern und folglich vom Spitzensatz von 56% betroffen sind – schon jetzt mindestens eine zweifache, wahrscheinlich sogar eine dreifache Entlastung sicher.

Für Bezieher höchster Einkommen gilt nämlich:

a) Sie profitieren von jeder Erhöhung des Grundfreibetrags, der Kinderfreibeträge usw. am stärksten.

b) Sie profitieren auch von der Beseitigung des „Mittelstandsbauches“ mehr als alle anderen.

c) Sie würden, wenn auch der Spitzensteuersatz gesenkt wird, zusätzlich dann noch ein drittes Mal entlastet, ein Effekt, der auch dann eintreten wird,

Staatsanwaltschaften tätig waren. Damit verfolgt Rebmann nun u.a. den Anschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle“, den Anschlag auf den Frankfurter Flughafen und den Anschlag auf einen us-amerikanischen Supermarkt in Frankfurt. – (uld)

#### Bundespost will nur Druckschrift

Das Hauptpostamt Mannheim hat seinen größeren Kunden kürzlich ein Rundschreiben unter dem Titel „automationsgerechte Postanschriften“ zugestellt. Da in Mannheim im Juli eine automatische Briefverteilungsanlage in Betrieb genommen wird, weist die Post darauf hin, daß Briefe, die nicht „automationsgerecht“ adressiert sind, nur verzögert befördert werden können. In einem Merkblatt „Mängel in Briefaufschriften“ wird ausgeführt, was alles der normalen Beförderung eines Briefes im Wege steht, z.B.: „Ort unterstrichen“, „Verwendung von

Schriften, die nicht maschinell lesbar sind (Kursivschrift ... und Handschriften)“. Wer also seinen Brief handschriftlich adressiert, kann nicht mehr mit gewöhnlichen Laufzeiten rechnen. Normal befördert werden sollen nur noch mit bestimmten Schreibmaschinentypen adressierte Briefe. Diese Maßnahme würde besonders Leute ohne Geld treffen, die noch dazu auf einen schnellen Briefverkehr angewiesen sind (z.B. alte Leute, Gefangene usw.). Es ist zu vermuten, daß auch in anderen Städten ähnliche Vorschriften erlassen werden. – (tob)

#### Neues NS-Opfer entdeckt: die Daimler-Benz AG!

78 DM teuer ist ein Buch, mit dem der Daimler-Benz-Konzern versucht, seine treibende Rolle im Faschismus, die mörderische Ausbeutung ausländischer Zwangsarbeiter und andere Verbrechen dieser Zeit zu beschönigen.

Das „Institut der deutschen Wirtschaft“ hat dem Buch eine Hymne aus der Feder eines Professor Dr. Volker Hentschel gewidmet. Der kommt u.a. zu folgenden Ergebnissen: „Gewiß wäre die Daimler-Benz AG lieber ein Produzent von Autos, vornehmlich für den privaten Gebrauch geblieben. Ebenso gewiß hat sie der offiziellen Ermunterung, auch Rüstungsgüter herzustellen, willig Folge geleistet ... Gewiß hätte das Unternehmen lieber mit seiner Stamm-Belegschaft weitergearbeitet, statt Mitarbeiter zu Abertausenden in den Krieg ziehen zu lassen – und ebenso gewiß hat es sich bis zu 30000 überwiegend Fremdarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge zuweisen lassen ... Ungewiß bleibt freilich, ob anderes in beiden Fällen möglich war.“ Ein dreister Versuch, aus Tätern Opfer des Faschismus zu machen. (H. Pohl u.a., Die Daimler-Benz AG in den Jahren 1933 bis 1945, Stuttgart 1986 – rül)



Westdeutsche Kapitalexperte ins Ausland von 110 Mrd. DM (einschließlich kurzfristiger Auslandsanlagen) allein von Januar bis September 1986 meldet die Bundesbank. Die Steuerreform soll den Reichtum der westdeutschen Kapitalisten, der in diesen Kapitalexperten zum Ausdruck kommt, noch weiter steigern. Gleichzeitig soll ausländisches Kapital (von Januar bis September '86 strömten 67 Mrd. DM in die BRD) vermehrt angelockt werden.

wenn beispielsweise der Spitzensteuersatz bleibt, aber die Einkommensgrenze, ab der jedes zusätzliche Einkommen mit 56% versteuert wird, von jetzt 130000 DM auf beispielsweise 200000 DM erhöht würde. Das „Handelsblatt“ rät deshalb den Regierungsparteien von einem Prinzipienstreit um dem Spitzensteuersatz ab. Hauptsache sei die effektive Entlastung, und die könne auch anders erreicht werden. Wenn Kapitalisten wie FDP und CSU dennoch großes Gewicht auf eine Senkung des Spitzensteuersatzes auf 49% legen, dann aus einem anderen Grund. Die Reaktionäre wollen eine neue öffentliche Marke gegen den „Umverteilungsstaat“ setzen: wie reich einer auch immer sein mag, wie groß die Not anderer: Nie wieder soll der Staat das Recht haben, auch nur die Hälfte seines zusätzlichen Einkommens zu versteuern.

Viele, die der Steuerreform eher skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, hoffen, das Regierungslager werde

sich über die Einzelheiten der Reform am Ende so zerstreuen, daß zumal bei nachlassender Konjunktur und damit sinkenden Steuereinnahmen die große Steuerreform am Ende platzt, scheitert oder jedenfalls nur mager ausfällt. Auch die bürgerliche Presse erweckt teilweise einen solchen Eindruck. Beim Subventionsabbau sei noch alles offen und im Grunde wenig zu erwarten, heißt es da oft. Solche Spekulationen sind hoffnungslos. Der letzte Subventionsbericht der Bundesregierung von 1985 beispielsweise führt unter den finanziell wichtigsten Subventionen und Finanzhilfen auf: Förderung des sozialen Wohnungsbaus (1986 2 Mrd. DM), Wohngeld (1,7 Mrd. DM), Verbesserung der Agrarstruktur (996 Mio. DM), Wohnungsbauprämien (970 Mio. DM) und Sparprämien (900 Mio. DM). Bei den Steuervergünstigungen steht an erster Stelle: erhöhte Abschreibungen auf Wohngebäude (5,7 Mrd. DM), auf Platz 6 die Arbeitneh-

mersparzulage (1,63 Mrd. DM), auf Platz 10 die Steuerbefreiung für Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Wochenendarbeit (1 Mrd. DM). Da soll kein Subventionsabbau möglich sein?

Also ist eine Einigung auf Grundsätze nötig, die gegenüber der reaktionären Demagogie der Steuerentlastung nach dem Grundsatz „Jedem das Seine“ – wobei dann passender Weise für die Arbeiter fast keine Steuersenkung, für ausländische Arbeiter womöglich sogar erneut eine Steuererhöhung herauskommt – einigermaßen Wirkung zeigen kann. Der DGB hat eine vernünftige Forderung entwickelt, die insbesondere die Addition jeder einzelnen Entlastung in den unteren Einkommensbereichen bei den höheren und höchsten Einkommen angreift. Das „Handelsblatt“ beschreibt das so: „Der DGB fordert ..., die ‚Grundentlastung‘ (gemeint ist die Entlastung durch Anhebung des Grundfreibetrags, d. Red.) bei zu versteuernden Einkommen von 130000/260000 DM auf einen bestimmten Betrag festzuschreiben und ihn bei noch höheren Einkommen bis auf Null abzubauen.“ (Hervorhebung durch d. Red.) Noch einfacher wäre es, man verlange, den vorgesehenen „Entlastungsrahmen“ der Steuerreform von netto ca. 25 Mrd. DM auf jeden Erwerbstätigen gleich oder wenigstens annähernd gleich zu verteilen. Also 1000 DM Steuersenkung im Jahr für jeden, oder mindestens 500 DM, höchstens 2000 DM Steuersenkung im Jahr. Das würde die Demagogie der Reaktionäre spürbar einschränken und die von ihnen geplanten spaltenden Wirkungen ihrer Reform deutlich mindern.

Quellenhinweis: Handelsblatt, Die Welt und FAZ, Ausgaben 25.1. bis 13.2.87 – (rül)

### DGB kritisiert Berufsbildungspolitik der Regierung

In seiner Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht 1987 hält der DGB erfreulicherweise an seiner Kritik fest, daß die Berufsbildungspolitik der Bundesregierung „Vertretung von Arbeitgeberinteressen“ sei. Zum Beweis dafür führt der DGB die „Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und die wiederholte Änderung der Ausbildereignerverordnung“ an. Vor allem greift der DGB an, daß, „statt qualifizierte Aus- und Weiterbildung für alle zu schaffen ... in den letzten Jahren relativ immer mehr Jugendliche ausgegrenzt worden (sind)“. Er verweist darauf, daß 1986 über 400000 Jugendliche nur eine „teilqualifizierende“ und über 270000 überhaupt keine Ausbildung erhalten hätten. Widerstand gegen die Ziele der Reaktion, eine Elite heranzuzüchten und gleichzeitig vielen Jugendlichen jegliche Aus-

bildung zu verwehren, kann sich durchaus darauf beziehen. Leider begründet der DGB seine Kritik damit, die BRD „als eine der führenden Industrienationen“ dürfe sich nicht den Luxus leisten, „im großen Ausmaß Qualifizierung fehlzuleiten“. Qualifizierende Ausbildung, damit die BRD-Imperialisten alle anderen besiegen? – (clm)

### Republikaner kandidieren in Rheinland-Pfalz

Die Ermutigung rechtsradikaler, neofaschistischer Kräfte durch das Ergebnis der NPD und anderer rechter Kandidaturen bei der Bundestagswahl hat zu einer ersten Konsequenz geführt: Die Republikaner, die bei den bayerischen Landtagswahlen ca. 3% der Stimmen erzielten und bei den Bundestagswahlen nicht angetreten waren, um gar nicht in den Verdacht zu kommen, den Machterhalt des reaktionären Lagers zu gefährden, wol-

len nun nicht erst bei den Wahlen in Bremen in Herbst, sondern bereits im Mai bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz kandidieren. Dort scheint die Mehrheit von Union und FDP ungefährdet, während NPD, Patrioten und ÖDP überdurchschnittliche Ergebnisse erzielten und zusammen 1,2% der Stimmen erreichten. Das hat anscheinend gereicht, um auch in Kreisen der Großchemie Interesse an einer Kandidatur der Republikaner zu wecken. – (rül)

### Viel Rummel um den neuen Airbus

Bei Vorstellung des Airbus A-300 vor 15 Jahren hätten ganze 15 Bestellungen vorgelegen, nun, bei Vorstellung des A-320, lägen Bestellungen, Optionen und Absichtserklärungen „für 439 Flugzeuge vor. Das hat es noch nie gegeben. Nicht einmal Boeing-Bestseller konnten so viel Vorschußlorbeeren auf ihr Konto buchen.“ (FAZ, 16.2.) Mit

## Wehrkundetagung

**Abrüstung ist für die NATO kein Thema**

Die 24. internationale Wehrkundetagung am 31.1./1.2. in München, zu der wie immer hohe Militärs und Politiker aus der NATO aufliefen, hatte die „Perspektiven der Allianz“ zum Thema. Das Wortgetöse des Abteilungsleiters im US-Verteidigungsministerium Perle, die europäischen NATO-Länder ließen es an begrifflich klarer Feinderfassung mangeln, hat in der Presse etwas überdeckt, daß im wesentlichen Einigkeit in zwei Fragen geherrscht hat: 1. Eine „Null-Lösung“ bei Mittelstreckenraketen wird es nicht geben; 2. das Verschwinden von Atomwaffen von der Erde wird von der NATO nicht gewünscht.

Nach dem Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow in Reykjavik hatten die US-Regierung wie auch die Bundesregierung einen totalen beiderseitigen Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa, eben die „Null-Lösung“, für möglich erklärt, falls die SU ihre Ablehnung gegen das SDI-Programm aufgibt. Der NATO-Oberbefehlshaber in Europa Rogers hielt es gleich für unmöglich, inzwischen ist das Regierungsmeinung der USA. Strauß erklärte auf der Tagung, die Aufstellung der Mittelstreckenraketen in Westeuropa sei nur zur „Beschwichtigung der innenpolitischen Meinung“ mit sowjetischen Raketen begründet worden. Tatsächlich gebe es andere Gründe. Im Rahmen des FOFA-Konzepts der NATO, wonach neben der ersten Staffel, also der Front, gleichzeitig die „zweite Staffel“ des Warschauer Paktes angegriffen werden soll, kommt

Raketen mittlerer Reichweite eine wichtige Bedeutung zu – nuklear oder auch konventionell bestückt. Darauf wird die NATO nicht verzichten. Wörner als Regierungsmitglied formulierte vorsichtiger: „Das Angebot einer Null-Lösung – zu dem wir stehen – enthält unbestreitbare sicherheitspolitische Nachteile für Westeuropa und beweist die Kompromißbereitschaft und das weitgehende Entgegenkommen des Westens. Um so wichtiger ist daher auch der zweite Verhandlungsschritt: die Reduzierung kürzer reichender Mittelstreckenwaffen auf gemeinsame Obergrenzen.“ Bei Kurzstreckenraketen hat Wörner nämlich ein gewaltiges Übergewicht der SU festgestellt. Damit wird der Abbau der Mittelstreckenraketen an Maßnahmen zum weiteren Abbau der sowjetischen Verteidigungsfähigkeit gekoppelt. Gleichzeitig begründet Wörner so einen Ausbau des Raketenarsenals im Kurzstreckenbereich in der Bundeswehr, um die Wirkung der „Vorneverteidigung“ zu erhöhen. Praktisch stellt diese Koppelung ein Abrücken vom Null-Angebot dar.

Übereinstimmung herrschte auf der Tagung über die grundsätzliche Notwendigkeit von Atomwaffen für die NATO. Wörner: „Es gibt keinen Ersatz für die nukleare Strategie.“ Das richtet sich gegen Vorschläge der Sowjetunion, sämtliche Atomwaffen schrittweise bis zur Jahrtausendwende abzuschaffen. Das Begründungsschema ist bekannt. Konventionell sei der Warschauer Pakt derart überlegen, daß ohne die Atomwaffen der NATO eine unmittelbare „Invasion“ der Sowjetunion bevorstünde. Wegen dieser „Invasionsfähigkeit“ stellte Wörner aber auch Bedingungen für konventionelle Abrüstung, die unannehmbar sind, weil sie die Sowjetunion wehrlos machen würden.

Insgesamt hat diese Wehrkundetagung zu einer Verständigung der wichtigen NATO-Mitglieder über eine grundsätzliche Marschroute zu den Abrüstungsverhandlungen und den Vorschlägen der SU geführt. Jedes Abkommen soll unmöglich gemacht werden, um weiter ungezügelt für die Angriffsziele der NATO aufzurüsten.

Kontrovers wurde auf der Tagung ein möglicher Abzug von US-Truppen aus Europa diskutiert, der vor allem von demokratischen US-Senatoren vorgetragen wurde. In Europa sind derzeit 324000 US-Soldaten stationiert, knapp 250000 davon in der BRD. Die europäischen NATO-Vertreter setzten sich dagegen stark für eine weitere unmittelbare Einbindung von US-Streitkräften in die europäische Front ein. Bemerkenswert war darüber hinaus, wie einmütig der von Bahr vorgeschlagene Entwurf eines 300 km breiten Korridors in Mitteleuropa ohne Panzer und schwere Waffen niedergemacht wurde.

Quellenhinweis: Welt, FAZ, 2. u. 3.2., bw-aktuell, 5.2., Wörners Rede als Pressematerial des BMVg v. 30.1.87 – (jok)

## Tschad

**Frankreich verstärkt Interventionstruppen**

Am 7. Februar haben die französischen Imperialisten über 1000 Soldaten von Militärbasen in der Zentralafrikanischen Republik nach Tschad, in zwei Orte unmittelbar am 16. Breitengrad, verlegt. Es handelt sich dabei fast ausnahmslos um Heereseinheiten der französischen Eingreiftruppe FAR. Die französischen Interventionstruppen er-

solchen und ähnlichen Lobeshymnen wurde in der bürgerlichen Presse das neue Airbus-Kurz- und Mittelstreckenmodell A-320 gefeiert. Strauß, Bangemann, der französische Ministerpräsident Chirac gaben sich gegenüber den USA, die mit Handelssanktionen gegen den Airbus gedroht hatten, kampfbereit. Wenn die USA einen „Krieg“ auf dem Weltmarkt für Großflugzeuge wünschten, könnten sie ihn kriegen – so Chirac. Kampfbereitschaft und Feier haben ihren Grund: Seit Anfang der 80er Jahre übertreffen die Ausfuhren der EG in die USA die Exporte der USA in den EG-Raum. Seit dem letzten Jahr liegen auch die Kapitalanlagen der EG-Imperialisten in den USA höher als die der USA in der EG. Mit dem „Airbus“-Programm wollen die westeuropäischen Imperialisten jetzt auch bei „Hochtechnologie“-Produkten wie Großflugzeugen die USA auf dem Weltmarkt schlagen. – (rül)



„Das Wahlergebnis bedeutet, daß die Wende nun eingeklagt werden kann“ – mit dieser Losung „demonstrierten“ am 5.2. Mitglieder des „Bundesverbands Junger Unternehmer“ in Bonn. Sie forderten die Bundesregierung zu schärferem Vorgehen gegen die Lohnabhängigen auf. So sollen alle Subventionen (z.B. Wohngeld, Sparförderung, Steuerbefreiung für Nachtarbeitszuschläge usw.) jährlich um 10% abgebaut werden. Zum Schutz vor angemessenen Antworten der Passanten hatte der BJU das Kanzleramt als Kundgebungsort gewählt. – (rül)

reichen so mit über 2500 Soldaten fast den Stand während der letzten Operation „Manta“ zwischen August 1983 und November 1984, als 3000 französische und 2000 zairische Soldaten die Einnahme der tschadischen Hauptstadt Ndjamena durch die von Libyen unterstützten Streitkräfte der GUNT verhierten. Entgegen der Praxis früherer Truppenbewegungen wurden die jetzigen Interventionseinheiten nicht zuerst in die Hauptstadt Ndjamena geflogen, sondern direkt an die Front im Norden des Tschad, um bereits dort gelagertes militärisches Gerät für Geheimoperationen zu übernehmen. Der französische Außenminister rechtfertigte die Verstärkung der Interventionstruppen damit, daß die Tschader „auch nördlich des 16. Breitengrades bei sich zu Hause“ seien.

Die Verlagerung des Krieges in den Norden des Tschad haben die französischen Imperialisten im Rahmen der Operation „Epervier“ (Sperber) seit einigen Monaten vorbereitet. Unmittelbar am 16. Breitengrad wurde bereits eine Radarstation eingerichtet und eine Fallschirmjägereinheit stationiert, damit konnte die militärische Operationsfähigkeit bis weit in den Norden hinein ausgeweitet werden. 400 km östlich unterhält eine französische Einheit eine größere Nachschubbasis für die tschadischen Habré-Truppen, die in den letzten Wochen von dort mit französischer Unterstützung nach Norden gegen GUNT-Streitkräfte und libysche Verbände vorgestoßen sind. Mit der Schaffung von weiteren französischen Stützpunkten am 16. Breitengrad entfällt auch das bisher notwendige Nachtanken der französischen Jagdflugzeuge in der Luft.

Die französischen Imperialisten haben ihre wiederholten Interventionen in Tschad jeweils mit dem Abkommen zwischen Frankreich und Tschad aus dem Jahre 1976 begründet. Tatsächlich entspricht das Abkommen aber weder einem Verteidigungspakt noch einem Sicherheitsvertrag. Es enthält keine *Beistandsklausel*, sondern bezieht sich nur auf eine technische Militärkooperation. Das erklärt auch, weshalb bislang französische Soldaten in tschadische Uniformen schlüpfen mußten.

Die Ausweitung der französischen Intervention in Tschad ist in Frankreich selbst auf keine größeren Proteste gestoßen, z.B. berichtete die *L'Humanité*, Zentralorgan der KPF, unmittelbar danach, ohne den Abzug der französischen Truppen zu fordern. Staatspräsident Mitterrand lehnte anlässlich des Besuchs des kongolesischen Präsidenten und derzeitigen OAU-Präsidenten Nguesso am 9.2. in Paris die Forderung nach Abzug der französischen Truppen ab.

Quellenhinweis: NZZ, 7.2., 10.2., 12.2.; Le Monde, 6.2., 8./9.2.; L'Humanité, 9.2. – (sie)

## Neue Heimat-Untersuchungsausschuß

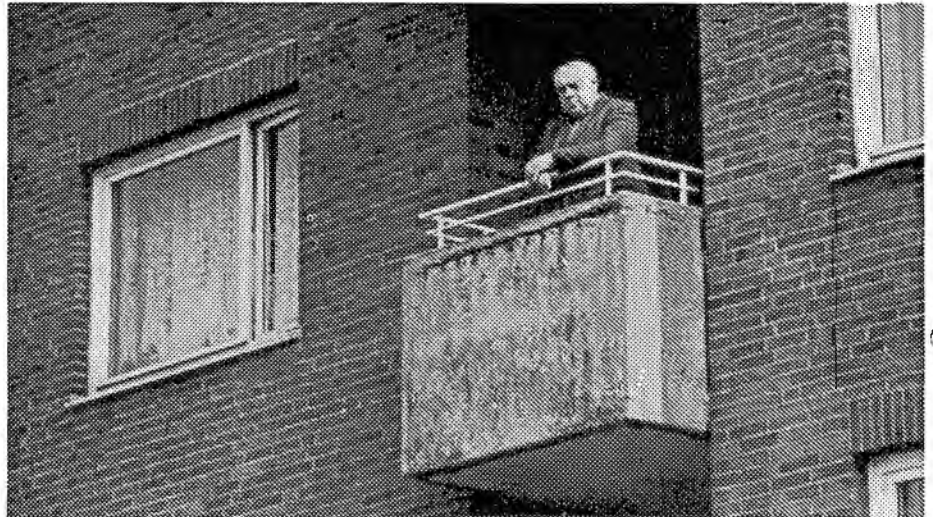
# Wahlkampfhit „erfolgreich“ durchgezogen Gewerkschaften werden zahlen

Im Januar '87 hat der Neue Heimat-Untersuchungsausschuß aus der Sicht von CDU/CSU/FDP seine Arbeit erfolgreich beendet. Vorerst, denn es soll ihrer Ansicht nach ein weiterer Ausschuß zu den Auslandsaktivitäten der NH gebildet werden. Kein Wunder, denn das NH-Thema ist für die Reaktion bisher sehr erfolgreich gewesen. Der Untersuchungsausschuß ist wie im April von der CDU geplant verlaufen: Einsetzung im Juni, Abschluß kurz vor den Bundestagswahlen. Ergebnis: Die Gewerkschaften wurden gezwungen, für die Schulden der NH weitgehend einzustehen, um den Ansprüchen der Banken, des Staates, der Mieter und der Beschäftigten der NH weitgehend nachzukommen – auf Kosten der Streikkasse.

Grüne und SPD haben entgegen den Absichten der christlichen Reaktion die finanzielle Verantwortung von Banken und Staat hervorgehoben. Die Grünen haben schon im März '86 allein vom Bund 1,25 Mrd. DM Verlust-

betriebene bzw. geförderte schrittweise Aushöhlung gemeinwirtschaftlicher Grundsätze der Grund für die Verschuldung der NH. So ist auch der gemeinnützige Wohnungsbestand der NH im wesentlichen nicht defizitär. Das mußte auch die CDU festhalten. Von den anderen Bereichen der Gemeinwirtschaft der Gewerkschaften ist ohnehin bekannt, daß sie trotz teilweise günstiger Leistungen Gewinne abwerfen. Diese sollen auch nur verkauft werden, um die Schulden für die NH zu decken. Insofern ist die Krise der NH keine Krise der Gemeinwirtschaft, wie es bestimmte Kreise gern herbeireden wollen.

Die wesentlichen Verluste der NH sind gerade im nichtgemeinnützigen Bereich der Grundstücksbevorratung und dem Vorratsbau (vorwiegend Eigentumswohnungen, Eigenheime) entstanden sowie durch einen Personalstamm, der Stadtplanung, Sanierung und die Planung vieler Versorgungseinrichtungen bis hin zur Industrieansied-



Keine andere Gesellschaft hat so viele Wohnungen und öffentliche Versorgungseinrichtungen gebaut wie die NH (Bild: Seniorenwohnanlage).

ausgleich gefordert. Immerhin hat jetzt der DGB-Bundesvorstand im Februar den „geordneten Rückzug aus der Gemeinwirtschaft“ beschließen müssen, um den o.g. Ansprüchen über mehrere Mrd. DM aus der NH-Verschuldung entsprechen zu können. Erfreulich dabei ist lediglich, daß sich nicht diejenigen Kräfte durchzusetzen scheinen, die den vollständigen Ausstieg der Gewerkschaften aus der Gemeinwirtschaft bei dieser Gelegenheit propagiert haben. Wie auch aus „Der Gewerkschafter“ 12/86 hervorgeht, ist nicht die Gemeinwirtschaft selbst, sondern gerade die staatlich und von den Banken

lung betrieben hat. Vorteile von diesen Aktivitäten der NH hatten 1. die staatlichen Organe, die durch den Bau öffentlicher Versorgungseinrichtungen (Wohnungen, Kitas, Schulen, Hochschulen usw.) durch die NH nicht nur finanziell wesentlich entlastet wurden, sie brauchten auch das Finanzierungsrisiko nicht zu tragen. Vorteile hatten 2. die Banken, die wegen der fehlenden Eigenmittel der NH (im Gegensatz zum privatwirtschaftlichen Bereich besteht im gemeinnützigen nicht die Möglichkeit, aus etwaigen Gewinnen die Rücklage zu erhöhen) auch die extremsten Finanzierungsgeschäfte (ohne



## Untersuchungsausschuß „NEUE HEIMAT“: Plünderung der Streikkasse

Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus dem Bericht des 3. Untersuchungsausschusses „NEUE HEIMAT“ vom 7.1.1987 (BT-Drs. 10/6779).

1. Bewertung der Ausschlußmehrheit von CDU/CSU/FDP S. 206ff:

„Empfehlungen an die Bundesregierung

... Die Gründe für den Niedergang der Neuen Heimat-Unternehmensgruppe sind weder im wirtschaftlichen System ... noch in der gemeinwirtschaftlichen Entwicklung ... zu suchen. Denn 1800 andere gemeinnützige Wohnungsunternehmen kamen durchaus mit den in den 70er Jahren entstandenen Problemen auf dem Wohnungsbausektor zurecht. Natürlich war auch die Bundesregierung nicht an dem Niedergang der Neuen Heimat-Unternehmensgruppe schuld ... Die Gründe für den Niedergang sind hausgemacht und selbstverschuldet ...

Nicht zuletzt in ihrem Interesse (im Interesse der ‚Opfer‘ des NH-Skandals, d.V.) sind folgende Konsequenzen zu ziehen: 1. Künftiger Mißbrauch geltender Gesetze muß durch schärfere Bestimmungen verhindert werden. 2. Strafbares Verhalten muß entschlossener und zeitnaher geahndet werden. 3. Ein geheimer Ergänzungsbericht über die Vorgänge in der BGAG wird nachgereicht. Er sollte zur Veröffentlichung freigegeben werden. 4. Die Eigentümer der Neuen Heimat-Unternehmensgruppe, also insbesondere der DGB und seine Einzelgewerkschaften, müssen die wirtschaftlichen Folgen des Fehlverhaltens wiedergutmachen, insbesondere auch Schäden bei den Mietern ausgleichen. Die Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages hat dazu beigetragen, daß der DGB in seine Verantwortung für das Schicksal der Neuen Heimat-Unternehmen und deren Sozialmieter zurückgefunden hat.“

2. Auszug aus dem eigenen Votum der SPD, S. 223ff:

„B. Die Hauptverlustquellen der Neuen Heimat

Der wirtschaftliche Niedergang des NH-Konzerns liegt wesentlich in Handlungen und Entscheidungen begründet, die mit Rechtsverstößen nichts zu tun hatten. Die Hauptverlustquellen sind: 1. Grundstückerwerbspolitik (gut 1 Milliarde) 2. Eigentumshalden (gut 1 Milliarde) 3. Mietverzichte und Leerstandsverluste (knapp 1/2 Milliarde) 4. Personal-

überkapazitäten (Größenordnung unbekannt) ... Die Verlustquellen im einzelnen: I. Grundstückerwerb

Die NH betrieb eine Grundstückerwerbswirtschaft, die für rund 5 Baujahrgänge (im Durchschnitt) das Bauland vorhielt. Sie tat dies bei wachsenden Bauleistungen in den 60er und anfangs der 70er Jahre in wachsendem Umfang. ... Die NH war das einzige Unternehmen, das tatsächlich ganze Trabantenstädte, Stadtrandsiedlungen und neue Stadtteile plante und baute. Sie kaufte Grundstücke möglichst lange vor der Bebauungsplanung, da bereits ausgewiesenes Bauland für den sozialen Wohnungsbau zu teuer war. Und sie mußte als Städtebaufirma auch das später für Straßen, Schulen, Kindergärten und andere Versorgungseinrichtungen notwendige Land mit erwerben. Anders als andere Bauunternehmen betrieb sie eine Grundstückerwerbswirtschaft, die die Städte und kommunalen Einrichtungen entlastete. Ohne Zusammenarbeit mit politischen Instanzen, wie Stadtverwaltungen, Planungsbehörden der Länder, war solche Erwerbswirtschaft nicht möglich. Die Landaufkäufe der NH waren also in der Regel gewollt. Die Banken gaben ihr gern Kredite ... Kommunalpolitik und Regionalplanung änderten (nach den beiden Ölpreiskrisen, d.V.) ihre Flächennutzungsplanvorstellungen und Bauleitplanungen. Viele von der NH im Vertrauen auf bisherige Vorplanungen gekaufte Grundstücke wurden aus ökologischen Gründen für immer der Bebaubarkeit entzogen ... (Nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, d.V.) können sie aus ... den Wohnungen nur die Kostenmiete erwirtschaften und damit keine Erträge, die für Grundstücksbevorzugung zur Verfügung stehen. Gemeinnützige Unternehmen erwerben darum ihre Vorräte auf Kredit und müssen Zinsen zahlen, bis sie nach späterer Bebauung die Vorhaltekosten über die Kostenmiete hereinholen können ... Alles andere Verhalten hätte zumindest in den Ballungsräumen noch höhere Subventionen im Sozialwohnungsbau erfordert ...

II. Vorratsbau ... Die Neue Heimat entschied sich in dieser Situation (nach der Ölpreiskrise 1973, d.V.) in Erwartung des Wiedererreichens des Wachstumskurses dafür, ihr Planungs- und Bauerstellungspersonal weiterzubeschäftigen und auf Halbe Eigentumsmaßnahmen zu stellen. Da auch hierfür kein Eigenkapital zur Verfügung stand, geschah es auf Kredit. So standen auf kreditfinanzierten Grundstücken kreditfinanzierte Bauten, deren Zinslast immer wieder neu hätte aktiviert werden müssen, obwohl entsprechende Wertsteigerungen in der Folgezeit nicht gegeben waren ...“

Eigenkapital) finanzierten und enorme Zinsgewinne einsteckten.

Das Finanzkapital wußte zu genau, welche Chance für einen Schlag gegen die Gewerkschaften in dieser Politik gegenüber der NH schlummerte: 1. ein großes Kreditgeschäft, 2. die Übernahme staatlicher Versorgungsaufgaben durch die NH bis hin zu direkten Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, 3. die schrittweise Zerschlagung der Gemeinwirtschaft durch gesetzliche Eingriffe und Überschuldung und 4. der potentielle Zugriff auf die Gewerkschaften, insbesondere ihre Streikkasse. Daher die ungewöhnlich „großzügige“ Finanzierungspolitik der Banken und der Staatsaufsicht. Immerhin durften sich auch Kapitalistenfreunde wie L. Späth von 1972 bis '74 in rund 20 leitenden NH-Gremien tummeln.

Fragt sich, warum die Gewerkschaften sich so weit haben treiben lassen. Die NH ist im Kern zunächst auf die Versorgung der Lohnabhängigen mit

Wohnungen ausgerichtet worden. Für die Wohnsiedlungen der 60er und 70er Jahre wurden aber auch Versorgungseinrichtungen und später Sanierungen notwendig. Also wurde das Tätigkeitsfeld der NH auf diese Bereiche ausgeweitet, die NH-Städtebau gebildet. Ihre Struktur war auf starkes, kontinuierliches Wirtschaftswachstum ausgerichtet. Entsprechend der sozialdemokratischen Ideologie der Klassenversöhnung und dem keynesianischen Modell staatlich gesteuerter, kontinuierlich steigender Wirtschaftsentwicklung wurde auch nach der Krise 1974/75 weiter expandiert und immer stärker auf die gehobenen Einkommen abgestellt (Wohneigentumsmaßnahmen, Sanierung, Hochschulbau usw.) und die Expansion des Kapitals „sozial“ begleitet (NH-International). Als die Wirklichkeit die sozialdemokratische Ideologie eingeholt hatte, war die NH schon hoffnungslos in den Fängen der Gesetze, der Banken und des kapitali-

stischen Marktes gefangen (sinkende Einkommen und Bodenpreise, unverkäufliche Eigentumswohnungen, Änderung der staatlichen Planung). Schließlich entfiel 1982 mit der „Wende“ in Bonn die politische und staatliche Rückendeckung durch die Regierungssozialdemokraten. Damit stand das Ende der NH endgültig fest. Die Notverkäufe reichten nicht, um den Niedergang zu verhindern. Die NH konnte nicht mehr aus den gesetzlichen und finanziellen Zwängen befreit werden. Das wäre nur durch politischen Kampf gegen die rechtliche und finanzielle Aushöhlung der Gemeinwirtschaft möglich gewesen. Dazu gibt es bis heute bis in die Reihen der revolutionären Sozialisten nur vereinzelte Ansätze. Im Zusammenhang mit den jetzt anlaufenden Regionalisierungsverhandlungen der Wohnungen der NH kann diese Kritik entwickelt werden.

– (jeb)

## BRD-Libanon

## BRD ist direkt an Erpressungen und Aggressionen beteiligt

Mit der Verhaftung von zwei Libanesen und einem Palästinenser in der BRD haben die BRD-Imperialisten eine neue Phase ihrer Einmischung in den Nahen Osten begonnen. Am 13. Januar wurde Mohammed Ali Hamadei auf dem Frankfurter Flughafen verhaftet, weil er angeblich Sprengstoff mit sich führte und an der Entführung des US-amerikanischen Flugzeugs im Juni 1985 beteiligt gewesen sein soll. Eine internationale Fahndung, ausgelöst von den USA, soll bereits seit langem stattfinden. Die USA verlangen die Auslieferung Hamadeis, um ihn für die Flugzeugentführung zu verurteilen. Hamadei war den westdeutschen Behörden als Flüchtling, der Antrag auf Asyl gestellt hatte, bekannt. Er hat sich bereits eine Woche vor seiner Verhaftung in der BRD aufgehalten. Warum die Verhaftung zu diesem Zeitpunkt? Fest steht, daß zur gleichen Zeit westeuropäische Unterhändler und Vertreter im Libanon um die Freilassung von Entführten und um diverse Geschäfte verhandelten und daß der um Entführte verhandelnde anglikanische Bischof Waite die Verhandlungen durch Verhaftungen gestört sieht. Nach der Verhaftung Hamadeis werden der Hoechst-Manager Cordes und der Siemens-Techniker Schmidt im Libanon entführt. Danach verhaftet die westdeutsche Polizei Ali Abbas Hamadei, ein Bruder von Mohammed Ali Hamadei, er ist westdeutscher Staatsbürger und hatte seine Ankunft aus dem Libanon seiner früheren Frau telefonisch angekündigt. Gleichzeitig wird der Palästinenser Kassim in Saarlouis bei der Durchsuchung des Hauses, in dem Hamadei wohnte, festgenommen. Er hat Asyl in der BRD und lebt seit mehreren Jahren in Saarlouis. Über die Verhandlungen um die Freilassung von Cordes und Schmidt verhängt die Bundesregierung eine Nachrichtensperre. Die Behauptung, daß beide entführt worden seien, um Hamadei frei zu bekommen, ist von der Bundesregierung nicht bestätigt worden. Bekanntgeworden ist aber, daß die Entführer von vier US-Staatsbürgern die Freilassung jener 400 Libanesen fordern, die Israel 1985 nach der Kaperung des US-Flugzeugs verweigert hat. 1985 hatten die Entführer die Freilassung von 740 Libanesen gefordert, Israel hatte später 331 freigelassen. Beweise für die Beteiligung der Verhafteten an der Entführung des US-Flugzeugs 1985 oder der Entführung von Schmidt und Cordes sind bisher ebenfalls nicht veröffentlicht worden. Anscheinend sollen die zwei Libanesen und ein Palästinenser als Geiseln in westdeutscher Haft ge-

halten werden, damit die Bundesregierung Erpressung im Libanon ausüben kann. Sie will durch eigene Einmischung, durch Unterstützung der israelischen Aggression und Gewinnung interessierter Kräfte im Libanon gemeinsam mit den anderen westeuropäischen Imperialisten den Libanon befrieden und kontrollieren und jeden antiimperialistischen Widerstand in der Region liquidieren.

Tatsächlich ist die andauernde Aggression der US-amerikanischen und europäischen Imperialisten und deren Unterstützung für Israel die Ursache der blutigen Auseinandersetzungen im Libanon. 1983 nutzten die europäischen Imperialisten die Niederlage der PLO und des Libanon für eigenes militärisches Eingreifen. Sie installierten französische und italienische „Friedenstruppen“ in Beirut. Die USA ent-

Syrien üben die Imperialisten ständigen Druck aus, sie drohen mit Überfall, gleichzeitig locken sie mit Angeboten zur Zusammenarbeit. Bereits in der israelischen Aggression gegen den Libanon zeichnete sich ab, daß Syrien den direkten Krieg mit Israel vermeiden wollte, aber nicht bereit ist, sich den Imperialisten zu unterwerfen. Die Niederlage 1982 gegen die israelische Aggression hat die antiimperialistischen Kräfte im Nahen Osten tief gespalten, innere Kämpfe, wie die Belagerung der Palästinenser-Lager durch syrische und libanesischen Truppen, sind die Folge. Die BRD-Imperialisten benutzen die Kämpfe sogleich zur Einmischung. Genscher hat sein Herz für Palästinenser entdeckt und ruft zu humanitärer Hilfe für die Lager auf, nachdem die Bundesregierung sich seit Jahren weigert, die PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes anzuerkennen. Die Imperialisten sind allein verantwortlich, wenn antiimperialistische Kräfte versuchen, sich durch so verzweifelte Aktionen wie Geiselnahme zur Wehr zu setzen.

In der BRD ist die Kritik am Vorge-



März 1984: die französischen Truppen verlassen den Libanon, nachdem sie gemeinsam mit italienischen Soldaten, von der EG gebilligt, als „Friedenstruppe“ gewirkt haben. Doch damit ist die europäische Aggression gegen den Nahen Osten nicht beendet.

sandten ebenfalls Truppen. Deren Einsatz wurde damals vom US-Kommando Europa (EUCOM) in Stuttgart geleitet, die BRD war damit genauso darin verwickelt wie später in den Überfall auf Libyen. Die israelischen Truppen und die christlichen Milizen konnten im Schutz der imperialistischen Verbündeten ihre Massaker fortsetzen. Wahrscheinlich ist, daß auch der jetzige Aufmarsch der US-Mittelmeerflotte vor der libanesischen Küste von Stuttgart aus geleitet wird, die BRD also wiederum direkt in militärische Aggression verstrickt ist. Die europäischen Mächte erörtern weiteres selbständiges Eingreifen (siehe auch Kasten).

Gegenüber allen antiimperialistischen Kräften in der Region findet eine regelrechte Einkesselung statt. Gegen

hen der Bundesregierung schwach. Gegen die Verhaftung der Hamadei-Brüder und des Palästinensers Kassim war wenig öffentlich wirksame Kritik zu hören, und die politische und militärische Aggression der BRD gegen den Libanon und Syrien ist weitgehend unbeachtet geblieben. Stattdessen demonstrierten die Grünen vor der syrischen Botschaft, weitere, ähnliche Aktionen werden in einigen Städten der BRD diskutiert. Wenn sich die Aktionen nicht gegen die Einmischung der BRD wenden, werden sie dem Befreiungskampf der Palästinenser nichts nützen und der Aggression gegen Syrien nichts entgegensetzen.

Quellenhinweis: Times, 11.2.87; Archiv der Gegenwart, S. 28903ff. 1985; FAZ, 6.2.87 – (uld, rül)

## Stationen einer Geiselnahme: Westdeutsche Pressestimmen

Ist die Verhaftung der Brüder Hamadei eine Verhaftung von Geiselnehmern, wie die Bundesregierung behauptet? Vieles spricht dafür, daß sie umgekehrt eine Geiselnahme durch die Bundesregierung ist.

„Das Nachrichtenmagazin ‚Der Spiegel‘ berichtet in seiner jüngsten Ausgabe, der frühere US-Sicherheitsberater McFarlane habe im vergangenen Jahr in Beirut mit dem mutmaßlichen Flugzeugentführer Hamadei über die Freilassung mehrerer im Libanon inhaftierter US-Bürger verhandelt, ohne daß er von Hamadeis Identität gewußt habe.“ (‚Die Welt‘, 9.2.)

„Der ‚Schlüssel‘ zur Lösung der Geisellaffäre liegt nach den Worten eines britischen Vermittlers, Waite, eines Emmissärs des Erzbischofs von Canterbury, nicht in Teheran, sondern allein in den Händen der Entführer. Er gab bekannt, er sei mit Vertretern der proiranischen Bewegung ‚Islamischer Heiliger Krieg‘, welche amerikanische und französische Geiseln festhält, zusammengetroffen ... Waite sagte, es träten während seiner Mission immer neue Faktoren auf, welche ‚die Gleichung ändern‘ ... wie beispielsweise vergangene Woche die Verhaftung von zwei Personen in der Bundesrepublik Deutschland und Italien, die libanesische Pässe hatten.“ (FAZ, 21.1.)

Beide verhafteten Brüder Hamadei waren westdeutschen Staatsorganen seit langem bekannt und reisten schon aus familiären Gründen mehrfach vom Libanon in die BRD und umgekehrt. Ihre angebliche „Entdeckung“ als gesuchte „Terroristen“ wie ihre Verhaftung ist voller Merkwürdigkeiten.

„Am 13. Januar wurde ... Mohammed Ali Hamadei (22) auf dem Frankfurter Flughafen verhaftet ... Er lebte von 1983 bis 1984 in der Bundesrepublik, hatte mit einer Deutschen in Saarlouis eine Tochter, Jessica (2) ... Ein weiterer Bruder von Mohammed, Ali Abbas Hamadei (28), ist deutscher Staatsbürger. Er ist mit einer Deutschen verheiratet, hat ebenfalls eine Tochter, Amira (3), lebte mit ihnen bis vor einem Jahr in einem Einfamilienhaus bei Saarlouis.“ (Bild, 23.1.)

„Am 26. Oktober 1984 hatte Mohammed einen Asylantrag zurückgezogen. Als seine Tochter Lydia am 11. November getauft wurde, hielt er sich noch in Saarlouis auf. Einen Tag später wurde er auf Kosten der saarländischen Landesregierung nach Libanon ausgeflogen ...“ (FAZ, 28.1.)

„Anfang dieses Jahres, eine Woche vor seiner Festnahme, tauchte Mohammed wieder in Saarlouis auf. Er kam am 5. Januar mit seinem Bruder Abbas, blieb eine Stunde und versprach, am kommenden Tag noch einmal vorbeizukommen. Mohammed kam nicht mehr. Abbas war seit diesem Tag verschwunden ...“ (FAZ, 28.1.)

„Abbas – so ging er in die Falle. Die Polizei war auf die Rückkehr von Abbas Hamadei vorbereitet. Er hatte seine Frau Maria, von der er getrennt lebt, aus Beirut angerufen und sich angemeldet. Er landete Montagabend in Frankfurt mit einer Maschine der ‚SwissAir‘ aus Genf. Die Beamten hatten eine vorgezogene Paßkontrolle aufgebaut: Abbas Hamadei wurde festgenommen.“ (Bild, 28.1.)

Noch eine Geiselnahme und beinahe ein Todesschuß:

„Bei der großangelegten Polizeiaktion wurden auch ... die Villa der libanesischen Kassim Familie in Merzig Brotdorf (observiert). Dieses Haus hat einen Anbau, den Abbas gemietet hatte. Die Beamten brachen die Eingangstür auf, nahmen die Eltern, die drei Töchter und vier Söhne fest.

Als der älteste, Adnan (23) fliehen wollte, schoß der Beamte ... Außer dem Vater sind alle wieder auf freiem Fuß.“ (Bild, 28.1.)

Was treiben Siemens und Hoechst im Libanon? Was könnte die Entführer bewegen, sich eines Hoechst-Managers in Beirut zu bemächtigen? Andeutungen aus der „Welt“:

„Der iranische Parlamentspräsident hat eine Hilfe bei der Lösung der diversen Entführungsfälle vom Wohlwollen der betroffenen Regierungen abhängig gemacht ... Er kann auf Echo hoffen ... Teheran braucht dringend Ersatzteile. Was liegt näher, als die europäischen Verbündeten der USA, vielleicht gerade die Deutschen, anzusprechen? Das umso mehr, als in Deutschland auch heiße Fracht für den Irak verladen wird, nämlich Pflanzenschutzmittel, die nach iranischer Darstellung in riesigen, aber streng abgeschirmten Fabrikkomplexen zu chemischen Kampfstoffen umgewandelt werden ... Teheran muß also ein Interesse daran haben, die Lieferungen des Rohmaterials für den chemischen Krieg Bagdads zu unterbinden.“ (Welt, 30.1.)

In der „FAZ“ spekuliert ein Ernst-Otto Maetzsche über Probleme, aber auch Möglichkeiten der BRD aus Anlaß der Entführungen. Erstmals böte sich der BRD eine Gelegenheit, auch offiziell an einer militärischen Aktion der Imperialisten im Nahen Osten teilzunehmen.

„Vier herausragende westliche Industriestaaten ... sind gegenwärtig in der gleichen Bedrouille: Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik wissen in Libanon ein Dutzend ihrer Staatsangehörigen in der Hand schiitischer Geiselnnehmer oder deren Hintermänner ... Was hindert sie daran, ihr einzelstaatliches Krisenmanagement lückenlos zu koordinieren ... Daraus entstünde zunächst Nutzen nach innen. Die Vier würden sich gegenseitig in ihrem guten, aber wankelmütigen Vorsatz bestärken, nicht schwach zu werden ... Im deutschen Fall kommt der stereotype Vorhalt hinzu, daß die Erinnerung an den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg Nachdenklichkeit, also Zurückhaltung gebiete. Wenn derartigen Reaktionen mit dem Hinweis begegnet werden könnte, daß vier demokratische Staaten aus ihnen gemeinsamer Gefahrenlage gleiche Schlüsse ziehen, wäre viel gewonnen ... Denkbar wäre auch, daß die westlichen Krisenstäbe sich gemeinsam darüber klar würden, wie einem Kleinkrieg ... begegnet werden kann. Gewiß nicht mit den Mitteln des großen Krieges ... Stattdessen müßten sich die angegriffenen Staaten ihrerseits auf die Mittel eines ‚Kleinkriegs‘ besinnen ... Sie könnten unschön aussehen ... Aber ohne bewaffnete Gegengewalt wird es nicht abgehen, und nur in Gemeinsamkeit werden die vier erpreßten demokratischen Staaten sie begründbar machen.“ (FAZ, 6.2.)

Der ehemalige israelische Generalstabschef und Verantwortliche der Libanon-Invasion wie der nachfolgenden Gemetzel in den Palästinenserlagern Shabra und Shatila empfiehlt weitere Geiselnahmen von imperialistischer Seite. Israel, mit der Forderung einer Freilassung von 400 seiner Gefangenen konfrontiert, nimmt bereits mit einem neuerlichen Piratenakt in internationalen Gewässern die nächsten Gefangenen.

„Der ehemalige israelische Generalstabschef Eitan hat jetzt gesagt, die Vereinigten Staaten sollten Geiseln entführen, um die Freilassung der im Libanon festgehaltenen Amerikaner zu erzwingen ... ‚Wir haben es in der Vergangenheit getan, wir hätten es noch einige Male mehr tun sollen‘, sagte er.“ (FAZ, 6.2.)

„Die israelische Marine hat vor der Küste Libanons ein kleines Handelsschiff mit 50 Palästinensern aufgebracht ... Das Schiff war in die libanesische Hafenstadt Chalde unterwegs.“ (FAZ, 9.2.)

## Afrika

## Die Produktion agrarischer Rohstoffe für den Weltmarkt ruiniert Schwarzafrika

Die meisten schwarzafrikanischen Länder sind seit 20 Jahren unabhängig. Die Abhängigkeit vom Imperialismus konnten sie zumeist nicht verringern. Im Rahmen der imperialistischen weltweiten Arbeitsteilung wurden die Länder Schwarzafrikas in ein vorzugsweise agrikol Produktionfeld verwandelt, das die imperialistischen Länder mit Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen beliefert, während sich in den imperialistischen Zentren der Hauptsitz des Maschinenbetriebs befindet, für die z.B. Schwarzafrika Absatzmarkt für industrielle Produkte, Maschinen, Fahrzeuge usw. ist. Die EG konnte sich zur marktbeherrschenden Macht südlich der Sahara aufschwingen, die 50 bis 70% des Außenhandels der schwarzafrikanischen Länder kontrolliert. Die BRD-Imperialisten gehören inzwischen zu den zwei oder drei führenden imperialistischen Ländern in Schwarzafrika.

Nach Unabhängigkeit von den Imperialisten versprochen sich viele schwarzafrikanische Länder durch den Export von sog. „cash crops“ (Tee, Kaffee, Kakao, Baumwolle, Erdnüsse, pflanzliche Öle usw.) wachsende Erlöse, um den wirtschaftlichen Aufbau zu betreiben, letztlich die Unabhängigkeit des Landes zu sichern. Dies muß als gescheitert betrachtet werden. Die Einbindung in den imperialistischen Weltmarkt hat den schwarzafrikanischen Ländern kein Stück Unabhängigkeit gebracht. Vielmehr wurden sie der Fähigkeit beraubt, sich selbst zu versorgen. Ferner wuchs die Abhängigkeit vom Export von agrarischen Rohstoffen und nach dem Preisverfall dieser Produkte stieg die Verschuldung dieser Länder bei den Imperialisten rapide an.

Bis Ende der 60er Jahre waren die schwarzafrikanischen Länder im wesentlichen in der Lage, ihre Bevölkerung zu ernähren, die Getreideproduktion stieg. Systematisch betrieben die Imperialisten die Vernichtung der Selbstversorgung der schwarzafrikanischen Länder durch Billigexporte ihrer subventionierten Lebensmittelüberschüsse. Die Folgen für die schwarzafrikanischen Bauern waren verheerend: Sie wurden von den Absatzmärkten verdrängt und ins Elend getrieben. Tausende wanderten in die Städte ab. In den Städten wurden zudem die Ernährungsgewohnheiten geändert. In Nigeria z.B. wurden die traditionellen Nahrungsmittel in den Städten durch Reis verdrängt, den die Imperialisten billig liefern, da Nigeria nur zu ca. 50% selbst Reis produziert. Dafür aber muß sich Nigeria jährlich um einige hundert

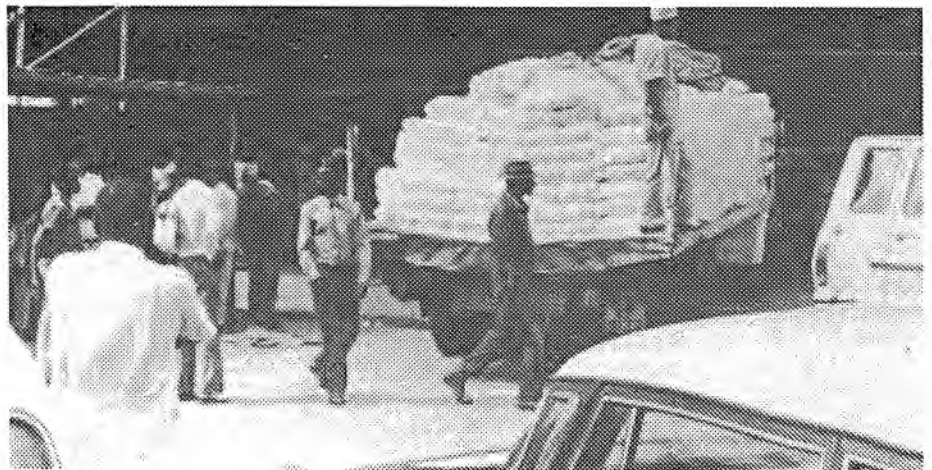
Mio. US-\$ verschulden, und die traditionelle Landwirtschaft verkommt.

Die meisten afrikanischen Länder sind stark von den Erlösen ihrer sog. „cash crops“-Exporte abhängig: Die Exporteinnahmen von z.B. Uganda hingen zu über 90% von Kaffeeexporten ab, der Elfenbeinküste zu 50% von Kaffee, Kakao u.ä. und von Ghana zu über 60% von Kakao.

Seit einigen Jahren sinken die Weltmarktpreise für agrarische Rohstoffe beträchtlich: Der Preis für Kakao lag mit 110 Cent/Pfund 1984 auf dem Stand von 1976 und ist seither weiter gesunken. Der Kaffeepreis bewegt sich ebenfalls auf dem Niveau von vor zehn Jahren. Für Zucker zahlten 1984 die Imperialisten mit 6-7 Cent/Pfund den gleichen Preis wie zu Beginn der 60er Jahre. Um die Nahrungsmittel, Düngemittel, Maschinen aus den imperialistischen Ländern zu bezahlen, haben sich viele schwarzafrikanische Länder immer weiter bei den Imperialisten verschulden müssen. So stieg die Verschuldung der afrikanischen Länder südlich der Sahara von fast 39 Mrd. US-\$ 1978 auf 80 Mrd. US-\$ 1984. Die

bauläche für Exportprodukte auf 1/4 der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus. Die Produktion verdoppelte sich bei Kaffee und Zuckerrohr seit 1980. Trotz mengenmäßiger Exportsteigerung fallen die Exporterlöse Ugandas, und die Verschuldung wächst weiter an. Gleichzeitig ist das Land durch die Verdrängung von Nahrungsmittelanbauflächen immer weniger in der Lage, sich selbst zu versorgen. Die Elfenbeinküste weitete die Anbaufläche von Kakaopflanzungen in den letzten Jahren um jährlich 70000 ha aus. Gleichzeitig stiegen die Nahrungsmittelfuhren von 261 Mio. US-\$ 1978 auf 334 Mio. US-\$ 1983, das waren über 22% der Gesamteinfuhren des Landes.

Zur Stabilisierung der Weltmarktpreise für ihre agrarischen Rohstoffe haben die Länder der Dritten Welt und insbesondere die schwarzafrikanischen Länder, u.a. die Hauptexporteure von Kakao und Kaffee, die Gründung von Produzentenkartellen mitbetrieben. Für agrarische Rohstoffe existieren derzeit vier: für Kakao, Kaffee, Zucker und Kautschuk, die jedoch auch die Hauptimporteure mit einschließen. Das dritte Kakaoabkommen von 1981 und das vierte von 1985 scheiterten am Widerstand der USA, die eine Senkung des Kakaopreises auf 85 Cent/Pfund verlangten. Die Produzenten, darunter die Elfenbeinküste als bedeutendster Exporteur, forderten einen Preis von



Transport von Maismehl, Hauptnahrungsmittel in Sambia: Tausende demonstrierten im Dezember gegen die 100%ige Preiserhöhung für Maismehl. Der IWF hatte die Regierung gezwungen, die Nahrungsmittelsubventionen zu streichen. Inzwischen hat die Regierung die Preiserhöhung teilweise zurückgenommen und die Getreidemöhlen des Landes verstaatlicht.

imperialistischen Gläubiger verlangen dafür jährliche Schulden- und Tilgungszahlungen in Höhe von acht Mrd. US-\$. Neuerliche Kredite gewähren die Imperialisten nur mit harten Auflagen für die afrikanischen Länder: z.B. Ausweitung der Exportproduktion, denn nur dort können die nötigen Devisen schnell erwirtschaftet werden. Aufgrund der Auflagen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds und finanziert mit Krediten z.B. der EG weitete z.B. Uganda die An-

110 Cent/Pfund. Das Zuckerabkommen hintertrieben die EG-Imperialisten, die sich von einem Hauptzuckerimporteur zu einem Hauptexporteur entwickelten. 1977 weigerten sie sich, die Exportquoten zu akzeptieren. Seither sind die Verhandlungen über ein weiteres Zuckerabkommen suspendiert.

Die EG-Imperialisten bezeichnen das Lomé-Abkommen von 1963 als beispielhafte Unterstützung für die agrarische Rohstoffe produzierenden



Länder, insbesondere in Schwarzafrika. Tatsächlich ist es den EG-Imperialisten mittels des Lomé-Abkommens gelungen, die Mehrzahl der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten in Abhängigkeit zu bringen und die imperialistischen Hauptkonkurrenten hinter sich zu lassen. Über das Stabex-System kontrolliert die EG die Agrarausfuhren der sog. AKP-Länder und somit die Produktion und den Preis. Nach dem Stabex-System vergibt die EG Ausgleichszahlungen bei Preissenkungen für ausgewählte Rohstoffe, die aber unter dem tatsächlichen Preisverfall liegen und nur für Produkte ausgezahlt werden, die mehr als 6,5% der Aus-

fuhrerlöse eines Landes ausmachen. Zudem werden die „Ausgleichszahlungen“ als zinslose Kredite vergeben, die die Verschuldung der schwarzafrikanischen Staaten weiter erhöhen. Zur Spaltung der AKP-Staaten dient auch das Genehmigungsverfahren, wonach weit über 30% der Anträge abgelehnt und nur 43% der Gelder überhaupt ausgezahlt wurden.

Über den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank haben die Imperialisten sog. Anpassungsprogramme gegen schwarzafrikanische Länder durchgesetzt. Der Sudan, Sambia, Uganda usw. wurden gezwungen, ihre Nahrungsmittelsubventionen einzustel-

### BRD großer Importeur von „cash crops“

Die BRD-Imperialisten haben die Einfuhren von agrarischen Rohstoffen aus afrikanischen Ländern in den letzten Jahren beträchtlich gesteigert: von 1,9 Mrd. DM 1975 über 2,8 Mrd. 1983 auf fast vier Mrd. DM 1985. Das entspricht sechs Prozent der gesamten Agrarimporte der BRD oder fast 29 Prozent der BRD-Importe aus Ländern der Dritten Welt. Der Anteil der Importe aus diesen Ländern in die BRD stieg von 20 Prozent 1975 auf fast 26 Prozent 1985.

Nutznieser der Billigimporte aus den afrikanischen Ländern sind die Konzerne der westdeutschen Ernährungsindustrie, die mit einem Umsatz von 154,2 Mrd. DM 1985 knapp hinter der Fahrzeug-, Chemie- und Maschinenbaubranche an vierter Stelle in der BRD rangierte. Die führenden Konzerne sind: Unilever, Reemtsma, Nestle, der Oetker-Konzern, die Kaffeeunternehmen Melitta, Jacobs, Tchibo, Eduscho usw. Diese Konzerne profitieren von den niedrigen Preisen der agrarischen Rohstoffe aus afrikanischen Ländern.

20% der Kaffeeimporte der BRD kommen aus Afrika. Die westdeutschen Kaffeeunternehmen setzen in der BRD jährlich ca. acht Mrd. DM um. Die Hamburger Rothfos AG ist der größte Kaffeeimporteur Europas und unterhält in afrikanischen Ländern eigene Anbaugelände. Zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG) – die für viele BRD-Konzerne den Weg bahnte – ist Rothfos z.B. in Kamerun Anteilseigner einer Fabrik für die Herstellung von koffeinfreiem Kaffee und Rohkaffee. Die Firma Embden, Drishaus & Epping, Rohkaffee-Import, Hamburg erhielt einen Auftrag der zairischen Regierung zur „Modernisierung des Kaffeeanbaus“. Die Agroprogess GmbH, Bonn-Endrich, übt Beratertätigkeiten in der Zentralafrikanischen Republik zur „Entwicklung des Kaffeeanbaus“ und

in Äthiopien zur „Förderung des Kaffeeanbaus“ aus.

Ähnliches läßt sich z.B. von den Tabakkonzernen berichten: In Kamerun unterhält die Reemtsma GmbH eine Tabakfabrik nebst Tabakplantagen. Die Firma Villiger GmbH ist dort ebenfalls präsent.

Weniger bekannt hingegen ist das Wirken der westdeutschen Futtermittelkonzerne, die viele afrikanische Länder in Futtermittellieferanten verwandelt haben. Führend darunter ist die Raiffeisen-Genossenschaft, die mit ihren 12 Hauptgenossenschaften auf einen Jahresumsatz von mehr als 80 Mrd. DM kommt, 20 Mrd. mehr als der Gesamtwert der Produktion der westdeutschen Bauern. Über die Genossenschaftsbank hat die Raiffeisen-Gruppe Beteiligungen in der Mühlenindustrie, in der Futtermittelindustrie, bei großen Massenvieh-Unternehmen und seit 1979 am Hamburger Toepfer-Konzern. Gemeinsam mit zwei Filialen der USA-Getreidekonzerne, Cargill und Continental Grain (Deutsche Tradex bzw. Deutsche Conti) sowie den Firmen Becher (Bremen), Krohn & Co und Cremer OHG (beide Hamburg) kontrolliert die Raiffeisen-Gruppe die Belieferung des EG-Marktes mit Tapioka und hält beträchtliche Anteile an den EG-Importen mit Ölkuchen aus Ländern der Dritten Welt. Ganze drei Hamburger Firmen kontrollieren über 50% der westdeutschen Ölkuchen- und Margarineproduktion. Die Ölmühle Hamburg (Toepfer, jetzt u.a. Raiffeisen) verarbeitet jährlich drei Prozent der Weltsojaimporte (21% des westdeutschen Verbrauchs), die Unilever fast 5% (30%) und die Hamburger Ölwerke Brinckmann & Mergell immerhin noch 2% (13%). Daneben kontrollieren Raiffeisen und Toepfer 60% der Herstellung und des Vertriebs von Mischfutter, das zu nicht unerheblichen Teilen aus afrikanischen Ländern importiert wird.

Quellenhinweis: H. Schumann, Futtermittel und Welthunger, 1986; Stat. Jahrbuch d. BRD, 1986



Kaffeernte in Angola

len und z.B. die Exportsteuern auf Agrarexporte, aus denen ein Großteil der öffentlichen Ausgaben bestritten wird, zu kürzen. Das treibt die betreffenden Länder in noch größere Schwierigkeiten, zumal die Imperialisten die derzeitige Überproduktion von agrarischen Rohstoffen auf dem Weltmarkt zu weiteren Preissenkungen nutzen wollen.

Quellenhinweis: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1986; NZZ, 6.2., 8./9.2.; Länderberichte afrikanischer Länder von 1986, Gemeinsame Beilage, 2/86 – (sie)

### Indien-Pakistan

#### Militäraufmarsch an der Grenze

Ende Januar 1987 konnte man in der Presse lesen, daß sich die Lage an der indisch-pakistanischen Grenze gefährlich zugespitzt habe. Beide Seiten ließen Truppen aufmarschieren und versetzten sie in Alarmbereitschaft. In der ersten Februarwoche war die Lage dann wieder „entspannt“ wie vordem.

Zwei Faktoren scheinen vor allem dafür verantwortlich zu sein, daß die Situation an dieser Grenze weiter kritisch bleiben wird: Zum einen sind da die gewaltigen Summen Militärhilfe, die die US-Imperialisten nach Pakistan pumpen (für 1987 plant die Reagan-Administration, Waffen im Wert von 4,2 Mrd. US-Dollar nach Pakistan zu liefern). Die USA bestücken das Land dabei mit hochtechnisiertem Material. Zum anderen besteht das Interesse der indischen Regierung, die nach wie vor kritische Lage im Punjab (an der Grenze zu Pakistan und landwirtschaftlich wichtigste Region Indiens) mit viel Militärpräsenz in den Griff zu bekommen.

Eine offene Intervention im Punjab kommt augenblicklich nicht in Frage, da es nach der Erstürmung des Tempels von Amritsar 1984 zu landeswei-

ten Kämpfen gegen die Zentralregierung gekommen war. Obwohl dort derzeit schon regulär 235 Kompanien stationiert sind, ist die indische Regierung weit davon entfernt, die Region zu kontrollieren.

Der Vorwurf der indischen Regierung, daß das pakistanische Regime die instabile Lage dadurch stütze, daß es Sikh-Extremisten Unterschlupf gewähre, die dann über die Grenze hinweg operieren, war Bestandteil der Begründung für den Militäraufmarsch.

Auffallend ist, daß die Opposition in Indien kaum Stellung nimmt zur Militärpräsenz an der Grenze und im Punjab. Die CPI (Marxisten) z.B. protestiert vor allem gegen die brutalen Aktionen der Sikh-Extremisten, die die Bevölkerung terrorisieren, und kritisiert deren „anti-nationale“ Haltung. Bei Gesprächen über die Beilegung des Grenzkonflikts hat die pakistanische Regierung zugesichert, daß sie Sikh-Extremisten keine Hilfe zukommen lassen will.

Wie kompliziert die Lage im Punjab tatsächlich ist, zeigt der am 10. Februar erfolgte Ausschluß des Chefministers Baruala aus der Religionsgemeinschaft der Sikh durch die Priester von Amritsar wegen seiner Zusammenarbeit mit der Zentralregierung. Gleichzeitig hat Barnala seinen Landwirtschaftsminister Sandhu entlassen, weil dieser sich auf die Seite der Sikh-Fundamentalisten gestellt hat. In der Bevölkerung genießen weder die Regierungstruppen noch Anhänger der Zentralregierung Unterstützung.

Quellenhinweis: TAZ, 13.2.87; Hindustan Times, 17.1.87; Frontier, 10.1.87. – (cog)

## Philippinen

### Abstimmung über Verfassung: Votum für Aquino

Das Plebiszit über die neue Verfassung der Philippinen, das mit einem eindeutigen Votum für den von einer Kommission unter Präsidentin Aquino vorgelegten Entwurf endete, markierte zugleich das Ende der 60tägigen Waffenruhe zwischen der philippinischen Armee und den Verbänden der Neuen Volksarmee NPA. Corazon Aquino hat der Armee den Befehl erteilt, den Kampf gegen die NPA wiederaufzunehmen. Die Unterhändler der Einheitsfrontorganisation NDF, die auch für die NPA und die Kommunistische Partei CPP verhandelte, hatten die Verhandlungen abgebrochen, nachdem die Armee am 22.1. eine Bauerndemonstration für Landreform niedergeschossen hatte und die Regierungsvertreter Verhandlungen über ein demo-

kratisches Reformprogramm ausgeschlossen hatten.

Zweifelloos ist das Ergebnis der Volksabstimmung eine Stärkung der Position von Präsidentin Aquino, die die Kampagne unter Slogans wie: „Für die Verfassung! Für Cory!“ führte. NPA und CPP hatten in ihrer Agitation zur Ablehnung des Verfassungsentwurfs – weil proimperialistisch – aufgerufen; andere Organisationen der Linken wie die NDF, die Gewerkschaftsorganisation „Bewegung 1.Mai“ oder die neugegründete, noch nicht legalisierte Linkspartei „Bayan“ bzw. einzelne Untergliederungen hatten teilweise zur Zustimmung geraten. Frau Aquino erzielte auch in Gebieten mit großem Einfluß der Revolutionäre Erfolge, z.B. in der Exportproduktionszone Bataan. Andererseits drückt das Votum nicht eine Zustimmung zur Politik der Aquino-Regierung, zu den um Frau Aquino gruppierten Kräften aus Kirchenhierarchie und den reichen Familien der Philippinen aus. Es war auch kein Votum für die Festlegungen der Verfassung. Es war allenfalls ein Votum für eine Stabilisierung der politischen Verhältnisse und für soziale Reformen, Ziele, die in der öffentlichen Meinung immer noch mit Frau Aquino verbunden werden. Insofern hat sich die Aufgabe der Revolutionäre erschwert, denn anders als vor dem Waffenstillstand können sie jetzt nicht mehr eine Trennlinie zwischen den Reaktionen in Militär und Regierung einerseits und Frau Aquino andererseits ziehen.

Doch der Erosionsprozeß unter den Anhängern von Frau Aquino im bürgerlichen Lager und in der Intelligenz ist auch durch das Plebiszit nicht gestoppt. Zwar geht der Weg zu Aufstieg, Ämtern und Pfründen jetzt deutlicher denn je über Frau Aquino. Doch die Kritik an den fehlenden sozialen Reformen, an der Kollaboration mit dem Imperialismus und der Aufgabe nationaler Ziele ist in den Mittelschichten immer stärker geworden. So gab die Regierungsunterhändlerin Maria Diokno ihr Mandat in den Verhandlungen mit der NDF mit den Worten zurück, es falle ihr immer schwerer, die Regierungsposition zu vertreten. Und die von Frau Aquino eingesetzten Mitglieder einer Kommission zur Untersuchung von Militärverbrechen traten nach dem Massaker an den demonstrierenden Bauern mehrheitlich zurück. Auch die Bemühungen der Kirchenhierarchie, den niederen Klerus eindeutig auf die Verfassung und gegen die Revolution einzuschwören, haben bislang wenig gefruchtet.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; SZ, div. Ausgaben; Liberation, Zeitung der NDF; Asia Yearbook 1987, Hongkong 1986 – (wom)

## Türkei

### Erster Streik nach dem Militärputsch von 1980

Seit dem 18.11.86 streiken 2650 der 3000 Beschäftigten der Firma NETAS (Northern Electronic Telekomunikasyon A.S.) in Istanbul, Ankara und Izmir. Die Fabrik produziert Anlagen für Telefonzentralen. Sie ist eine Tochter der kanadischen „Northern Telecom“ mit 31% Beteiligung, 49% des Kapitals hält die staatliche Post- und Telefongesellschaft, 15% die „Türkische Marinestiftung“. Seit 1983 arbeitet sie an der Herstellung digitaler Telefonzentralen. Das Patent soll auch ausländischen Konzernen angeboten werden. In Konkurrenz zu dem ITI-Partnerunternehmen Teletas in der Türkei ver-



sucht NETAS durch Senkung der Lohnkosten (Kostenanteil nur 5%) Vorteile zu erringen.

Die Forderungen der Arbeiter lauten: Lohnerhöhung von 70% (die Inflationsrate beträgt 50-60%; der Durchschnittslohn, höhere Angestellte mitgerechnet, beträgt 85-90000 Türkische Lira und liegt unter dem offiziellen Mindestsatz für eine vierköpfige Familie von 350-450000 TL; Erhöhung der Sozialleistungen (Heiz- und Kinderzuschuß); Verbesserung der Arbeitsbedingungen; dabei geht es um Rechte, die vor 1980 erkämpft wurden.

Da die NETAS keinem Arbeitgeberverband angeschlossen ist, sitzt auf der anderen Seite des Verhandlungstisches direkt die Regierung Özal. Die Arbeiter sind in der Gewerkschaft Otomobil Is organisiert, die sich nach dem Putsch neben der offiziellen Türk Is halten konnte. Nach dem Verbot der Disk wechselten auch die NETAS-Beschäftigten in die Otomobil Is, deren Mitgliederzahl von 12000 auf 60000 gestiegen ist. „Ohne die Türk Is können wir unsere Forderungen konsequenter vertreten, haben aber auf der anderen Sei-

te wesentlich weniger Polster“, sagte der Sekretär von Otomobil Is. Zu Beginn des Streiks bekam jeder 20000 TL, damit war die Kasse leer.

Arbeitgeber und Regierung versuchen, die Streikenden zur Aufgabe zu zwingen: Anrufe bei den Familien, Teepartys für Streikbrecher, Versprechungen, sie zu Chefs zu machen. Die Post setzt statt der NETAS-Monteurs eigene ein. Diese solidarisierten sich allerdings in einem Telegramm mit den Streikenden. Die Geschäftsleitung kauft Teile im Ausland und läßt sie von Praktikanten der Berufsschule und von Putzkräften zusammenbauen. Nach einem Gesetz dürfen fachfremde Kräfte nicht eingesetzt werden. Mit Beschluß des Arbeitsgerichts von Istanbul vom 13.1.87 wird der Firma eine Gesetzeswidrigkeit nachgewiesen.

Der NETAS-Streik ist ein Lehrstück, in dem türkische Arbeiter versuchen, auf gesetzmäßige Weise ihre Rechte zurückzugewinnen. Streik ist nur möglich, wenn die Kapitalisten jedes Gespräch ablehnen und der „unparteiische Schlichter“ nicht aktiv werden kann. Der Streik begann mit einer Urabstimmung. Obwohl jede Versammlung verboten ist, fand die erste bei Verlassen des Betriebs statt. Seitdem hängen Schilder am Tor: Dieser Betrieb wird bestreikt. Zu einer ersten Solidaritäts-Veranstaltung kam es am 24.1. in Istanbul-Asarayi, bei der u.a. der GEW-Kreisvorsitzende von Köln anwesend war. Er stellte fest, daß die Streikmoral sehr hoch ist, weil jeder weiß, daß es nicht nur um die Erhöhung der Einkommen geht.

Solidaritätstelegramme an die Otomobil Is Umraniye, NETAS islier, Alemdag Cd. 131 Kat, Umraniye/Istanbul. Spenden auf das Konto NETAS grevclieri dayanismasi, Anadolulu Bankasi, Usküdar Subesi Kto. Nr. 17757.

Quellen: Türkiye Postasi 13.2.87; Arbeiterkampf 9.2.87. – (edr)

bis 1990 aus. Die Kapitalisten wollen sich nun nicht mehr an dieses Entlassungsverbot halten.

Gleichzeitig greifen die Hafenbosse die Löhne und die Arbeitsbedingungen im Containerbereich und im Massengut (Getreideumschlag) an. Entweder die betroffenen Hafenarbeiter akzeptieren eine Einfrierung der Löhne für vier Jahre – bis 1991 – und weitere Flexibilisierungen bei der Arbeitszeit sowie Verringerung der Jahreszuwendung, oder sie können mit der Entlassung von 120 im Getreidebereich und 250 der 1400 Arbeiter im Containerbereich bei ECT rechnen. Weil die Hafenarbeiter in diesen Bereichen sich geweigert haben, eine dieser beiden Möglichkeiten zu wählen, haben sie sich den Streiks angeschlossen.

Der Streik hat am 21.1.87 durch die Arbeitsniederlegung von 450 Hafenarbeitern bei Quick-Dispatch Stevedore begonnen. In den folgenden Tagen wurde auch bei Multiterminals, Seaport, Müller Thomsen, Nederlands Transport Büro (NHB) sowie beim Pool (SHB, vergleichbar mit dem Gesamthafenbetrieb) gestreikt. In der Fol-

ge hat sich der Streik auf den Containerbereich und den Massengutbereich ausgedehnt. Bis zu 4000 Hafenarbeiter sollen mittlerweile an den Streikaktionen beteiligt sein. Die Gewerkschaft zahlt ein Streikgeld von 73 Gulden.

Durch die Taktik, nur tageweise zu streiken, wissen die Reeder nicht, ob „ihr Schiff“ bestreikt werden wird. Ein Umlenken der Ladung wird erschwert. Sowohl die belgische Hafenarbeitergewerkschaft als auch die ÖTV in der BRD haben Unterstützung zugesichert. Die ÖTV fordert zum Boykott der Streikladung auf und übernimmt die Zahlung des Lohnes.

Obwohl die Hafenkapitalisten im größten Hafen der Welt wie wild investiert haben und im Containerbereich bei ECT bereits vor Jahren eine Art Conti-Schicht durchgesetzt haben, hat das keine Arbeitsplätze gesichert, sondern im Gegenteil die Wucht der Rationalisierung erhöht. Das läßt ahnen, was in den nächsten Jahren auch auf die Häfen in der BRD zukommt. Die Hafenarbeiter dort zeigen, daß man in dieser üblen Situation nicht handlungsunfähig ist. – (obj)

## Spanien

### „En Huelga“ Spaniens Studenten im Streik

Peking, Alma Ata, Paris. Die Studenten der Welt scheinen sich wieder zu regen. Seit Ende Dezember nun kommen die Nachrichten über die Studentenproteste aus Spanien. Insbesondere seit der zweiten Januarwoche reißen die Berichte über Schüler- und Studentenstreiks, Protestmärsche und Verkehrsblockaden nicht mehr ab. Anlaß der Berichterstattung im westlichen Europa waren Schüsse der Polizei bei einer Demonstration in Madrid. Es folgte ein landesweiter Schul- und Uni-

versitätsstreik, der von der überwältigenden Mehrheit der von den Schüler- und Studentengewerkschaften Angesprochenen befolgt wurde. Die Staatsmacht reagierte mit brutalen Polizeieinsätzen, die zum Teil bürgerkriegsähnliche Zustände zur Folge hatten. Neben Madrid entwickelten sich noch die Großstädte Barcelona, Bilbao und Sevilla zu Zentren der Auseinandersetzung. Mit wachsender Dauer der Kämpfe geht die hiesige Berichterstat-

## Rotterdam

### Hafenarbeiter streiken gegen Entlassungen

Am 21.1.1987 haben die Hafenarbeiter im Stückgutumschlag in Rotterdam mit tageweisen Streiks begonnen. Die Transportarbeitergewerkschaft FNV hat zum Streik aufgerufen. Durch den Streik soll die Entlassung von 350 der 5000 Hafenarbeiter, die im konventionellen Umschlag arbeiten, verhindert werden.

Bereits 1985 hatte die Transportarbeitergewerkschaft mit den Hafenkapitalisten und unter Mitwirkung des Staates einen Rationalisierungsschutzvertrag abgeschlossen. Der „van der Louw-Vertrag“ schloß Entlassungen aus Arbeitsmangel im Stückgutbereich



Hunderttausende folgten allein in Madrid dem ersten Aufruf der Schüler- und Studentengewerkschaften, den Forderungen gegen die Regierung Nachdruck zu verschaffen. Nach den bürgerkriegsähnlichen Einsätzen der Polizei glich Madrid einem Chaos. Die Demonstranten legten den Verkehr lahm.



Nach dem Foltermord an dem südkoreanischen Studenten Park Chong Chol am 14. Januar im Polizeiverhör haben alle Kräfte der Opposition, von der bürgerlichen NKDP bis zu revolutionären Organisationen von Arbeitern und Studenten, mit großen Aktionen gegen die Militärdiktatur protestiert. Einen landesweiten Aktionstag Anfang Februar verhinderte das Regime allerdings mit Militär- und Polizeieinsatz. Im Zusammenhang der Enthüllung des Foltermords wurden zahlreiche weitere ungeklärte Todesfälle und sog. Selbstmorde von oppositionellen Arbeitern und Studenten bekannt, die wohl alle auf das Konto des Antikommunistischen Büros der Polizei gehen. – (wom)

#### **Marokko: Rückgabe von Ceuta und Melilla!**

Die Proteste der arabischen Bevölkerung gegen die 1985 eingeführten Ausländergesetze und gegen den Terror von spanischen Faschisten und Polizei in den spanischen Kolonien Ceuta und Melilla halten an. Anfang Februar führten die arabischen Lohnabhängigen und Händler Melillas einen mehrtägigen Streik durch. Die Polizei inhaftierte Dutzende und verfolgt weitere wegen Landfriedensbruchs; Faschisten ermordeten einen Araber und verletzten mehrere schwer. Die arabischen Organisationen erheben zunehmend die Forderung nach Entkolonialisierung der beiden Städte und nach Anschluß an Marokko. Ende Januar for-

derte die marokkanische Regierung offiziell die Rückgabe von Ceuta und Melilla. – (sie)

#### **Indien: Streik in Staatsbetrieben**

Am 21.1.1987 haben 2,5 Millionen Arbeiter und Angestellte in den staatlichen Fabriken, Bergwerken, Banken, Versicherungen und Fluglinien gestreikt. Zu dem Streik hatten alle großen Gewerkschaften aufgerufen. Er richtete sich gegen die von der Regierung betriebene Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik sowie gegen die Möglichkeit für multinationale Konzerne, in Indien zu investieren. Er fand statt, obwohl Disziplinarmaßnahmen angedroht und Festnahmen vorgenommen wurden. – (cog)

#### **Genua: Streik der Hafenarbeiter in kritischer Phase**

Seit Dezember '86 streiken die 3400 Hafenarbeiter Genuas, um die von der Hafenverwaltung diktierte Reorganisation der Arbeit zu verhindern. Bisher bestimmte die Selbstverwaltungsorganisation der Hafenarbeiter (Culmv) die Zusammensetzung der Mannschaften



für die Ladetätigkeiten an den Schiffen, ihre Einsatzdauer und ihre Entlohnung (2400 DM bei zehn, 2100 DM bei fünf Arbeitstagen/Monat und 1700 DM, wenn keine Arbeit vorhanden ist). Jetzt will die Hafenverwaltung die Arbeitsgruppen halbieren und den Lohn nach Arbeitsstunden bezahlen. Die Culmv soll ausgeschaltet werden. Dagegen richtet sich der Streik. Er ist jetzt in eine neue Phase getreten: Mit dem Rücktritt des Präsidenten der Hafenverwaltung wurde zugleich die Culmv unter Zwangsverwaltung gestellt. Das soll den Streik brechen und die Reorganisation der Arbeit durchsetzen. – (scc)

tung dazu über, nach einem ganz besonderen demagogischen Muster die tatsächliche Lage zu verzerren. Demnach gibt es eine etwas unverständliche, aber friedliche Schüler- und Studentenbewegung, eine zu ungeheuren Konzessionen bereite sozialistische Regierung und – nach dem Strickmuster der Totalitarismustheorie – die faschistische Bewegung namens Ultrasur, die für die blutigen Kämpfe verantwortlich zeichnet, sowie die kommunistischen Commissiones Obreros, welche die Studenten dazu anhalten, die großzügigen Angebote der Regierung in den Wind zu schlagen.

#### *Die Wahrheit liegt im Detail*

Die Intention, die sich hinter einer solchen Art der Nachrichtenübermittlung verbirgt, ist stets die Diskreditierung der Ziele einer Bewegung. Ohne Aufklärung über die Bedingungen und

Hintergründe der studentischen Forderungen werden diese als völlig verrückt dargestellt. Untersucht man die Tatsachen, so ist die Situation alles andere als verworren.

Die wesentlichen Ziele, um die es den Schülern und Studenten geht, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Freier Zugang zu den Universitäten, d.h. Abschaffung der Aufnahmeprüfung
- Streichung der für die meisten unbezahlbaren Studiengebühren
- Zahlung eines Studentengehalts
- Arbeitslosenunterstützung für Hochschulabsolventen, die keine Arbeit finden.

Zu diesen Forderungen kommen – durch das Verhalten der Regierung in den letzten Wochen bewirkt – noch diejenige nach dem Rücktritt des Innenministers Barriantuevo, der für die brutalen Polizeieinsätze verantwortlich zeichnet, sowie nach der Demission

des Bildungsministers Marawall, der bis heute nur mit zynischen Bemerkungen auf die Proteste reagierte.

Hintergrund der Forderungen sind allerdings nicht irgendwelche Hirngespinnste einer wohlstandsverwahrlosten Jugend, sondern das Interesse, sich nicht einer hoffnungslosen Perspektiv- und Rechtlosigkeit ausliefern zu wollen. Der Kampf der Schüler und Studenten Spaniens richtet sich einerseits gegen ein vom Franquismus übernommenes Bildungssystem und andererseits gegen die Verelendungstendenzen der kapitalistischen Krise.

So ist die Forderung nach Abschaffung der Aufnahmeprüfungen zu den Universitäten im Licht der desolaten Lage der staatlichen Schulen zu sehen, die sich nach wie vor im Gegensatz zu den unzähligen kirchlichen und privaten Schulen in einem miserablen Zustand befinden. Die Aufnahmeprüfungen können nur die bestehen, die das



### Palästina: Schwere Zusammenstöße mit Besatzungsmacht

Der Vernichtungskrieg gegen die palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon hat in den besetzten Gebieten heftige Demonstrationen ausgelöst. Das israelische Militär setzte Tränengas und Schusswaffen ein. Ein Krankenhaus mußte wegen zu vieler Verletzter den Notstand erklären. Auf dem Campus der Al-Najah Universität sind 1000 Studentinnen und Studenten von der Armee eingeschlossen. Im abgeriegelten Lager Balata wehen überall palästinensische Fahnen.  
- (bar)

### Britische Telefon-techniker beenden Streik

Nach 16 Tagen beendeten die 110000 Telefon-Techniker des britischen Telefonmonopols British Telecom am 19.2. ihren Streik. Mit 53757 Stimmen zu 28999 Stimmen – nur 75% der Mitglieder beteiligten sich an der Urabstimmung – beschlossen sie die Annahme eines Tarifabschlusses mit zwei Jahren Laufzeit. Die vier gestaffelten Lohnerhöhungen in diesen zwei Jahren machen insgesamt 12,7% aus, aber drei dieser vier Stufen werden nur dort gezahlt, wo die Techniker auf Betriebsebene „Flexibilisierungsmaßnahmen“ zustimmen, die vor allem auf die Aufgabe bisheriger Arbeitszeit- und Arbeitszeitregeln hinauslaufen. Zwar setzten die Streikenden, wie gefordert, in der Regel neun Arbeitstage in zwei Wochen durch, aber der Vorstand von British Telecom will jetzt regional auch hier „flexibler“ sein, vor allem in den Verwaltungs- und Bankzentren. Die hohe Zahl von Nein-Stimmen bei der Urabstimmung reflektiert den Widerstand gegen die „Flexibilisierung“. Der Vorstand von British Telecom hatte sich zunächst

geweigert, überhaupt zu verhandeln. Als aber die Zahl der unbearbeiteten Störungsmeldungen 400000 erreichte, mußten die Manager des gerade privatisierten Betriebs Verhandlungen aufnehmen. – (hef)

### Diskussion in Polen, CSSR über BRD-Revanchismus

Auf Initiative der polnischen Zeitung „Trybuna Ludu“ und der tschechisch-slowakischen „Rude Pravo“ fand in Warschau Ende Januar eine Konferenz über das „Gesicht des westdeutschen Revisionismus“ statt. Behandelt wurden historische Wurzeln und gegen-

wärtige Erscheinungen des Revanchismus: die Versuche, die territorial-politischen Verhältnisse in Europa in Frage zu stellen, sowie die Schaffung eines Mythos von einer angeblichen deutschen Minderheit in Polen. Übereinstimmendes Diskussionsergebnis der Teilnehmer war, daß der westdeutsche Revisionismus zwar heute keine unmittelbare Gefahr für die beiden Länder darstelle, langfristig aber eine gefährliche Erscheinung sei, die mit höchster Aufmerksamkeit zu beobachten sei.

Quellenhinweis: Trybuna Ludu, 29.1.87 – (brb)



Bolivien: Die 7000 Beschäftigten der staatlichen bolivianischen Erdölgesellschaft streikten eine Woche gegen den geplanten Abbau der Belegschaft um 20%. Die Regierung, die auf Geheiß des Internationalen Währungsfonds (IWF) Entlassungen im staatlichen Unternehmensbereich durchführen und die Lebensbedingungen der Arbeiter weiter herabdrücken soll, erklärte den Streik für illegal und setzte Soldaten gegen die Streikenden ein. Um den Streik, der die Ölproduktion und die Benzinversorgung lahmlegte, zu brechen, ließ die Regierung 17 Gewerkschaftsführer verhaften, die bei Streikende wieder freigelassen wurden. Bild: Gegen die vom IWF durchgesetzten Preiserhöhungen, Lohnsenkungen und Entlassungen traten im Oktober 1985 Mitglieder des zentralen Gewerkschaftsdachverbandes COB in den Hungerstreik. – (gba)

Geld für die privaten Bildungsanstalten aufbringen oder sich dort zu Wucherpreisen auf die Tests vorbereiten lassen können.

Betrachtet man die Arbeitslosigkeit in Spanien, die sich auf mindestens 30% beziffern läßt, ist schnell klar, wer sich dies leisten kann. Und selbst wenn diese Hürde geschafft wird, erwarten die Arbeiterkinder neue Hindernisse in Form von Studiengebühren. Andererseits ist die Lage der Schul- und Hochschulabgänger noch verheerender. Zur Zeit ist jeder zweite Spanier unter 24 Jahren arbeitslos. Um nach dem Abschluß nicht völlig mittellos zu sein, soll dem durch eine Arbeitslosenunterstützung eine Schranke gesetzt werden.

### Von Reformen nur geträumt

„Mein Traum ist, daß unsere Regierung dereinst vor allem wegen Leistungen auf dem Gebiet der Erziehung in die Geschichte eingeht“, formulierte

Präsident Gonzales bei seinem ersten Amtsantritt. Heute sind die Forderungen der Studenten allerdings für die Regierung „unannehmbar“. Dereinst angetreten mit einem Reformprogramm, das gerade den Zugang von Arbeiterkindern zur Universität ermöglichen sollte, wich die PSOE-Regierung sehr schnell von diesem Vorhaben ab. Die gesamte spanische Oberschicht schrie Zeter und Mordio, als sie von den Plänen hörte, daß ihnen das Bildungsprivileg streitig gemacht werden sollte. Doch die PSOE-Pläne entpuppten sich als ein Sturm im Wasserglas. Sehr schnell wurde das Gerede von einer Bildungsreform unglaublich, zumal Bildungsminister Maravall, seinerseits Sozialist und „Alt-68er“, so viel Vertrauen in das Vorhaben setzte, daß er seine eigenen Sprößlinge auf Privatschulen schickte.

Die totale Ablehnung der studentischen Vorschläge und der massive Ein-

satz der Polizei haben die sozialistische Regierung in eine Situation gebracht, mit der sie allerdings nicht gerechnet hat. Sie stößt mit ihrer Haltung auf eine immer breitere Front in der Bevölkerung, die sich nicht nur mit den Studenten solidarisiert, sondern – wie die Commissiones Obreros ausdrücklich erklärt haben – ihre Aufgaben darin sieht, den Kampf gegen die Politik der PSOE auf breiter Ebene zu organisieren. So werden auf den Kundgebungen und Demonstrationen, an denen sich neben den Schülern und Studenten immer öfter Arbeiter beteiligen, auch die EG- und NATO-Politik der Gonzales-Regierung angegriffen. Die Aktionstage vom 9. bis 13. Februar sind dafür ein sehr eindrucksvolles Beispiel.

Quellenhinweis: El Pais, ABC, Diario 16, Neue Zürcher Zeitung, Handelsblatt, Die Zeit, Die Weltwoche.  
- (Gem)

## Veröffentlichungen

### Venohrs Neuauflage faschistischer Geopolitik

„Ohne Deutschland geht es nicht“ heißt eine Aufsatzsammlung, die Wolfgang Venohr im Sinus-Verlag herausgegeben hat. Venohr selbst ist mit zwei Texten vertreten, darin fordert er eine „deutsche Konföderation“ als Vorstufe deutscher Einheit „von der Maas bis an den Bug, von der Etsch bis an den Belt“.

Der ehemalige Fernsehjournalist Venohr zielt in seinen Aufsätzen vor allem auf Grüne und Linke. Als Klappentext werden Engels und Bismarck nebeneinander zur Einheit Deutschlands zitiert, die Aufsätze selbst sind voller Anspielungen, die es Linken erleichtern sollen, national zu werden. Die Nation wolle er nicht um ihrer selbst, sondern um des Friedens willen – Unterordnung der nationalen unter die Friedensfrage also. Engels habe schon die deutsche Zerrissenheit beklagt, Marx und Engels den reichsgründenden Krieg gegen Frankreich 1870/71 als „Verteidigungskrieg“ gerechtfertigt.

Fast alle diese Anspielungen beruhen auf Fälschungen. Zum Beispiel: In der „Adresse über den Krieg“ (MEW Bd. 17, S. 3) greifen Marx und Engels Frankreich und Preußen an, erlaube die deutsche Arbeiterklasse dem Krieg, „seinen stark defensiven Charakter aufzugeben“, „so wird Sieg oder Niederlage gleich unheilvoll“.

Venohrs Buch ist in weiten Passagen und in der Kernaussage eine Wiederholung früherer Texte, z.B. seines 1982 erschienenen Buchs „Die deutsche Einheit kommt bestimmt“. Der Mann wittert eine Konjunktur für das alte deutsche „Mitteleuropa-Programm“, im Gefolge von Reden von Weizsäcker beispielsweise. – (düb)

### Kriminalpolizist über „organisierte Kriminalität“

Der frühere Landeskriminaldirektor von NRW H.W. Hamacher ist Mitglied der Gewerkschaft der deutschen Polizei. Er hat bereits 1973 ein Buch über organisierte Kriminalität veröffentlicht, kürzlich erschien ein neues Buch von ihm zum selben Thema. Er plädiert für eine Ausgestaltung der Ermittlungs- und Verfolgungsrechte der Polizei, die ihr erlauben, erstens jeden gewünschten Datenabgleich durchzuführen, zweitens ungehemmt Spitzel und damit gerichtsverwertbare Zeugen einzukaufen und evtl. eigene Leute als solche einzusetzen und drittens dafür, Strafverfahren zu beschleunigen, indem die Möglichkeiten für Beweis-, Befangenheits- und Ablehnungsanträge beschnitten werden. Zur Begründung seiner Schlußfolgerung führt Hamacher eine Sammlung von Beispielen

an, wo sich überall Hinweise auf „kriminelle Vereinigungen“ finden lassen, derer die Polizei nicht Herr wird. Die RAF und die Revolutionären Zellen handelt er ab, größeres Gewicht legt er jedoch auf Beispiele, die den Ruf nach dem starken Staat popularisieren sollen: Weinpanscherei; Kapitalisten, die Heizöl als Brennstoff für Kraftfahrzeuge verkaufen; Bauunternehmer, die Kartellabsprachen treffen; illegale Leiharbeitsfirmen; Handel mit ausländischen Arbeitern; illegale Giftmüllbeseitiger; Gold- und Devisenschmuggler; Kredithaie usw. – vor allem Gesetzesverstöße, die von Kapitalisten begangen wurden. Hamacher führt aus, daß insbesondere der Datenschutz die Poli-



Polizist als Umweltschützer tätig.

zei daran hindere, nachzuweisen, daß es sich um „kriminelle Vereinigungen“ handle: „Entdeckt eine Verwaltungsbehörde einen schweren Umweltsünder, straft sie ihn ab ... sonst aber behält sie ihr Wissen für sich ... Der gleiche Mann, die gleiche Organisation kann morgen oder übermorgen in der Nachbarstadt oder in einem anderen Bundesland wieder loslegen.“ Hamachers Beispiele zielen darauf, in der Polizei eine gegenüber grünen und antifaschistischen Kräften wirksame Propagandalinie zu verbreiten. Er geht von einem Gemeinwohl aus, das durch Umweltsünder, Steuerhinterzieher etc. geschädigt wird und nur durch einen starken Staat zu schützen ist. Doch gegen die Verbreitung von gesundheitsschädlichem Dreck, gegen Handel mit ausländischen Arbeitern usw. würden gleiche Rechte für die Ausländer, Kontroll- und Vetorechte von Gewerkschaften und Belegschaften weitaus wirksamer sein. (H.W. Hamacher, Tatort Bundesrepublik, Organisierte Kriminalität, Verlag deutsche Polizeiliteratur, 28,- DM – uld)

### Ungeschützte Arbeitsverhältnisse

Im Auftrag des DGB hat die Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen Ende 1986 eine bundesweite Erhebung über statusgeminderte Arbeitsverhältnisse durchgeführt. Die Studie stellt „deutliche Hinweise auf eine sich verstärkende Tendenz zur Auflösung des ‚Normalarbeitsverhältnisses‘ auf dem Arbeitsmarkt der BRD“ fest. Untersucht wurden befristete Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte und Teilzeitarbeit auf Abruf. Nicht in allen Sparten weisen Frauen den höheren Anteil von „nicht normalen“ Arbeitsplätzen auf. Zwar ist jede dritte erwerbstätige Frau und nur jeder 40. Mann teilzeitbeschäftigt, befristete Arbeit aber kommt bei Frauen wie bei Männern etwa gleich oft vor: 8%. Bei den 30-jährigen Frauen arbeiten nur 15% in Teilzeit, bei den 30 bis 45-jährigen aber 52% und den über 45-jährigen 44%. Bei den befristet beschäftigten Männern ist es umgekehrt: 23% bei Männern unter 30 gegenüber 13% bei Frauen. Der Anteil der befristet Beschäftigten ist in der Gruppe 16 bis 19 Jahre mit 44% am höchsten. Sehr viele können also ihr erstes Arbeitsverhältnis nur antreten, wenn sie einer Befristung zustimmen! – (rst)

### Zeit- statt Geldzuschläge für belastete Arbeiter?

Im Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) des DGB ist eine Untersuchung zum Thema „Besondere Arbeitszeitbestimmungen für ältere und besonders belastete Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen“ unter dem Stichwort „Elemente qualitativer Tarifpolitik“ veröffentlicht worden. Dokumentiert sind die entsprechenden Passagen aus Tarifverträgen der DGB-Gewerkschaften in „20 ausgewählten, annähernd repräsentativen Tarifbereichen“. Als besondere Arbeitsbelastungen wurden vor allem Schicht-, Akkord-, Fließ-, Band- und Bildschirmarbeit zugrundegelegt. Als besondere Arbeitszeitregelungen wurden Vorruhestandsregelungen, Altersfreizeiten, Schichtfreizeiten sowie bezahlte Kurzpausen herausgefunden. Die Autorin der Untersuchung, I. Kurz-Scherf, kommt zu der Auffassung, daß „arbeitszeitpolitische Maßnahmen zur Entdichtung, zur Kompensation und zum Ausgleich besonderer Arbeitsbelastungen immer nur die zweitbeste Lösung“ seien, wenn und solange eine menschengerechte Gestaltung der Arbeit nicht möglich oder durchsetzbar ist. Solche Maßnahmen könnten auch weder die Forderung nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung, noch die Forderungen nach Verbot „vermeidbarer Samstags- und Nacharbeit und zur Begrenzung der zulässigen Mehrarbeit“ ersetzen. Auf jeden Fall sieht die Autorin in einer

Tarifpolitik der „Zeitzuschläge“ Vorteile gegenüber der bisherigen Politik der „Geldzuschläge“. Zeitzuschläge versprechen „einen Entlastungseffekt bei gesundheitsgefährdenden Arbeiten bzw. asozialen Arbeitsbedingungen und einen stärkeren Anreiz für die Unternehmen zur Vermeidung solcher Arbeitsbedingungen“. Die Einordnung der Lohnpolitik in die geforderte Neuordnung der Tarifpolitik nimmt die Autorin nicht vor. Sie erwähnt lediglich positiv den Lohnrahmentarifvertragsentwurf für die Metallindustrie Südwürttemberg-Hohenzollern, der u.a. eine Verdienstsicherung für Leistungslöhner vorsieht. (WSI, Besondere Arbeitszeitbestimmungen für ältere und besonders belastete Arbeitnehmer, zu beziehen: WSI, Tarifarchiv, Hans-Böckler-Straße 39, 4000 Düsseldorf – roh)

### Flexibilisierung der Arbeitszeit in Westeuropa

Unter diesem Titel hat das Europäische Gewerkschaftsinstitut eine „Studie“ veröffentlicht. Wer weiß, daß bereits 1983 in der EG-Kommission, als auf die Gefahren der Flexibilisierung aufmerksam zu machen noch verpönt war, Flexi-Konzeptionen ausgearbeitet wurden, wer die Politik großer Konzerne kennt, die in einem Land durchgesetzten schlechtesten Arbeitszeitbedingungen international zu „harmonisieren“, erwartet Anhaltspunkte, wie sich die internationale Arbeiterbewegung gegen die Aufrollung des Normalarbeitstages erfolgreich wehren kann. Und wird enttäuscht. Das schmale Bändchen enthält zu den Themen Überstunden, Neugestaltung des Arbeitstages bzw. der Arbeitswoche und Teilzeitarbeit eine oberflächliche Auflistung über Regelungen diesbezüglich in verschiedenen Ländern. Ein Urteil darüber, wie und ob diese gesetzlichen oder tariflichen Regelungen vor Verschleiß oder Rund-um-die-Uhr-Arbeit tatsächlich schützen, ist nicht möglich. Quantitative Trends, z.B. über die Ausdehnung von Schichtsystemen oder der Wochenendarbeit werden nicht gegeben. Das internationale Wirken großer Konzerne und deren Einflußnahme auf die Gesetzgebung der einzelnen Länder oder von EG-Gremien werden nicht untersucht. Die Studie kommt in der Kritik an negativen Flexibilisierungserfolgen zu dem Schluß, daß tatsächliche Reaktionsfähigkeit auf Marktschwankungen ein hohes Qualifikationsniveau, gute Entlohnung und akzeptable Arbeitsbedingungen beinhalten muß. Endlich landet sie bei der Empfehlung nach Arbeitszeitverkürzung, nachdem vorher z.B. der Übergang einer 8-Stunden-an-5-Tagen auf 6-Stunden-an-6-Tagen-Regelung problematisiert wurde.

(Quelle: EGI, Boulevard de l'Imperatrice, 1000 Bruxelles, Belgien – gka)

### VVN-BdA – Geschichtsdebatte

## „Neue Deutsche“ gegen „Nationalisten“? Arbeiterinteressen bleiben auf der Strecke

„Gemeinsam mit der Friedensbewegung, den Gewerkschaften, den Geschichtswerkstätten, den Kirchen, den jüdischen Gemeinden und auch Vertretern der Parteien“ will die VVN-BdA weitere Veranstaltungen zur Auseinandersetzung mit den reaktionären Auffassungen von Politikern und Historikern durchführen. Sie will die obengenannten Kräfte zu einem Bündnis für diese Auseinandersetzung zusammenbringen, weil unter diesen Kräften Einigkeit bestünde über die Ablehnung der Thesen der neokonservativen Historiker und der politischen Ziele der „Stahlhelmfraktion“, weil ihnen gemeinsam die Feststellung sei, daß eine Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit die Voraussetzung für eine demokratische und friedliche Zukunft

kämpft werden können – z.B. dagegen aufzutreten, daß Leistung sich wieder lohnen soll und wer sich Leistungsanforderungen à la Blüm oder Bange mann verweigert, als Schmarotzer an der Gesellschaft gebrandmarkt und niedergemacht werden kann.

Stattdessen bemühen sich Redner der VVN-BdA, die so verschiedenen sozialen Kräfte zusammenzubringen für die Aufgabe, ein positives „alternatives“ Nationalverständnis zu begründen. „Neu lernen, was es heißt, ein Deutscher zu sein“, überschreibt Kurt Faller einen Beitrag in der Zeitschrift „Demokratische Erziehung“ (Februar 1987). In der gleichen Ausgabe vertritt der Redakteur dieser Zeitschrift, Karl Heinz Heinemann, als Alternative zur Reaktion, daß Antifaschisten stolz auf



Wie sollen sich die ausländischen Arbeiter, die ein wichtiger Teil der Antifaschisten sind, am antifaschistischen Kampf beteiligen, wenn der Grundkonsens „deutsch“ ist?

ist und weil diese Kräfte die Sorge um die politische Kultur in der BRD und um den antifaschistischen Grundkonsens des Grundgesetzes verbinde. So Kurt Faller, Mitglied des geschäftsführenden Präsidiums der VVN-BdA.

Vor allem an den von Mitgliedern der VVN-BdA gehaltenen Beiträgen und dem ganzen Ablauf der Veranstaltung in Frankfurt wird die Vorstellung deutlich, daß ein antifaschistisches Bündnis der obengenannten Richtungen und Kräfte unter Absehung der sie trennenden sozialen und politischen Interessen versucht werden soll. Die Veranstalter unternahmen daher auch keine Anstrengungen, zwischen christlichen, gewerkschaftlich orientierten und kommunistischen Kräften festzustellen, ob man zu einer gemeinsamen Beurteilung der Absichten, die die politische Reaktion mit Lügen über die Ursachen von Faschismus verfolgt, kommen kann, um dann vielleicht darüber zu ringen, welche dieser Absichten gemeinsam zurückgewiesen, be-

eine BRD sein können, wenn diese Know-how und neue Technologie exportiert statt Kriegswaffen. Wenn die VVN-BdA eine Bündnislinie suchen will, die sich auf das „Deutsch sein“ gründet, bügelt sie unter, was wir aus den Niederlagen der Antifaschisten zu lernen hätten: erfolgreich proletarische Interessen gegen imperialistische Politik im Bündnis mit Kräften der Mittelklasse, der werktätigen Intelligenz, der Christen etc. durchzusetzen. Die Reaktion will die Kräfte gewinnen, indem sie ihnen Aufstieg, Erfolg, Wohlstand im Zusammenhang mit dem Wohlergehen und der Größe der Nation zusichert. Das ist nicht eine fixe Idee, sondern solche Karrieren funktionieren auf Kosten der Arbeiter, die in der BRD am schlimmsten ausgebeutet werden und auf Kosten der vom BRD-Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Länder der Dritten Welt. Die Trennlinie zur Reaktion kann nur über soziale und Klasseninteressen hergestellt werden. – (düb, uld)

## Konferenz der VVN zur Geschichtsdebatte – Auszüge aus der Diskussion

*Reinhard Kühnl, Professor für Politikwissenschaften, Marburg*

Jetzt wird der Drang sichtlich stärker, politische, ökonomische und ideologische Bedingungen zu schaffen, die eine ungehemmte Entfaltung der realen Macht gewährleisten, und zwar nach Osten und nach Westen, die aber insbesondere das Feindbild im Osten wieder in aller Schärfe herausarbeiten und zum Leitbild der Politik machen ... Nicht also – und darauf lege ich Wert – von konservativen Wissenschaftlern ging diese Offensive aus. Ziel und Richtung dieser Offensive ist von politischen Kräften der Rechten vorgegeben worden und sie haben sich dann wissenschaftlicher Potenzen bedient, um diese Offensive voranzudrängen ... Diese Forderung, die ja von der Rechten erhoben wird, nämlich: Schluß jetzt mit der Bülberhaltung – es reicht uns jetzt! –, diese Forderung trifft auf eine gewisse Bereitschaft in verschiedenen Teilen der Bevölkerung, auch in der jungen Generation ... Wir müssen noch viel klarer als bisher unterscheiden, wer denn die Faschisten waren und wer denn die Antifaschisten waren, und daß wir aus dem antifaschistischen Kampf sehr wohl Identifikationsangebote für die junge Generation präsentieren können. Es gibt in unserer nationalen Geschichte Traditionen, zu denen wir uns bekennen können und die für die jüngere Generation Vorbilder sein können.

*Heinrich Niesporek, Christliche Demokraten für Schritte zur Abrüstung*

Ich würde mir sehr wünschen, wenn unsere Politiker tatsächlich richtige Patrioten wären und eigene deutsche Interessen vertreten würden. Ich halte es z.B. mit deutschen Interessen für unvereinbar, daß unser Land praktisch ein Pulverfaß ist, daß unser Land das Land mit der höchsten Atomwaffendichte der Welt ist. Das entspricht nicht deutschen Interessen.

*Susanne Willems, Aktion Sühnezeichen*

Was kann man tun, um antifaschistische Identität zu schaffen? Ich möchte ein Beispiel aus der Arbeit von Aktion Sühnezeichen nennen, die Besuche der KZ-Gedenkstätten, etwa von Auschwitz. Ich habe dabei selbst erlebt, daß dieser Ort Auschwitz mich zurückverweist, zunächst an die eigene Familie. Wenn ich da bin, bin ich gedanklich mit der Generation vor mir befaßt. Das ist eine familiengebundene Frage von Identität. Ich muß mir sagen, das also ist der Ort, von dem die Generation der Großeltern behauptet, sie hätte davon nichts gewußt.

*Gerd Greune, Bundesvorsitzender DFG-VK*

Ich denke, daß wir auch mit denjenigen, die heute noch teilweise zu Recht, aber auch differenzierter vielleicht doch zu Unrecht, mit den Landsmannschaftsverbänden, mit den Jugendlichen in den Landsmannschaften, die als Revanchisten dargestellt werden, die sich selbst als Revanchisten darstellen, eine Diskussion führen müssen, mit ihnen reden müssen, gerade mit der jüngeren Generation, damit nicht die wieder unter sich bleiben können und eine Keimzelle für wirklich neonationalistische und neue deutsche Großmannssucht werden können.

*Esther Bejarano, Vorsitzende des Internationalen Auschwitz-Komitees, Sektion BRD*

Wenn man von mir erwartet, daß ich zuallererst kundtue, wie diese Entorgungskampagne der konservativen Historiker die ehemaligen Auschwitz-Häftlinge erschüttert und geschockt hat, da muß ich enttäuschen. ... Erleben wir doch dieses in der Bundesrepublik seit eh und je ... Das arbeitsteilige Zusammenwirken der Führungsschicht der

Großindustrie und Großbanken in einer Verbrechergemeinschaft sollte peinlichst kaschiert werden. Darum geht es doch, wenn nun Historiker, wissenschaftlich bemäntelt, Auschwitz als eine irrationale Reaktion eines Wahnwitzigen erklären, aus dessen Gehirn Auschwitz als Präventivmaßnahme entstanden ist, weil er sich nach Darstellung dieser Historiker als potentielles Opfer des bolschewistischen roten Terrors glaubte!

*Kurt Bachmann, Präsidium der DKP*

2. Jugend verspürt das Bedürfnis nach nationaler Identität, will sich nicht mit der Nazigefolgschaft ihrer Großväter identifizieren, sammelt, recherchiert und forscht über die Nazizeit. Sie sucht nach positiven Traditionen, nach Dingen, auf die sie stolz sein kann. Sie will Völkereundschaft statt Ausländerhaß. Und sie erwartet von uns überzeugende Antworten auf neofaschistischen Nationalismus. Arbeiter, Ingenieure, Wissenschaftler sind stolz auf die Qualität des Ideenreichtums ihrer Arbeit, auch wenn ihnen die Produkte ihres Wirkens noch nicht gehören. Doch, so sagte Anna Seghers 1935 auf dem Schriftstellerkongreß in Paris, als der Faschismus in Deutschland tobte: „Wer in unseren Fabriken gearbeitet hat, auf unseren Straßen demonstriert, in unserer Sprache gekämpft hat, der wäre kein Mensch, wenn er sein Land nicht liebte.“ Diese Sprache mag uns weiterhelfen, damit wir in der Zukunft die richtigen Worte finden.

*Peter Gingold, ehemaliger Angehöriger der Resistance*

Den Begriff „linker Patriotismus“ kann ich nicht begreifen. Ich kenne aus der Geschichte den Mißbrauch patriotischer Gefühle, v.a. durch die Nazis. Ich halte es für ganz wichtig, zu zeigen, was der antifaschistische Widerstand war. Als wir in der Resistance gekämpft haben, Verbindungen mit deutschen Soldaten und Offizieren aufgenommen und viele – auch Leute des 20. Juli – für die Bewegung „Freies Deutschland“ gewonnen haben, war unsere Losung: „Hitler muß fallen, damit Deutschland lebt.“ Wir haben das „andere Deutschland“ unter Beweis gestellt, wir haben gezeigt, daß Deutschland nicht mit Hitler gleichzusetzen ist. Für mich ist „national“ sein, für die Lebensinteressen des eigenen Volkes eintreten, eng verknüpft mit dem Internationalismus. Ich kann nicht für die nationalen Interessen kämpfen, wenn ich nicht zugleich Internationalist bin.

*Micha Brumlik, Jüdische Gemeinde Frankfurt*

Die westdeutsche Gesellschaft mit all ihren Problemen braucht vieles, aber eines gewiß nicht: positive Identifikationsmuster; denn die westdeutsche Gesellschaft ist keine Jugendgruppe mehr ... Ich glaube, daß auch die Linke eines Leitbildes nicht mehr bedarf. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, an Stelle der verschlissenen nationalistischen Leitbilder nun irgendwelche positiven Leitbilder aufzustellen, sondern die Aufgabe der Linken ist es nach wie vor, zersetzend, und das heißt analytisch, aufklärerisch zu wirken, dabei soziale Konflikte zu artikulieren, die Vergangenheit festzuhalten.

*Arno Klönne, Professor für Politikwissenschaften, Paderborn*

Wenn von nationaler Identität gesprochen wird, dann will ich mein Unbehagen nicht verschweigen ... Auf welchen Rahmen soll sich diese nationale Identität beziehen? Wenn man die deutsche Geschichte nimmt: auf den vor 1866, auf den nach 1871, auf den 1937, von 1939 oder auf den von heute! Die meisten, die mit dem Begriff umgehen, meinen nicht das friedliche Nebeneinander von DDR und Bundesrepublik ... und es besteht auch die Gefahr, daß man meint, man müsse in progressiver Absicht Begriffe besetzen, sozusagen politisch semantisch, und wird dann am Ende von diesen Begriffen besetzt.

Quellenhinweis: Deutsche Volkszeitung/die tat, 13.2.87



### Haltung der ÖTV zur Volkszählung

Stuttgart. Oberbürgermeister Rommel will ca. 50%, mindestens 3500 städtische Beschäftigte zur Volkszählung zwangsverpflichten. 800 haben sich bisher gemeldet, 5000 werden gesucht. Er hoffe dabei auf das Verständnis der Betroffenen, der Personalräte und auch der Gewerkschaft ÖTV, betonte Rommel. Eine Weigerung kann disziplinarische Maßnahmen wie z.B. Bußgelder zur Folge haben. Die ÖTV unterstützt den Widerstand der Beschäftigten nicht in der notwendigen Weise. Manfred Kanzleiter, der Vorsitzende der ÖTV-Kreisverwaltung Stuttgart und SPD-Stadtrat, versicherte Rommel, es sei selbstverständlich, „daß wir das Volkszählungsgesetz respektieren“. Es müsse jedoch auch klar sein, daß die Gemeindeordnung keine „dienstliche Verpflichtung“, sondern nur eine „ehrenamtliche Tätigkeit“ der Mitarbeiter zulasse. Er appellierte lediglich an Rommel, möglichst beim Prinzip der Freiwilligkeit zu bleiben. Um die Motivation der Beschäftigten zu wecken, empfiehlt er Amts- und Abteilungsleitern, sich zur Volkszählung zu verpflichten. – (evc)

### Stand der Vorbereitungen gegen NPD-Landesparteitag

Ravensburg. Gegen den NPD-Landesparteitag in Sigmaringen am 11./12.4.87 hat sich eine Aktionseinheit aus VVN, Volksfront, VSP, MLPD und andere Antifaschisten gebildet. Sie hat einen Offenen Brief an Bürgermeister und Gemeinderat Sigmaringens geschickt: „Die Anwesenden des Treffens ... fordern ..., die Genehmigung für eine Nutzung öffentlicher Räume zur Durchführung des Landesparteitages des NPD ... zurückzuziehen. Wir sind der Meinung, daß der Artikel 139 GG und das Kontrollratsgesetz Nr. 2 vom 10.10.1945 juristische Handhabe genug bietet, einer neofaschistischen Organisation wie der NPD die Benutzung öffentlicher Räume zu versagen.“ Der Brief wird auch vom Vertrauensleutkörper der IGM ZF Friedrichshafen unterstützt. Einen ähnlichen Brief hatte der Drupa-Bezirksvorstand Ulm/Südwestfalen veröffentlicht. Der DGB Kreis Sigmaringen ruft zu einer Demonstration am 11.4. auf. Die Uhrzeit allerdings legt nahe, daß eine Behinderung des Parteitags nicht angestrebt wird. Weitere Gruppen aus Sigmaringen haben sich angeschlossen. Auch die GRÜNEN, die aber ihr Eintreten für ein generelles Versammlungsrecht betonen. Für den Raum Ravensburg/Friedrichshafen sind Veranstaltungen und Ausstellungen zum Faschismus und der Rolle der Rüstungsindustrie am Bodensee im 3. Reich und zu Neo-Faschisten geplant. – (jükl, ulr)



Heilbronn. 300 Demonstranten begleiteten am 9.2. die 65-jährige Martha Kuder (Bild: rechts) zum Gefängnis. M. Kuder war zu zehn Tagen Haft verurteilt worden, weil sie sich an Blockaden gegen die Stationierung von Pershing II-Raketen beteiligt hatte. An der Demonstration beteiligten sich der örtliche DGB-Vorsitzende und die Vorsitzenden von vier Einzelgewerkschaften. – (gba)

### Münchener Flüchtlingsrat – Gründung geplant

München. Am 26.2.87 soll in München ein Flüchtlingsrat gebildet werden. Mitglieder verschiedener Organisationen und Einzelpersonen haben sich nach eingehenden Diskussionen auf eine Plattform zur Gründung des Flüchtlingsrates geeinigt. Gefordert wird u.a. uneingeschränktes Asylrecht, Bleiberecht für Flüchtlinge aus Notstands- und Krisengebieten, Recht auf Freizügigkeit, Aufhebung des Arbeitsverbots, keine zwangsweise Verpflichtung zu „Gemeinnützigen Arbeiten“, Recht auf Ausbildung und Studium, Aufhebung der Unterbringung in Sammelagern. Der Flüchtlingsrat will die Arbeit der Einzelorganisationen koordinieren, mit anderen Flüchtlingsräten zusammenarbeiten, Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit gegen das geltende Asylrecht durchführen und sich für die Verhinderung von Abschiebungen, Ausweisungen oder Auslieferungen politischer Flüchtlinge einsetzen. Geplant ist u.a. die Durchführung von Aktionstagen. – (rew)

### Faschisten an der Ruhr-Uni Bochum

Der Ring Freiheitlicher Studenten (RFS), der sich bislang vorwiegend an der Uni Köln betätigte, ist erstmals in Bochum aufgetaucht. Dreimal innerhalb von zwei Wochen versuchten die Faschisten, Flugblätter zu verteilen. Sie konnten jedesmal von Antifaschisten behindert werden. In dem Flugblatt kündigt der RFS die Gründung einer Bochumer Hochschulgruppe an. Dies sei nötig, um dem „pseudo-konservativen RCDS“ eine „grundsätzliche Wende“ entgegenzustellen. Der RFS tritt dabei für Elitezucht, Verbot des allgemeinen politischen Mandats der ASten und Wiedervereinigung ein. Der RFS hat Verbindungen zu den Deutschen

Burschenschaften, dem Hochschulkreis Tübinger Studenten, der Konservativen Aktion u.a. In Köln setzte er Schlägertrupps als „Saalschutz“ ein. Der Bochumer AStA hat eine Dokumentation herausgegeben, einige Fachschaften wollen aktiv werden. – (Mak)

### Strafbefehl gegen Buchhandlungen

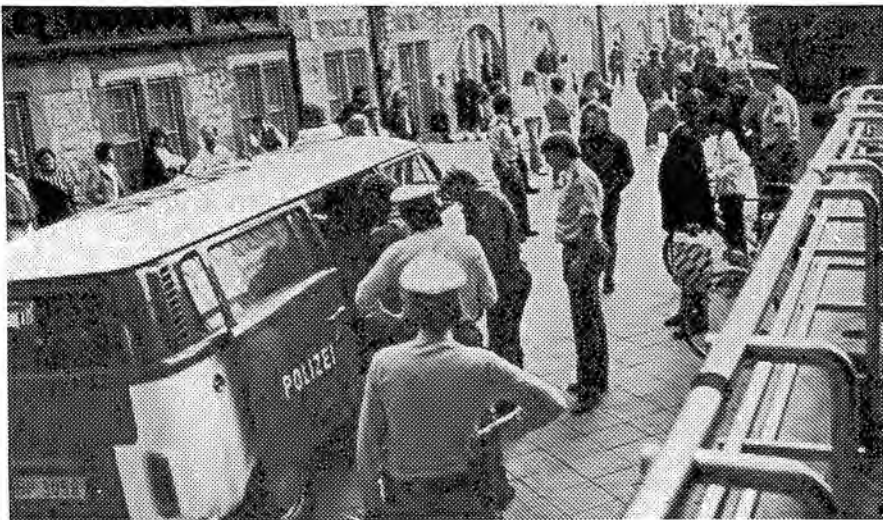
München. Drei Münchner Buchhandlungen erhielten Ende Januar Strafbefehle, weil sie die Zeitschrift „Freiraum“ verkauft haben – vor einer Entscheidung der Behörden, daß der Inhalt gegen Paragraphen des Strafgesetzbuches verstoßen haben soll. Die Staatsanwaltschaft bedient sich des §11 aus dem bayerischen Pressegesetz und beschuldigt sie einer „fahrlässigen Veröffentlichung“. Danach ist strafbar, „wer als verantwortlicher Redakteur, Verleger, Drucker oder Verbreiter am Erscheinen eines Druckwerkes strafbaren Inhalts mitgewirkt hat, sofern er nicht die Anwendung pflichtmäßiger Sorgfalt nachweist“. Aus der Pressemitteilung der Buchhandlungen: „Vom Buchhandel wird gefordert, daß wir, bevor noch ein Staatsanwalt über die strafrechtliche Relevanz einer Veröffentlichung entscheidet, selbst die Vorentscheidung treffen und gegebenenfalls eine Zeitschrift nicht mehr verkaufen – die perfekte Vorzensur. O-Ton Strafbefehl: „Bei dem allgemein bekannten extremen Charakter der Veröffentlichungen in der seit über zwei Jahren erscheinenden Druckschrift Freiraum mußte damit gerechnet werden, daß deren Inhalt gegen das Strafrecht verstößt. Es war ihnen deshalb zuzumuten, sich vor der Weiterverarbeitung selbst zumindest einen groben Überblick über den Inhalt zu verschaffen und nicht die Ausgabe Nr. 12 unbesehen zu verbreiten.“ – (ror)

## Autonomer Widerstand

## Verhaftung und Isolationsknast wegen „terroristischer Vereinigung“

**Bielefeld.** Am 5.12.86 wurde Jens K. verhaftet. Voller Genugtuung schrieb das reaktionäre „Westfalen-Blatt“ am 8.12.: „Freitagmorgen vier Uhr. Im dunklen Kamphof preschen Polizeifahrzeuge mit Wiesbadener Kennzeichen vor. Ziel ist das Haus Nordstr. 32. Beamte des BKA dringen in den Flur ein, Holz von Wohnungstüren splittert. Jens, 24, Student, Parterre links, wird festgenommen. Der Generalbundesanwalt verdächtigt Jens, Mitglied einer eigenständigen terroristischen Vereinigung zu sein, die der RAF zuarbeitet.“ Bei der Wohnungsdurchsuchung soll ein Schreiben gefunden worden sein: „Wir haben am 9.12. auf das Bürogebäude von Siemens einen Sprengstoffanschlag verübt.“ Woher der angebliche Hinweis auf Jens K. kam, ist bis heute nicht

Von dieser Hetze zeigten sich etliche Kräfte außerhalb des autonomen Spektrums beeindruckt. Das „Stadtblatt“ ließ den als „links“ geltenden Professor Klönne darüber referieren, daß „Terroristen“ sich nicht die Namen von Kämpfern der Arbeiterbewegung als Bezeichnung für ihre kämpfenden Einheiten zu eigen machen dürften. Über die Kundgebung von 200 Leuten noch am Tag der Verhaftung berichtet das „Stadtblatt“ kein Sterbenswort. Aufrufe zu Aktionen der Autonomen im Zusammenhang mit der Verhaftung werden nicht abgedruckt, Distanzierungen dagegen sehr wohl. Die TAZ erörterte in einem Artikel am 9.12., wer denn nun der Spitzel gewesen sei (Mutmaßung: Der Schornsteinfeger), ohne sich mit einem Wort kritisch zu der Verhaftung zu äußern.



Die Polizei versucht, eine Protestaktion vor dem Rathaus gegen die Räumung des besetzten Teutoburger Waldheims zu verhindern.

geklärt.

Nach der Verhaftung begannen sämtliche Bielefelder Zeitungen mit der Hetze insbesondere gegen die autonome Linke. „Jens hatte schriftliche Verbindungen zu in NRW einsitzenden RAF-Häftlingen.“ „Kampfparolen in Rot und Blau, zumeist mit Bielefelder Lokalbeziehung, an fast allen Gebäuden der Straße. Hier, wo unter anderem die Hausbesetzerzene Unterschlupf gefunden hat, wohnte er.“ „Die Wahl des Namens Philip Müller (aus dem Bekennerbrief, d. Verf.) läßt auf eine orthodoxe kommunistische Gesinnung der mutmaßlichen Bombenbauer schließen.“ (Zitate Westfalen-Blatt und Neue Westfälische Zeitung). Philip Müller war Mitglied der FDJ und wurde 1952 bei einer Demonstration von der Polizei erschossen.

Für den 30. Januar (Jahrestag der Machtergreifung der Hitler-Faschisten) riefen Autonome Gruppen zu einer Demonstration gegen „Repression und Sicherheitsgesetze“ auf. Kundgebungsbeiträge der Antifaschistischen Koordination Bielefeld, der Gruppe Volkszählungsboykott und des Ausländerbeirates unterstützten die Demonstration, an der sich ca. 350 beteiligten. Aus einem Flugblatt der Autonomen: „Mit gezielten Maßnahmen ... soll aus Jens, wie aus allen Menschen, die sich dem Apparat von Unterdrückung und Herrschaft nicht beugen, ein für das Kapital genormtes Individuum gemacht werden.“

Jens K. befindet sich zur Zeit in der JVA Frankenthal in der Nähe von Kaiserslautern in Isolationshaft. „Dieses still-sauber-sichere Modell hebt sich

nur äußerlich von der Internierung von Menschen zur Nazizeit ab. Die Intention ist die gleiche, wer sich nicht einreihen läßt, findet sich im Lager wieder. Ausländer, Kommunisten, Anarchisten, sozialpolitische Querulanten.“ (Flugblatt der Autonomen) Jens schreibt über seine Haftbedingungen: „Ich bin in der Psychozelle in der Überwachung. Weder links, noch rechts, noch unter, noch über mir eine Zelle. Milchglasscheibe, Metallochplatte, Betonstreben = Fenster. Gegensprechanlage, wo alles abgehört werden kann, Geräuschkulissen wie perverse Gesprächsfetzen übertragen werden können. Wenn die Zellentür aufgemacht wird, stehen mindestens zwei Schergen vor der Tür, und nachts wird entweder nur die Klappe aufgemacht oder das Rollkommando kommt, das sind zwischen sechs und acht. Bei allen Gängen aus der Zelle gehen mindestens drei zur Begleitung mit. Kein anderer Gefangener ist zu sehen.“

Im April sind im autonomen Arbeiterjugendzentrum (AJZ) Antirepressions-Tage geplant. Sie sollen der Diskussion der Forderungen dienen: „Für Aufhebung aller Sondermaßnahmen im Knast – Zusammenlegung aller politischen Gefangenen in selbstbestimmten Gruppen – Abschaffung der Zwangsarbeit in den Knästen – für die Abschaffung der Lagerhaltung bei Flüchtlingen und Asylbewerbern und ihren freien Aufenthalt.“ – (ads, bes)

### Privatfunk ffn

### Radio-Bild in Niedersachsen

**Hannover.** Seit 31.12.86 sendet die „Funk & Fernsehen Niedersachsen“ (ffn) ein landesweites Programm im 24-Stunden-Betrieb. Damit ist ffn (58 Beschäftigte) derzeit der größte Privatrundfunk in der BRD.

ffn ist „Kind“ der 57 niedersächsischen Zeitungs- und 13 Fachzeitschriftenverlage. Den Ton geben die Medienkonzerne an: neben Madsack (besitzt ca. ein Viertel des niedersächsischen Zeitungsmarkts), der den Vorsitzenden des Gesellschafterausschusses stellt, natürlich auch Springer (über Bild-Hannover). Als Startkapital sind 6,8 Mio. DM aufgebracht, die mit Entwicklung des Sendebetriebs, u.a. Einrichtung von Lokalstudios, auf 30 Mio. aufgestockt werden. Laufende Kosten 17 Mio. DM (1987). Erst ab dem dritten Sendejahr wird mit Gewinn (größere Werbeeinnahmen als Kosten) gerechnet.

ffn ist die „Idealbesetzung“ für Privatrundfunk nach dem niedersächsischen Landesrundfunkgesetz. Schon die sachlichen Bedingungen zur Vergabe der Lizenz sind auf Medienkonzerne zugeschnitten: Von dem Veranstalter

wird verlangt, daß das Programm „professionellen Ansprüchen genügt“, es soll die „nutzbare Sendezeit möglichst weitgehend in Anspruch nehmen“ und muß „nach seinem Inhalt auf eine mindestens landesweite Verbreitung ausgerichtet sein“. Auch für die Erfüllung der Programmgrundsätze („zur Verwirklichung der freiheitlich demokratischen Grundordnung beizutragen“, sich nicht gegen „die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit (zu) ... wenden“) und der „Ausgewogenheit“ liefern die Verleger täglich druckfrische Beweise, in eigenem politischen Interesse.

Oppositioneller, „parteiischer“ (Lokal-) Rundfunk, den sich die Arbeiterbewegung oder andere Bewegungen gegen die Politik der Reaktion (z.B. gegen AKW's) nutzbar machen könnten, sind ausgeschlossen.

ffn ist vor allem Musikprogramm für Hörer zwischen 15 und 40 Jahren. Aber die kurzen Wortbeiträge sind zielgerichtet: 1. Die Kirchen produzieren eigenständig täglich zwei Kurzbeiträge und gestalten sonntags eine dreistündige Sendung. 2. Als ständige Rubrik kommen Berichte von der Bundeswehr im Abendprogramm. 3. Obwohl Nachrichten sehr knapp ausfallen, sucht ffn nach „besonderen“ Quellen: Zu Kohl's KZ-Außerung zitierte ffn z.B. die Unterstützung durch den „Verband der ehemaligen politischen Gefangenen in der DDR“. – (ard)

## Nazi-Prozesse

### Verfahren gegen Massenmörder eingestellt

Hamburg. Am 30.1.1987 teilte das Landgericht Hamburg die Einstellung des Verfahrens gegen Arnold Strippel wegen der Morde in der Schule Bullenhuser Damm mit. „Die Belastungen des Prozesses könnten ihn akut in Lebensgefahr bringen.“ Wer war Arnold Strippel?

Bereits 1934 war Strippel zum SS-Sonderkommando „Sachsen“, den späteren Totenkopfverbänden, einberufen. Fortan machte er als Bewacher, Rapportführer und Kommandant verschiedener KZ und Vernichtungslager wie Buchenwald, Natzweiler, Majdanek u.a. blutige Karriere, bevor er als SS-Obersturmführer das Kommando über die Außenlager des Hamburger KZ Neuengamme übernahm. Hier hatte er auch das Kommando, als am 20.4. 1944 – die englischen Truppen standen bereits vor Hamburg – 20 jüdische Kinder, zwei Ärzte, zwei Pfleger und eine unbekannte Zahl sowjetischer Gefangener ermordet wurden. Diese Morde sollten die medizinischen Experimente an den Kindern vertuschen.

Als im Mai 1946 im Curio-Haus Prozesse gegen einige Mörder vom

Bullenhuser Damm begannen, war Strippel untergetaucht. 1948 stellte er sich, da waren diese Prozesse bereits abgeschlossen. In Frankfurt wurde Strippel im Buchenwald-Prozeß wegen 21-fachen gemeinschaftlich begangenen Mordes zu 21 mal lebenslänglich verurteilt.

Bereits 1963 wurde Strippel von einem ehemaligen Häftling wegen der Morde am Bullenhuser Damm angezeigt. Erst 1965 vernahm ihn der Staatsanwalt, der das Verfahren schließlich 1967 einstellte „mangels Beweises“. „Die Ermittlungen haben nicht mit Sicherheit ergeben, daß sich die Kinder über Gebühr lange quälen mußten, bevor sie starben ... ihnen ist also über die Vernichtung ihres Lebens hinaus kein weiteres Übel zugefügt worden.“ Ermuntert durch dieses Urteil betrieb Strippel die Wiederaufnahme des Frankfurter Prozesses; das Urteil wurde in eine sechsjährige Haftstrafe umgewandelt, 1969 verließ Strippel das Gefängnis als freier Mann mit einer Haftentschädigung von 121500 DM, dem siebenfachen dessen, was ein KZ-Häftling als Wiedergutmachung für die gleiche Zeit erhalten hätte. Im darauffolgenden Majdanek-Prozeß wurde Strippel zu ganzen dreieinhalb Jahren verurteilt, er erhielt aber selbstverständlich Haftverschonung. Weitere Verfahren gegen ihn wurden eingestellt.

1979 wurde aufgrund der Anzeige eines Journalisten sowie von überlebenden Eltern erneut das Ermittlungsverfahren gegen Strippel in Hamburg eröffnet. Die Staatsanwaltschaft verschleppte systematisch das Verfahren, die Nebenkläger mußten alle wesentlichen Beweismittel selbst beschaffen. Schließlich bescheinigte ein Gutachter Strippel Verhandlungsunfähigkeit wegen Bluthochdruckes.

Damit hat die Hamburger Justiz ein Verfahren, das bereits 1963 möglich gewesen wäre, bis 1987 verschleppt. Von allen zwischen 1966 und 1977 eingeleiteten 2626 Ermittlungsverfahren führten in Hamburg nur ganze 28 zu Verurteilungen. – (hep, Volksfront Hamburg)

## Westberlin

### Polizeiaktion gegen FAP – CDU-Kalkül?

Westberlin. Am 31. Januar wurde eine Versammlung von Faschisten von der Polizei aufgelöst. Die Versammlung hätte nach Angaben des Justizsenators den Zweck gehabt, einen Ableger der FAP in Westberlin zu gründen, die aber als Nachfolgeorganisation der NSDAP zu werten und deswegen aufgrund alliierter Bestimmungen zu verbieten sei. Es stellt sich die Frage, warum der CDU-Senat diese Polizei-

aktion durchführen ließ; daß die Alliierten diesbezüglich Druck ausgeübt hätten, wird nirgendwo erwähnt. Warum hat er diese Versammlung, die dem Senat vorher bekannt war, nicht einfach vorher verboten? Ist es wirklich ein reiner Zufall, daß erst wenige Tage vorher der ehemalige Innensenator und jetzige Bundestagsabgeordnete der CDU Lummer Tage vorher eine Öffnung der CDU nach rechts gefordert hatte? Interessant ist auch, daß bei dieser Polizeiaktion gegen die Faschisten immer nur die FAP erwähnt wird, nie aber die „Bürgerinitiative für Demokra-



Angeblich gegen Extremisten von links und rechts fördert Zimmermann faschistische Parteibildung

tie und Identität“, von der ebenfalls Mitglieder anwesend gewesen sein müssen. Beabsichtigt die CDU, die Öffnung nach rechts u.a. auch so zu bewerkstelligen, daß sie die Spaltung innerhalb der Rechten betreibt, ganz Rechte isoliert und weniger Militante für sich vereinnahmt? Die guten Verbindungen der CDU zu Faschisten und faschistisch durchsetzten Organisationen werden teilweise durch den zur Zeit arbeitenden Untersuchungsausschuß bekannt, der sich mit den Verbindungen Lummers zu den Faschisten 1971 befaßt, als mit CDU-Geldern Wahlkampagnen der Faschisten finanziell unterstützt wurden. Verbindungen von der CDU zu Verbänden wie „Demokratischer Club“, „Arbeitsgemeinschaft 17. Juni“, neben der NPD, werden bekannt. In Westberlin bemühen sich seit November letzten Jahres verschiedene antifaschistische Kräfte um ein Aktionsbündnis, welches dem zunehmend offeneren Auftreten der Faschisten Einhalt gebieten will; die gemeinsame Arbeit soll sich zunächst auf den Bezirk Spandau konzentrieren, wo die Faschisten massiert auftreten. Bisher beteiligen sich SEW, SJV-Karl Liebknecht, Antifaschistische Autonomie, VVN, Friedensplenum, DGB-Jugend, Volksfront, Pfadfinder u.a. Die erste gemeinsame Veranstaltung unter einem gemeinsamen Aufruf wird im März durchgeführt. – (gug)



## Schicht- und Nachtarbeit bei Bosch

## Die Schäden durch Schichtarbeit treten spät, aber unausweichlich ein

Wolfgang T. arbeitet seit 40 Jahren bei Bosch in Feuerbach, davon 35 Jahre in Akkord- und 40 Jahre in Schichtarbeit. Jetzt ist er mit seinen 58 Lebensjahren mehr oder weniger ein menschliches Wrack. Seit 15 Jahren leidet er unter Schwächeanfällen, Herz- und Kreislaufstörungen. Außerdem arbeiten die Nieren nicht mehr einwandfrei, seine Prostata hat sich auf mehr als das Doppelte des üblichen Umfangs vergrößert, in den Beinen hat er mehrere nachgewiesene Arthrosen. Seit kurzem hat er einen Schwerbehindertenausweis. Er würde lieber heute als morgen zu arbeiten aufhören, aber als Frührentner wird er von der Rentenversicherung

gehäuft auftreten. Die Dauer der Schichtarbeit übt einen zusätzlichen Einfluß aus.

Die Belastung durch Nacht- und Schichtarbeit geht meist einher mit anderen Faktoren, die den körperlichen Ruin ebenfalls beschleunigt herbeiführen, wie Akkordarbeit, Umgebungseinflüsse, Wohnsituation, Freizeitmöglichkeiten usw. (2)

Circa 85% aller Arbeiter sind bei Bosch in Feuerbach im Schichtbetrieb. Die Schichtformen sind unterschiedlich: Zwei-, Drei-, Nur-Nacht-Schicht, auf 10 Stunden verlängerter Schichtbetrieb, reine Wochenendschichten (letztere meist für Studenten und Arbeitslo-



Das Bild zeigt Prüfer für Reiheneinspritzpumpen bei Bosch. Maschinenlärm, Ölgestank, Pausendurcharbeit mittels versetzter Pausen, Akkord- und Schichtarbeit und giftiges Prüflöb bewirken in diesen Werkstätten einen Raubbau an der Gesundheit der Arbeiter.

noch nicht anerkannt. Bosch bietet derzeit keinen Vorruhestand nach dem Blümschen Gesetz an, da der finanzielle Aufwand von circa 100000 Mark pro Person zu hoch sei. Dabei verfügt die Firma über ein flüssiges Kapital von 5 Milliarden Mark. Wolfgang T. ist kein Einzelfall.

Weder die Firma Bosch noch deren Betriebskrankenkasse haben bisher Untersuchungen über den Zusammenhang von Schichtarbeit und Erkrankungen veröffentlicht. Die besondere Belastung der Arbeiter durch solche Arbeitszeiten läßt sich aber nicht leugnen und wurde in verschiedenen Untersuchungen wissenschaftlich nachgewiesen (1). Daraus ergibt sich, daß bei Schichtern Nervosität und Unruhe, Schlafstörungen und Magenbeschwerden, Kopfschmerzen und Unlustgefühle, Appetit- und Verdauungsstörungen

se). Zusätzlich zur Schichtarbeit kommt für die meisten Arbeiter bei Bosch noch die Belastung durch Band- und Maschinenarbeit im Akkord hinzu. Von 8200 Arbeitern (Stand 1986) sind 50% in den unteren Lohngruppen 2 bis 5 eingruppiert. Der Lohnrahmentarifvertrag Nordwürttemberg/Nordbaden der IG Metall umfaßt 12 Lohngruppen. Der Anteil der Arbeiter mit ausländischer Nationalität ist bei Bosch hoch, er beträgt 52%. Sie bilden den Block der un- und angelernten Arbeiter. Bosch ist damit der größte Niedriglohnbetrieb im Stuttgarter Raum und hat in Baden-Württemberg auch die höchste Konzentration von Arbeiterinnen der Lohngruppe 2. (Knapp 1000)

Seit 1984 wurde der Dreischichtbetrieb ausgeweitet. Logische Folge mußte ein Ansteigen des Krankenstandes sein. Nach Angaben der Betriebskran-

kenkasse ist jedoch der Krankenstand von 1979 bis 1985 kontinuierlich von 9,57% auf 6,4% gesunken (3). Die Erklärung liegt wahrscheinlich in der Einstellungspraxis des Personalbüros. Eingestellt für Maschinenarbeiten werden fast nur *jüngere Männer* ausländischer Nationalitäten, die ihre Bereitschaft zur Dreischichtarbeit erklären müssen. Arbeiterinnen werden nur befristet eingestellt, ohne Chance auf Festanstellung. Welche Qualifikationen Bosch von ungelernten Arbeitskräften verlangt, zeigt der Einstellungstest. Den Bewerbern wird ein viereckiges Brett mit Löchern vorgelegt, rechts und links davon liegen Stifte. Ihre Aufgabe ist es, möglichst schnell die Stifte beidhändig in die Löcher zu setzen. Schaffen sie die vorbestimmte Zeit nicht, werden sie nicht eingestellt.

Der Umbau der Belegschaft (Verjüngung und Hinausdrängen der Arbeiterinnen) läßt sich in den vergangenen Jahren gut nachweisen: Der Anteil der männlichen Krankenkassen-Mitglieder ohne Rentner über 50 Jahre sank von 28,5% (im Jahr 1983) auf 26,4% (im Jahr 1985). Zugenommen hat im gleichen Zeitraum der Anteil der 20- bis 24-Jährigen von 11,5% auf 14,2%.

Arbeitsplätze für verschlissene Arbeiter gibt es bei Bosch bis auf wenige Ausnahmen nicht. Meist wird gekündigt oder mit Geld abgefunden. Außerdem gibt es die Möglichkeit, daß Arbeiter und Arbeiterinnen verkürzt arbeiten, zum Beispiel 4 Stunden pro Tag, und die restliche Ausfallzeit von der Betriebskrankenkasse bezahlt wird.

Inzwischen gibt es auch bei den Kapitalisten Überlegungen, ob Schichtarbeit tatsächlich das Rationalisierungsinstrument ist. Sie zweifeln die „wirtschaftliche Überlegenheit“ des Schichtsystems an, denn es sind „nicht nur die Schichtprämien, sondern vor allem auch potentielle Mehrkosten durch Arbeitsunfälle, Leistungs- und Qualitätsverluste, hohe Fehlzeiten und Fluktuationsraten, schlechtes Betriebsklima und latent hohes Streikrisiko, welche zu wirtschaftlicheinbußen führen.“ (4) Demzufolge hat der Arbeitgeberverband der hamburgischen Metallindustrie einen Katalog sozialpolitischer Essentials vorgelegt, wo der Abbau der Schichtarbeit gefordert wird.

Quellenhinweis: (1) IG Chemie-Papier-Keramik, Hauptvorstand: Projekt Schichtarbeit, Hannover März 1981; (2) Forschungsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen: Schichtarbeit als Langzeiteinfluß auf betriebliche, private und soziale Bezüge, Opladen 1980. (3) Geschäftsberichte der Bosch-Betriebskrankenkasse Stuttgart. (4) Peter Müller-Seitz in der „Zeit“ vom 12.12. 1986, zitiert in: Presse- und Funk-Nachrichten, Herausgeber: Vorstand der IG Metall, vom 6.1.1987 – (ros)



## Historikerstreit

## „Ist der Nationalsozialismus Geschichte?“

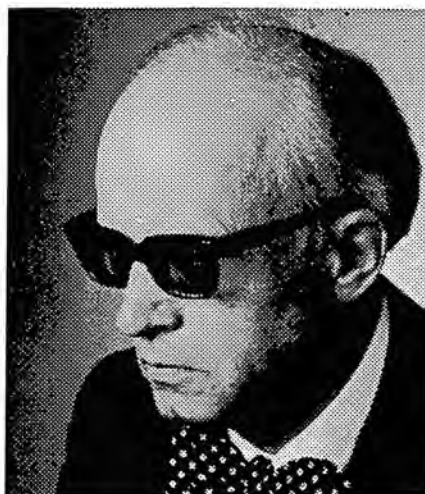
Essen. Unter obigem Titel veranstaltete die Universität Essen in Zusammenarbeit mit dem städtischen Ruhrlandmuseum eine Ringvorlesung zu der als „Historikerstreit“ bekannten Auseinandersetzung. Es geht um die breit publizierten Auffassungen reaktionärer Historiker zur Revision der Geschichtsschreibung über den Hitler-Faschismus. Der Erlanger Professor Stürmer, Leitartikler der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und gelegentlich Redenschreiber von Bundeskanzler Kohl, hat den Stellenwert dieser Auseinandersetzung für die „geistig-moralische Wende“ mit dem Satz, „die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet“ angedeutet.

Der Historiker E. Nolte löste die Diskussion mit dem Aufsatz „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ in der „FAZ“ vom 6.6.86 aus. Der Aufsatz gipfelte in der als Feststellung gemeinten Frage: „Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ‚asiatische‘ Tat (die Vernichtungslager, d. Verf.) vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen‘ Tat betrachteten? War nicht der ‚Archipel GULag‘ ursprünglicher als Auschwitz?“

Zielpunkt solcher Feststellungen ist es, den II. Weltkrieg als einen Verteidigungskrieg „der Deutschen“ hinzustellen und die von den Nazionalsozialisten begangenen Völkermorde als notwendige Taten zur Verteidigung gegen die „bolschewistische“ Gefahr. Diese Argumentationskette, direkt aus den faschistischen Publikationen abgeschrieben und erweitert, soll gängige Geschichtsauffassung werden. Mit dem „Antifa-Mythos“ (Stürmer), die Sowjetunion habe sich große Verdienste bei der Befreiung Deutschlands von den Nazis erworben, soll endlich Schluß sein.

Jeweils 300 bis 400 Menschen beteiligten sich an den fünf Vorlesungen und der Podiumsdiskussion. Die Mehrheit der eingeladenen Referenten äußerte sich kritisch zu den Auffassungen von Nolte und Co., ließ sich aber z.T. recht weit auf die Fragestellungen von ihnen ein. Entsprechend waren Nolte und andere ebenfalls eingeladen. Es kam jedoch nur Hagen Schulze (Westberlin), Vertreter der Theorie, das Deutsche Reich habe ohnehin nur unter der Bedrohung wegen seiner „Mittellage“ in Europa gelitten.

Professoren wie L. Niethammer (Hagen) und H. Mommsen (Bochum) kritisierten den Vorstoß von Nolte und Co. zwar als Versuch, eine reaktionäre



E. Nolte

Mobilisierung durch Förderung des Nationalismus herzustellen und zogen Verbindungen zur Politik der Bundesregierung. Beide stritten aber ausdrücklich ab, daß eine solche Mobilisierung die „alten“ Kriegsziele der deutschen Imperialisten wieder salonfähig machen soll und sehen sie als Versuch, den „rechten Rand“ ins demokratische Parteienspektrum zu integrieren. Es entstand teilweise der Eindruck, sie wissen um revanchistische Kriegstreiberei Bescheid, können aber nicht glauben, daß es ernst gemeint ist.

Einzelne Teilnehmer aus dem Publikum nahmen da anders Stellung, u.a. Mitglieder von VVN/BdA, MG, Volksfront und einer Friedensinitiative. – (syb, wol)

## Ausländerbeirat

## Entscheidung über Direktwahl noch vor der Sommerpause

München. Auf Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/ALM fand am 21. Januar 1987 eine Aktuelle Stunde zum Thema „Situation des Ausländerbeirates – Sofortige Urwahl“ statt. Begründet wurde dieser Antrag damit, daß einige Verbandsvertreter aus dem Ausländerbeirat der LH München ausgetreten sind und eine kontinuierliche Arbeit zugunsten der ausländischen Mitbürger nicht mehr gewährleistet sei.

Ende Oktober und Anfang November 1986 erklärten zahlreiche Mitglieder des Münchner Ausländerbeirats ihren Rücktritt und gaben hierzu öffentliche Erklärungen ab. Die Rücktrittsbegründungen haben alle einen gemeinsamen Nenner. In der Erklärung eines ehemaligen Beiratsmitglieds heißt es: „... Ich habe auch kein Verständnis für die, die das Stimmrecht der ausländischen Bevölkerung ablehnen, zumal das Ganze bei mindestens zwei Hearings ausdiskutiert und am 8. Juli 1986 in der Sitzung im Kleinen Saal des Rathauses unter dem Vorsitz

von Herrn Dr. Hahnzog mit 7 gegen 4 Stimmen beschlossen wurde, den Vorschlag der Kommission und der Verwaltungsbeiräte, dem Ausländerbeirat eine Urwahl für die ausländische Bevölkerung zu empfehlen.“

In der „Aktuellen Stunde“ am 21. Januar hat sich die CSU-Fraktion gegen die Urwahl des Ausländerbeirats ausgesprochen, bescheinigte ihm „eine erfolgreiche Arbeit“ und kritisierte das „mangelnde Demokratieverständnis“ bei den zurückgetretenen Beiratsmitgliedern. In ihrem Kommunalwahlprogramm von 1984 schreibt die CSU unter dem Kapitel „München – die Stadt, in der Ausländer in ihrer Eigenart respektiert werden“ zum Stichwort „Gegenseitige Achtung und Toleranz“: „Der einzelne ausländische Mitbürger will hierbleiben, aber niemals Münchner mit allen Rechten, aber auch allen Pflichten werden. Münchner mit allen Rechten und Pflichten werden zu wollen, das setzt aber den Willen, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, voraus.“

In den Leitlinien der Münchner SPD für die Kommunalpolitik 1984-1990 heißt es: „Die Münchner Sozialdemokraten werden darum die Bedeutung des Ausländerbeirats durch die unmittelbare demokratische Wahl seiner Mitglieder hervorheben.“ Unverständlich bleibt, weshalb bei dieser Beschlußlage immer noch nicht die Urwahl durchgesetzt ist. Ein Problem gibt es: Der DGB-Kreisvorstand München hat im Juli 1986 den folgenden Beschluß gefasst:

1. Der DGB-Kreis München lehnt die Urwahl zum Ausländerbeirat nach wie vor ab.
2. Wir werden alles tun, um das kommunale Wahlrecht für alle Ausländer entsprechend den Beschlüssen des DGB-Kongresses vom Mai 1986 durchzusetzen.
3. Bis dahin treten wir für den Ausländerbeirat in der bisherigen (evt. in der ursprünglichen) Form ein. – (dil)



Comics aus der Zeitung Merhaba – Für soziale, politische und rechtliche Gleichstellung.

## Vertrauensärzte

## Die denken nur, man will krank machen, Krankheiten von der schweren Arbeit nehmen die nicht ernst

**Hamburg.** Es hatte gar keinen Zweck, etwas zu sagen. Das war von vornherein klar, daß der mich gesund schreiben will. Ausziehen mußte ich mich. Reine Schikane. Wenn das eine Untersuchung gewesen sein soll. Der wollte mir nur vorführen, daß ich doch gesund sei. So berichtet der Hafenarbeiter Herr P. vom Vertrauensarzt. Er hatte ihn arbeitsfähig geschrieben gegen das Attest der behandelnden Ärztin, die noch vier bis sechs Wochen veranlagt hatte, bis die körperliche Belastbarkeit des Patienten so weit gesteigert sei, daß er seiner schweren Arbeit weiter nachgehen könne, ohne baldige erneute Arbeitsunfähigkeit zu riskieren. Widerspruch einlegen, Obergutachter anfordern? Herr P. glaubt nicht, daß das was nützt, fürchtet die erneute Demütigung, aber er läßt sich darauf ein. Das schafft nicht jeder.

Herr P. ist 50 Jahre alt. Er arbeitet seit fast 30 Jahren im Hamburger Hafen. Zuvor hat er in verschiedenen, auch chemischen Fabriken gearbeitet. Damals gab es noch viel schlechtere Sicherheitsbestimmungen als heute, berichtet er. Wir mußten mit Ätz- und Lösungsmitteln ohne Handschuhe, ohne Atemschutz, ohne Abzug arbeiten, ohne Rücksicht auf Verluste. Wahrscheinlich hat er sich dabei einen Nierenschaden zugezogen und den Magen ruiniert. Jedenfalls mußte ihm 1972 der Magen bis auf 7 cm entfernt werden, und 1985 wurde die Gallenblase rausgeschnitten. Im Urin findet sich seit über 20 Jahren Eiweiß, was auf chronische entzündliche Veränderungen der Niere hinweist. Zudem hat Herr P. Kopf-, Nacken- und linksseitige Schulterschmerzen, Luftnot und Schweißausbrüche schon bei relativ geringen Belastungen. Es ging ihm ja erheblich besser im Vergleich zum September letzten Jahres, aber arbeitsfähig war er nicht. „Wenn der Patient jetzt – auch noch bei dieser Witterung (minus 15 Grad) – im Freien schwere körperliche Arbeit verrichten muß, was ja von Hafenarbeitern verlangt wird, dann ist mit einem raschen Wiedereintritt einer Arbeitsunfähigkeit zu rechnen, einfach, weil er zu früh diesen überdurchschnittlichen Belastungen ausgesetzt wird,“ hieß es im Widerspruch der Hausärztin. Wie soll einer eigentlich mit einem 7 cm langen Magen die nötigen Kalorien für schwere körperliche Arbeit in großer Kälte zu sich nehmen?

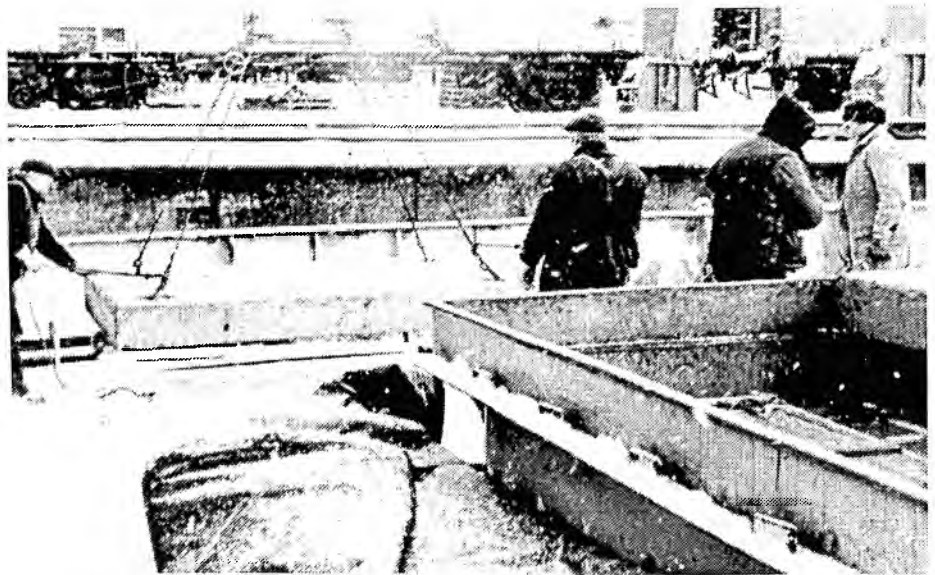
Solche einfachen Fragen sind für die Obergutachter, Internist und Urologe, uninteressant. Die Schmerzen können sie nicht sehen, also heißt es „Schmerzangabe bei der Untersu-

chung“, was so viel wie „er markiert“ heißt. Eiweiß im Urin seit über 20 Jahren, dann wird er wohl eine Nierenentzündung gehabt haben, jetzt wohl einen Nierenschaden ohne Krankheitswert. Im übrigen hat er bis 1975 geraucht, also eigene und nicht berufliche Schädigung.

Herr P. geht also notgedrungen arbeiten. Es geht auch einigermaßen, solange nicht Sackgut dran ist. Er muß durchhalten, egal wie, weil ihm die Kapitalisten sonst die zunächst zurückgeschlagene Kündigung wieder servieren. Wer häufig krank ist, ist leicht „hafenuntauglich“, und wo soll er dann

Herrn P. Aber einem Selbständigen billigt der Vertrauensarzt zu, so schnell wie möglich gesund werden zu wollen, und hört sich seine Beschwerden an.

Die Frage, was einer arbeitet, spielt also offensichtlich eine gewisse Rolle bei der Begutachtung. In etwa so: Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die die schwerste Arbeit zu verrichten haben, wollen gar nicht gesund werden. Sie sind froh, krank zu sein, oder bilden sich ein, krank zu sein, um sich so vor ihrer schrecklichen Arbeit drücken zu können. Sie müssen also – z.B. durch eine Kur (viele Kuren werden direkt als Art Zwangsmaßnahme mit Unter-



Eigentlich können nur Kerngesunde bei 15 Grad unter Null den ganzen Tag draußen schwere körperliche Arbeit verrichten.

noch Arbeit kriegen. Der Plan, Herrn P. bis zum März einigermaßen wiederherzustellen, ist hinfällig, weil dafür Zeit für Behandlungen und Arbeitsruhe nötig wären.

Er sei seit über 30 Jahren internistisch tätig, schreit der Vertrauensarzt ins Telefon auf die Kritik der Hausärztin. Jawohl, ein „Übriggebliebener“, hatte ihn ein anderer Patient genannt. Der Herr Internist kann aber auch anders – wenn er nämlich einen Selbständigen begutachten soll. Ein solcher Patient, 60 Jahre alt, kleiner mitarbeitender Selbständiger mit vier Arbeitern, seit drei Monaten krank geschrieben, berichtet, daß er lautes Geschrei aus dem Untersuchungszimmer hört, während er wartet. Ganz überrascht ist er, wie zuvorkommend derselbe Mann ihn behandelt und ihn ganz selbstverständlich weiter arbeitsunfähig schreibt, obwohl die Beschwerden dieses Patienten „internistisch“ auch nicht greifbarer sind als etwa bei

drückung und Demütigung organisiert, weshalb viele gar nicht mehr hin wollen) – zum Gesundwerden gezwungen werden. Wenn sie dann immer noch ihre Beschwerden vorbringen, haben sie wohl die verordneten Medikamente nicht genommen oder sonst die Behandlung sabotiert. Dann muß dem Krankmachen doch mal ein Ende gesetzt werden.

Auf diese Vorurteile treffen Arbeiter auch bei anderen Ärzten. Ein anderer Hafenarbeiter berichtet: Ich mußte zum Arzt, weil ich bei der Arbeit fast zusammengeklappt bin. Der hat mich für drei Tage krank geschrieben, hat mich gar nicht angehört. Mir ging's nicht besser. Dann hat er mich weiter krank geschrieben, ohne mich zu untersuchen. Dann habe ich meinen Resturlaub genommen, bin hingegangen und habe ihm gesagt, er solle während dieser drei Wochen mich gründlich untersuchen, ich hätte Angst um meine Gesundheit. Da erst hat der ka-

piert, daß ich tatsächlich krank bin und gesund werden will. Der dachte die ganze Zeit, ich wolle nur krank machen, und hat sich um nichts gekümmert.

Solange ein Untersuchungsprogramm läuft, wird kein Vertrauensarzt eingreifen und arbeitsfähig schreiben. Sie kommen höchstens mit dem Vorwurf der Verzögerung, wenn die Untersuchungen nicht Schlag auf Schlag aufeinander folgen, weil der behandelnde Arzt dem Patienten das nicht zumuten will. Dann kommt es vor, daß der Patient zum Vertrauensarzt zitiert wird, der an einem Tag Laboruntersuchungen, Röntgenuntersuchungen, Magenspiegelung usw. durchzieht zum Zwecke der Überführung des Patienten als sog. Simulant. Der Patient hat das Recht, sich zu weigern, was schwer ist, weil das als Schuldeingeständnis gedeutet wird. Der Patient muß eben Beweise liefern, wenn er krank geschrieben und behandelt werden will. Wenn auf dem Röntgenbild oder bei der Blutuntersuchung nichts zu erkennen ist, was dem Arzt die Beschwerden erklären könnte, sind die

eben eingebildet und ärztliche Beschäftigung damit beendet.

Der Patient geht zur Arbeit und muß doch bald wieder zum Arzt und krank geschrieben werden. Das Untersuchungsprogramm ist schon durchlaufen, vielleicht kann man das eine oder andere noch machen. Aber mit der Zeit nähert sich der Arzt der Diagnose Depression. Eine jugoslawische Arbeiterin z.B. Seit zwölf Jahren arbeitet sie in der Küche einer großen Fabrik. In den letzten drei Jahren ist sie immer öfter wegen Rücken- und unerträglicher Kopfschmerzen krank. Der Vertrauensarzt verlangt fachärztliche Behandlung. Der Orthopäde setzt seine ganze Gerätschaft in Gang: Hängen, Strecken, Strom, Saugmassage usw. Trotz intensiver Bearbeitung wenig Besserung. Also bekommt die Frau Spritzen zur seelischen Aufmunterung, da „Ausländerdepression“. Die Nebenwirkungen muß sie in Kauf nehmen. Die Frau will unbedingt eine andere Arbeit in dem Betrieb. Sie zieht dabei auch körperlich schwerere Arbeit in Betracht, wenn sie nur von der Spülmaschine wekommt. Der Betriebsarzt

meint, das wegen ihrer Rückenschmerzen nicht verantworten zu können. Die Arbeiterin hatte aber recht. Die Dämpfe aus der Spülmaschine mit dem chemischen Spülmittel schädigen ihre Nerven und verursachen wahrscheinlich ihre Krankheit. Von wie vielen Vertrauensärzten ist sie gerade an diese Arbeit geschickt worden. Von Anerkennung als Berufskrankheit gar nicht zu reden.

Bei immer mehr Beschäftigten ändern Vertrauensärzte ihren Maßstab für Arbeitsfähigkeit wegen der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Daß die Sortiererinnen bei der Post Schulterschmerzen haben, ist „normal“. Daß Putzfrauen bei den privaten Reinigungsfirmen Rückenschmerzen haben, ebenfalls. Daß Boehringer-Arbeiter unter Koordinationsstörungen leiden und sich z.B. auffallend langsam ausziehen, ist dem Vertrauensarzt Grund, sich zu ärgern. Daß ein Vertrauensarzt mal auf die Idee gekommen wäre, dafür zu sorgen, daß die Krankenkassen gegen solche Arbeitsbedingungen etwas unternehmen, ist nicht bekannt. – (sul)

### Rechtliche Grundlagen für Arbeitsunfähigkeit

Gegenüber der Entscheidung von Vertrauensärzten bezüglich der Arbeitsunfähigkeit hat der Patient kein Einspruchsrecht. Auch nicht, wenn ein Arzt keine Arbeitsunfähigkeit bescheinigt, obwohl der Patient meint, er könne seine Arbeit wegen der gesundheitlichen Beschwerden nicht schaffen. Die Kapitalisten dagegen haben das Recht, über die Krankenkasse eine Überprüfung der Arbeitsunfähigkeit zu erwirken.

**Bundesmantelvertrag**  
(zwischen Ärzten und Krankenkassen)

§ 21 Bescheinigung von Arbeitsunfähigkeit, Vertrauensärztlicher Dienst

(1) Die Bescheinigung über die Arbeitsunfähigkeit und ihre voraussichtliche Dauer erfordert im Hinblick auf ihre Bedeutung besondere Sorgfalt; deshalb darf die Arbeitsunfähigkeit nur aufgrund einer ärztlichen Untersuchung bescheinigt werden.

(7) Der Kassenarzt erteilt dem Vertrauensärztlichen Dienst diejenigen Auskünfte, die dieser zur Durchführung seiner gesetzlichen Aufgaben (§ 369 b Abs. 1 RVO) benötigt ...

(8) Das Gutachten des Vertrauensarztes ist vorbehaltlich der Bestimmung in Absatz 9 verbindlich.

(9) Bestehen zwischen dem Kassenarzt und dem Vertrauensärztlichen Dienst über das Vorliegen von Arbeitsunfähigkeit oder in anderer Hinsicht Meinungsverschiedenheiten, so

soll der Kassenarzt unter Darlegung seiner Gründe die Krankenkasse unterrichten, die das Weitere veranlaßt. Der Kassenarzt kann die Entscheidung durch ein Obergutachten beantragen. Wenn das Vorliegen von Arbeitsunfähigkeit durch einen Arzt mit einer Gebietsbezeichnung bescheinigt war, soll für das Obergutachten ein Arzt desselben Gebietes tätig werden.

### Reichsversicherungsordnung (RVO)

#### § 369 b Vertrauensarzt

(1) Die Kassen sind verpflichtet,

1. die Verordnung von Versicherungsleistungen in den erforderlichen Fällen durch einen Arzt (Vertrauensarzt) rechtzeitig nachprüfen zu lassen,
2. eine Begutachtung der Arbeits-



Beim Stückgut kommen die Hafenarbeiter ins Schwitzen und sind bei jeder Verschnaufpause der Kälte um so mehr ausgesetzt.

unfähigkeit durch einen Vertrauensarzt zu veranlassen, wenn es zur Sicherung des Heilerfolges, insbesondere zur Einleitung von Maßnahmen der Sozialleistungsträger für die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit oder zur Beseitigung von begründeten Zweifeln an der Arbeitsunfähigkeit erforderlich erscheint oder der Arbeitgeber dies unter Darlegung begründeter Zweifel an der Arbeitsunfähigkeit verlangt,

3. im Benehmen mit dem behandelnden Arzt eine Begutachtung durch einen Vertrauensarzt zu veranlassen, wenn dies zur Einleitung von Maßnahmen zur Rehabilitation ... erforderlich erscheint.

(2) Der Vertrauensarzt ist nicht berechtigt, in die Behandlung des Kassenarztes einzugreifen. Der Vertrauensarzt hat dem Versicherten das Ergebnis der Begutachtung, dem Kassenarzt und der Kasse auch die erforderlichen Angaben über den Befund mitzuteilen.

(3) Die Kasse hat, solange ein Anspruch auf Fortzahlung des Arbeitsentgelts besteht, dem Arbeitgeber das Ergebnis der Begutachtung über die Arbeitsunfähigkeit mitzuteilen, wenn das Gutachten des Vertrauensarztes mit der Bescheinigung des Kassenarztes im Ergebnis nicht übereinstimmt. Die Mitteilung an den Arbeitgeber darf keine Angaben über die Krankheit des Versicherten enthalten.

(4) ... Das Reichsversicherungsamt erläßt Bestimmungen für die Auswahl der Vertrauensärzte, für den Vertragsinhalt und für die Sicherung der Unabhängigkeit ...

### PWA Mannheim: Lohn-erhöhung durchgesetzt

Die ca. 350 Handwerker bekommen 51 Pf. mehr Stundenlohn auf die Prämie. Die letzte innerbetriebliche Lohnerhöhung, ebenfalls kurz vor den Betriebsratswahlen, liegt etwa drei Jahre zurück und betrug 30 Pf. Die Löhne liegen unter denen ähnlicher Betriebe. Ein Drittel der insges. 2100 Beschäftigten hat einen tariflichen Stundenlohn unter 12 DM. Für die Aktionäre erhöhte sich die Dividende von 4 auf 7 DM, das ist eine Steigerung von 8% auf 14%. Das Werk baut seine Marktanteile in Europa kräftig aus, z.B. durch Kauf einer Fabrik in Frankreich.

### Stahlindustrie Saar: Später Lohnabschluß

Saarbrücken. Anfang Februar wurde der seit November offene Lohn- und Gehaltstarif für die saarländische Stahlindustrie abgeschlossen. Für die Zeit bis März erhalten die 20000 Stahlarbeiter von Arbed und der Dillinger Hütte eine Pauschale von 330 DM. Vom 1.3.1987 an werden die Löhne um 3,3% erhöht, ab 1.11.1987 um 4,4% auf der Basis vom 31.10.1986. Der Vertrag läuft zum 30.4.1988 aus. – Ein Sprecher der IG Metall behauptete, der Ab-

Heidelberg. Rund 100 Beschäftigte der Querschnitts-Abteilung an der Orthopädischen Klinik demonstrierten am 3.2.87 vor dem Krankenhauseingang gegen die Nichtbesetzung von 6 Planstellen im Pflegebereich. Die ÖTV führte eine Kundgebung durch. (Bild) Der Verwaltungsdirektor griff den Sprecher tätlich an und drohte mit der Polizei. Vier Monate dauert jetzt schon der Streit zwischen Direktion und den Angestellten. Der Personalrat und die ÖTV unterstützen die Auseinandersetzungen. – (irs)

schluß entspreche dem NRW-Abschluß vom September 1986. Tatsächlich ist das Saarland erneut abgekoppelt worden. In NRW stiegen die Löhne zum 1.9.1986 um 3,3% und zum 1.2.1987 um 4,4%. Die Laufzeit beträgt 14 Monate gegenüber 18 Monaten im Saarland. Das Saarland hinkt nun sogar 6 Monate statt vorher 2 Monate hinter NRW hinterher. – Mehrfach haben die Stahlarbeiter im Saarland gegen die Abkoppelungsabsichten der Kapitalisten gestreikt. Bei der Stahlkonferenz der IG Metall im Dezember und am „Stahlaktionstag“ im Januar spielte die Auseinandersetzung im Saarland jedoch keine Rolle. – (wof)



### Bei Smog-Alarm den Lohn gestrichen

Braunschweig. Für den 3. und 4.2. war Smog-Alarm der Stufe 2 verkündet worden. Die damit gültigen Beschränkungen für Schwefeldioxid-Emissionen veranlaßten die Kapitalisten, über 650 Beschäftigte nach Hause zu schicken. Zumeist lehnten die Geschäftsführungen die Bezahlung ab, forderten Nacharbeit oder Zwangsurlaubstage, die vom Tarifausschuss abgingen. VW-Braunschweig ließ bei 16 Grad, MAN in ungeheizten Hallen weiterarbeiten. Die nds. Smog-Verordnung regelt die Lohnfortzahlung nicht, Kurzarbeitergeld wird erst ab drei Tagen im Monat gezahlt. – (hah)

### 6% linear und 38-Stunden-Woche

Die HBV-Tarifkommission hat für die Bankangestellten zur anstehenden Gehaltstarifrunde eine Reihe von Forderungen aufgestellt: Neben linearer Anhebung von Gehältern und Auszubildenden-Vergütungen um 6%, 600 DM Urlaubsgeld und 38-Stunden-Woche werden noch Verlängerung des Vorruhestandes, erweiterter Vorruhestand für Kollegen im Drei-Schicht-Betrieb und in Nacharbeit, Verkürzung der Berufsjahrestaffel in unteren Tarifgruppen, Streichung der Tarifgruppe 1 und Einrichtung einer Tarifgruppe 10 (Endgehalt Tarifgruppe 9 DM 4468) gefordert. HBV hat den Banken Verrechnung von Lohn gegen Arbeitszeitverkürzung angeboten. Der befürchtete Handel Samstagsarbeit gegen

kürzere Wochenarbeitszeiten ist für die Gehaltsrunde abgewehrt. 40000 Unterschriften wurden für den freien Samstag in ca. 3 Wochen in den Banken gesammelt. Schwegler mußte vor der Presse erklären, daß der Tausch nicht stattfinden wird. – (mod)

### Angriff auf Fachschaften

Bochum. In zwei Fällen hat das Amt für Ausbildungsförderung Anträge von Fachschaftsmitgliedern auf Verlängerung des BAFöG über die Höchstförderungsdauer hinaus abgelehnt. Eine solche Weiterförderung steht diesen nach dem Gesetz zu. Das BAFöG-Amt schrieb dagegen einem Jura-Fachschaftsrat, der sich im 9. Semester befindet: „Es muß davon ausgegangen werden, daß ein Auszubildender gegen Ende seiner Studienzzeit dem Studium den Vorrang gibt...“ Gegen diesen massiven Angriff auf die Organe der Verfaßten Studentenschaft werden Klagen vorbereitet. – (Mak)

### Siemens: Contischicht

München. Der Betriebsrat des Siemens-Werkes Perlach, wo die Entwicklung des Mega-Chips betrieben wird, hat einer Betriebsvereinbarung zugestimmt, nach der Conti-Schicht in diesem Bereich stattfindet. Wochenendarbeit gibt es vorerst nicht. Die Conti-Schicht ist formal freiwillig. Praktisch ist aber kaum vorstellbar, daß ein Einzelner Tags arbeitet, während seine Abteilung Nachtschicht hat. – (mu)



Mit der drohenden Beschlagnahme des gesamten Vermögens zweier Gewerkschaften konnte der britische Zeitungskapitalist Murdoch den mehr als einjährigen Kampf von 5500 Druckarbeitern gegen ihre Entlassung brechen. Die Gerichte hatten auf Grundlage der Anti-Streikgesetzgebung den Gewerkschaften SOGAT und NGA alle Aktionen vor Murdochs neuer Druckerei praktisch verboten, vor allem Streikposten und Demonstrationen. Kurz nach einer für die Gewerkschaften verlustreichen Massendemonstration beantragte Murdoch die Beschlagnahme des Gewerkschaftsvermögens wegen „Mißachtung des Gerichts“, das zwang NGA und SOGAT zur Aufgabe. – (hef)



Bayerischer Landtag

## Gegen Waffengeschäfte mit Südafrika

Die SPD-Fraktion stellte am 10. Dezember 1986 – dem Tag der Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten – den Dringlichkeitsantrag „Vermeidung von Aktivitäten für Waffengeschäfte mit Südafrika“. Der Antrag wurde gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgeschmettert. Da dieses parlamentarische Ende vorauszusehen war, stellt sich die Frage, welche Impulse und welcher Rückhalt der außerparlamentarischen Bewegung gegen das südafrikanische Rassensystem aus der Landtagsdebatte erwachsen? Einige Stichworte hierzu: Keine Waffenlieferungen an Diktaturen und Nichtdemokratien; Einhaltung der Beschlüsse der Vereinten Nationen; Südafrika „sichert nicht den Weltfrieden“ – also Waffenembargo. Der Vergleich „DDR – Südafrika“ durch den Abgeordneten Dr. Gantzer (SPD) ist jedoch nicht aktionseinheitsfähig. Er dürfte auch in der SPD umstritten sein – erhielt aber den Beifall der Fraktion. – (dil)



Freiheit und Frieden müssen weltweit gesichert und die in diesem Zusammenhang sich ergebenden Probleme, besonders der Dritten und Vierten Welt, realistisch gesehen werden. (aus der Regierungserklärung vom 10.12.86)

### Landtagsdebatte zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion (Drucksache 11/178)

**Tandler (CSU):** Angesichts der Tatsache, daß für diesen Antrag keinerlei Veranlassung gegeben ist, stelle ich den Antrag, ihn sofort abzulehnen. (Beifall bei der CSU)

**Langenberger (SPD):** ... Für uns ist aber gar nicht so interessant, in welcher Eigenschaft nun die „Dreifaltigkeit“ (F.J. Strauß, d. Red.) gehandelt hat, sondern wir sind der Auffassung, es muß endlich einmal klargelegt werden, daß es rechtlich nicht möglich und nicht zulässig war, beim Bundeskanzler darauf hinzuwirken, daß U-Boot-Pläne nach Südafrika gehen. Ich verweise auf einen Beschluß der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1977, der ein Waffenembargo gegenüber Südafrika beinhaltet.

Auch nach unseren eigenen Richtlinien, nach den Rüstungsexportrichtlinien des Bundes, erscheint es mir nicht möglich, daß vom Bayerischen Ministerpräsidenten derartige Waffengeschäfte angeregt werden können. Darüber hinaus gibt es natürlich auch eine Zuständigkeitsfrage. Ich bin

nicht der Auffassung, daß die Zuständigkeit beim Bayerischen Ministerpräsidenten läge.

Wir sind der Auffassung, daß die Lieferung von Waffen oder Plänen an Diktaturen und an Nichtdemokratien ohnehin ganz gefährlich ist, und im Falle von Südafrika halten wir so etwas überhaupt für eine politische Instinktlosigkeit. (Abg. Herbert Huber: Südafrika ist doch keine Diktatur!)

**Frau Romberg (Die Grünen):** ... Wenn ich heute früh richtig zugehört habe, dann obliegt die außenpolitische Vertretung der Länder der Bundesregierung. Das gilt bei aller Selbständigkeit unseres Freistaates auch für Bayern. Alle Waffengeschäfte und Lieferungen militärischen Materials in Krisengebiete fallen in die Zuständigkeit der Bundesregierung und betreffen nicht Länderregierungen... Die Mitgliedstaaten der UNO, dazu gehört auch die Bundesrepublik, haben sich durch die Annahme der Charta der Vereinten Nationen verbindlich verpflichtet, die Beschlüsse der Vereinten Nationen einzuhalten. Dazu gehört das Waffenembargo für Südafrika. Ich meine, es ist geradezu peinlich, vor allem wenn man die Presse in den letzten Tagen verfolgt, daß die Bundesregierung durch die Aktivitäten von Bayern zumindest den Vorwurf hinnehmen muß, das Embargo durch Waffenlieferungen nach Südafrika zu durchbrechen. Es ist für mich als bayerische Bürgerin und als Vertreterin dieses bayerischen Parlaments peinlich, daß in internationalen Foren der Name Bayern verbunden wird mit Engagement im militärischen Bereich, auch in Krisengebieten. Im Namen der Fraktion der Grünen befürworten wir den Dringlichkeitsantrag der SPD. (Beifall bei den Grünen)

**Dr. Gantzer (SPD):** ... Wenn ich dann lese, was der Herr Ministerpräsident heute früh in seiner Regierungserklärung gebracht hat; ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

„Freiheit und Frieden müssen weltweit gesichert und die in diesem Zusammenhang sich ergebenden Probleme, besonders der Dritten und Vierten Welt, realistisch gesehen werden.“

dann frage ich mich, welche Sicht der Ministerpräsident und auch Sie von den Verhältnissen in Südafrika haben... Sie kennen wahrscheinlich nicht einmal den Begriff Apartheid. Was in Südafrika stattfindet, können Sie einfach nicht hinnehmen, wenn Sie überhaupt noch menschlich denken. (Abg. Ritter: Wann waren Sie denn das letzte Mal in Südafrika? Er redet wie der Blinde von der Farbe!). ... Wenn Sie sagen, wir brauchen die U-Boote dort unten nicht, um die Apartheid zu verteidigen, sondern – so ist die offizielle Argumentation – um dort den Erdöltankerverkehr zu sichern, den Weltfrieden zu stabilisieren, meine Damen und Herren: Eine Regierung, die eine Politik betreibt wie die südafrikanische Regierung, kann doch nicht den Weltfrieden stabilisieren, wenn sie nicht einmal in der Lage ist, den inländischen Frieden zu stabilisieren. Deshalb bin ich der Meinung, daß wir uns an das Waffenembargo halten müssen. (Beifall bei der SPD) Ich sage Ihnen noch eines: Wenn der Herr Ministerpräsident heute morgen zum Abschluß als einen seiner Kernpunkte sagt; ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

„Vier Jahrzehnte nach Kriegsende sind Deutschland und Europa noch immer geteilt. Unser Bemühen um die Wiederherstellung der nationalen Einheit dient dem Ziel, Freiheit und Selbstbestimmung für alle Deutschen zu erlangen.“ dann werden hier Krokodilstränen vergossen, weil die deutsche Einheit nicht hergestellt ist. Die südafrikanische Einheit ist auch nicht hergestellt. Da haben wir genau dieselbe Trennung, die Verweisung der schwarzen Bevölkerung in ihre Homelands, sie wird kaserniert, sie kommt nur mit Sonderausweisen heraus und kann nur mit Erlaubnis in weißen Vierteln arbeiten. Die Schulen sind getrennt. Da ist auch eine Bevölkerung getrennt. Und dahin Waffen zu liefern soll gesetzmäßig sein? Das ist genau dasselbe, als wenn Sie befürworten, in die DDR Waffen zu liefern. Da kann ich nur sagen: Das ist eine zweischneidige, gesplante Politik, die wir nicht hinnehmen können. (Beifall bei der SPD)

## Bundestagswahlen 1987

## Wahlergebnis und soziale Zusammensetzung der Bevölkerung – Wichtige Hinweise für die strategische Diskussion

Eine erste genauere Auswertung der Bundestagswahlergebnisse – bezogen auf die 248 Wahlkreise in der BRD – hat zu den folgenden Überlegungen hinsichtlich der Interpretation der Ergebnisse geführt. Auf Basis der Wahlkreise kann man statistische Maße berechnen, die einen Zusammenhang zwischen der Entwicklung einer bestimmten Partei je Wahlkreis und anderen diesen Wahlkreis auszeichnenden Daten aufzeigen können. Solche Ergebnisse können die Erarbeitung von Thesen zur politischen Lage und den sich daraus ergebenden Aufgaben unterstützen.

Zu betonen ist, daß so gewonnene Zahlen tatsächlich nur Hinweise sein können, nicht aber gesicherte Beweise. Die Gefahr von Fehlinterpretationen besteht. Wir finden z.B., daß in den 248 Wahlkreisen ein starker positiver Zusammenhang zwischen CDU-Anteil und Anteil der Selbständigen besteht. Wo also der Anteil der Selbständigen an der Bevölkerung hoch ist, ist auch der CDU-Anteil vergleichsweise hoch. Dies führt zu der Vermutung, daß unter den Selbständigen besonders viele CDU-Wähler sind. Da man aber nur über die Zusammenfassung von jeweils ca. 100000 bis 200000 Wählern gerechnet hat, kann es im Extremfall vorkommen, daß sich die Selbständigen anders verhalten und das statistische Ergebnis durch andere Faktoren bestimmt ist. Unter diesem Vorbehalt sind die folgenden Überlegungen zu sehen.

Die Forschungsgruppe Wahlen e.V. hat auf Basis der 248 Wahlkreise den statistischen Zusammenhang verschiedener Faktoren berechnet (1). Als Maß dient dabei der Korrelationskoeffizient zwischen zwei Größen, die in jedem Wahlkreis verglichen werden. Der Korrelationskoeffizient kann Werte zwischen +1 und -1 annehmen. Ein Wert von +1 besagt, daß beide Faktoren immer im selben Verhältnis zueinander stehen, also beide jeweils hoch bzw. niedrig sind. Umgekehrt besagt ein Korrelationskoeffizient in Richtung -1, daß hohe Werte des einen Faktors mit niedrigen Werten des anderen zusammenfallen. In der abgedruckten Tabelle, bei der Prozentangaben ausgedruckt sind (+100% bis -100%), kann man die Werte im einzelnen ablesen.

### Soziale Umwälzungen

Der Einfluß der sozialen Zusammensetzung eines Wahlkreises auf die Stimmenergebnisse ist unübersehbar.

Die SPD hat ihre höchsten Ergebnisse in dicht besiedelten Gebieten mit hohem Arbeiteranteil (durchschnittlich 48,7%) und mit mittlerem Anteil von Angestellten und Beamten (50,1%) erzielt. Die Angaben „hoch“, „mittel“ und „niedrig“ erfassen jeweils ein Drittel der Wahlkreise. Vergleiche beziehen sich, wenn nicht anders ausgeführt, stets auf die Bundestagswahl 1983. In den 15 Wahlkreisen mit höchstem SPD-Anteil (davon 14 in Nordrhein-Westfalen) hat die SPD auch immer hinzugewonnen. Die höchsten Verluste hat die SPD in Gebieten mit niedrigem Arbeiteranteil (2,7%) und mit hohem Anteil von Angestellten und Beamten (2,9%). Dieses Ergebnis wird auch durch eine Umfrage gestützt (3), nach

hohem Angestelltenanteil (3,4%). Für diese Annahme spricht auch die relativ hohe Korrelation zwischen FDP- und GRÜNEN-Stimmen (0.55).

Die GRÜNEN haben ihre besten Stimmenergebnisse überwiegend in mittleren Universitätsstädten. Dort sind auch die Gewinne am höchsten. Ein Grund hierfür liegt sicher in der Änderung des Bundesmeldegesetz, das im Unterschied zu 1983 heute vorschreibt, daß der erste Wohnsitz, am dem das Wahlrecht ausgeübt wird, stets dort sein muß, wo „der Mittelpunkt der Lebensverhältnisse“ liegt. Ein großer Teil von Studenten, die früher ihren ersten Wohnsitz am Heimort hatten, haben diesmal am Studienort gewählt.

ARBEITER	100	-60	-14	6	-22	-1	-15	-6	16	28	28	-34	-11	-39	-41	-40	-47
BEAMTANG	-60	100	-70	-26	65	-56	-45	-51	41	31	25	26	23	31	59	30	62
SELBST	-14	-70	100	25	-62	70	69	68	-64	-63	-56	-1	-20	-3	-36	-2	-35
KATHOL.	6	-26	25	100	-11	66	44	64	-58	-42	-52	-16	-9	-17	-34	-8	-20
BEVDICH	-22	65	-62	-11	100	-56	-54	-52	49	40	36	-1	8	4	41	29	46
CDU 83	-1	-56	70	66	-56	100	91	98	-95	-84	-86	1	-17	2	-41	-4	-34
CDU LTW	-15	-45	69	44	-54	91	100	92	-90	-94	-89	13	-24	17	-25	12	-19
CDU 87	-6	-51	68	64	-52	98	92	100	-93	-86	-88	0	-19	0	-42	-1	-34
SPD 83	16	41	-64	-58	49	-95	-90	-93	100	92	97	-30	-5	-31	14	-18	7
SPD LTW	28	31	-63	-42	40	-84	-94	-86	92	100	95	-31	4	-34	2	-40	-6
SPD 87	28	25	-56	-52	36	-86	-89	-88	97	95	100	-40	-9	-42	-1	-32	-11
FDP 83	-34	26	-1	-16	-1	1	13	0	-30	-31	-40	100	73	96	50	39	50
FDP LTW	-11	23	-20	-9	8	-17	-24	-19	-5	4	-9	73	100	65	39	16	33
FDP 87	-39	31	-3	-17	4	2	17	0	-31	-34	-42	96	65	100	55	43	55
GRU 83	-41	59	-36	-34	41	-41	-25	-42	14	2	-1	50	39	55	100	71	94
GRU LTW	-40	30	-2	-8	29	-4	12	-1	-18	-40	-32	39	16	43	71	100	72
GRU 87	-47	62	-35	-20	46	-34	-19	-34	7	-6	-11	50	33	55	94	72	100
Mittelwert	45.9	37.6	16.6	46.1	767.3	48.8	45.2	44.3	38.1	41.4	37.0	7.0	5.6	9.1	5.6	6.1	8.3
Standardabweich.	6.3	8.7	7.1	26.2	933.2	9.2	10.2	8.6	9.1	11.5	9.3	1.9	2.3	2.3	1.6	2.6	2.5
ARBEIT	BEAMTANG	SELBST	KATHOL.	BEVDICH	CDU 83	CDU LTW	CDU 87	SPD 83	SPD LTW	SPD 87	FDP 83	FDP LTW	FDP 87	GRU 83	GRU LTW	GRU 87	

Diese aus (1) entnommene Tabelle zeigt die mathematische Korrelation verschiedener Daten in den 248 Wahlkreisen der BRD. Der Korrelationskoeffizient ist in Hundertsteln angegeben. Abkürzungen: LTW = Landtagswahl, Jahreszahl bei Partei = Bundestagswahl 83 bzw. 87, ARBEIT = Arbeiteranteil, BEAMTANG = Anteil Beamte und Angestellte, SELBST = Selbständige, KATHOL = Anteil der Katholiken, BEVDICH = Bevölkerungsdichte.

der der Anteil der SPD-Wähler bei Gewerkschaftsmitgliedern von 61% auf 69% gestiegen ist.

Die FDP hat ihre stärksten Gewinne in Gebieten mit niedrigem Arbeiteranteil (2,6%) und mit hohem Anteil von Angestellten und Beamten (2,5%). Der Anteil der Selbständigen ist dagegen praktisch ohne Einfluß auf die FDP-Gewinne, was darauf hindeutet, daß die Basis der FDP längst nicht mehr nur die „alten“ Mittelklassen sind.

Auffallend ist, daß die Gewinne der FDP und der GRÜNEN bezogen auf den Arbeiter- und Angestelltenanteil genau parallel stattfinden. Auch die GRÜNEN gewinnen am stärksten bei niedrigem Arbeiteranteil (3,3%) und

Von den 15 Wahlkreisen mit höchstem FDP-Anteil liegen zehn in Baden-Württemberg. Dort sind auch die Zugewinne der FDP sehr stark. Es findet augenscheinlich ein Kampf zwischen FDP und GRÜNEN um die soziale Schicht der Akademiker statt (die Forschungsgruppe Wahlen nennt diese Schicht „Neuer Mittelstand“). Gerade in Baden-Württemberg, wo beide Parteien ihre besten Ergebnisse in einem Flächenstaat erzielt haben, kann man sehen, daß dieser Kampf leider zugunsten der FDP ausgefallen ist. Die GRÜNEN haben nur in fünf von 37 Wahlkreisen die Mehrheit (Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim I, Freiburg und Tübingen). In diesen Wahlkreisen liegt

die FDP (bis auf Mannheim) immer noch beim Landesdurchschnitt (um 12%).

Bei der CDU ergibt sich ein differenzierteres Bild. Während die anderen Parteien im wesentlichen dort gewonnen haben, wo sie ohnehin traditionell stark waren, ist bei der CDU/CSU eine solche Tendenz nicht so klar zu sehen. Die 15 Wahlkreise mit leichten Gewinnen bzw. niedrigen Verluste für die CDU sind regional konzentriert (davon 14 Hamburg und hessischen Großstädten). Besonders hohe Verluste hat die CDU in Baden-Württemberg hinnehmen müssen (zehn von 15 Wahlkreisen), und zwar in Universitätsstädten und eher ländlichen Wahlkreisen mit hohem Faschisten-Anteil. Insgesamt niedrig liegt die CDU in den Wahlkreisen Nordrhein-Westfalens mit hohem Arbeiteranteil (elf von 15 Wahlkreisen), ohne hier jedoch auffällig mehr als im Bundesdurchschnitt verloren zu haben.

### Wer wählt die Faschisten?

Die rechtsradikalen bzw. faschistischen Parteien (NPD, ÖDP, Patrioten, Mündige Bürger, Zentrum, Bayernpartei, FAP) haben ihren Stimmenanteil in dieser Wahl etwa verdreifacht. Die stärksten Stimmengewinne und das höchste Ergebnis haben diese Parteien in Baden-Württemberg. In diesem Bundesland zeigen sich ohnehin alle geschilderten Entwicklungen besonders extrem. Die Analyse der Faschistenstimmen bleibt – aus Zeitgründen – auf Baden-Württemberg beschränkt, ob die gewonnenen Ergebnisse allgemein gelten, muß geprüft werden.

Die Stimmergebnisse der Faschisten liegen in den 37 Wahlkreisen zwischen 1,1% und 2,8%, also ein durchweg beunruhigend hohes Ergebnis. Ein Zusammenhang zwischen der sozialen Zusammensetzung und den faschistischen Stimmenanteilen ist nur ganz schwach erkennbar. Der Anteil der Selbständigen ist in Wahlkreisen mit hohem Anteil faschistischer Stimmen eher hoch.

Untersucht man jeweils die fünf Wahlkreise mit relativ hohem bzw. relativ niedrigem Faschistenanteil, ergibt sich folgendes: Der Zusammenhang zwischen Stimmen für die FDP bzw. die GRÜNEN und den Stimmen für die Faschisten ist nicht einheitlich. Dagegen fällt auf, daß in den fünf Wahlkreisen mit niedrigem Faschistenanteil die SPD durchweg über dem Landesdurchschnitt liegt, während sie umgekehrt in den anderen fünf Wahlkreisen viermal deutlich unter Landesdurchschnitt liegt. Eine völlige Übereinstimmung besteht zwischen der

Höhe der Unionsverluste und den Faschistenstimmen. In allen fünf Wahlkreisen mit hohem Faschistenanteil hat die CDU deutlich stärker als durchschnittlich verloren (zwischen 7,1% und 7,9%). In den anderen fünf Wahlkreisen hat sie stets weniger als im Landesdurchschnitt verloren (zwischen 3,5% und 5,8%), der bei 5,9% liegt. Auch der absolute Stimmenanteil der CDU steht in positivem Zusammenhang zu den Faschistenstimmen.

Dies gibt zu der Vermutung Anlaß, daß sich die Faschisten aus dem rechten Rand der Konservativen speisen und widerspricht direkt der These, die faschistischen Stimmen kämen hauptsächlich aus der Arbeiterklasse.

Von einer Konkurrenz der faschistischen Parteien untereinander kann nicht ausgegangen werden. Im Gegenteil sind eher je nach Wahlkreis alle faschistischen Parteien stärker bzw. schwächer, wobei es Sonderbewegungen zwischen NPD und ÖDP – allerdings auf zusammen hohem Stimmenniveau – gibt. Allein in Baden-Württemberg hat die Kandidatur der NPD ca. 250000 DM erbracht. In der faschistischen Presse wird die Bildung einer „Deutschen Volksliste“ propagiert, die sich angeblich großen Zulaufs erfreut. Die „NATIONALZEITUNG“ hat nach den Bundestagswahlen angekündigt, daß eine Partei der nationalen Sammlungsbewegung für die anstehenden Landtagswahlen zwecks Kandidatur gebildet werden soll. Man kann sagen, daß der Kampf gegen diese faschistische Blockbildung äußerst wichtig ist. Selbst wenn es einer solchen Partei nicht gelingt, über 5% der Stimmen zu erhalten, wird doch schon allein die Konzentration der jetzt noch zersplitterten Stimmen den Faschisten öffentlichen und erheblichen finanziellen Auftrieb geben. Eine Kampagne gegen die Zulassung faschistischer Parteien zu Wahlen ist nötig.

Die hohen Stimmenanteile der Faschisten in Baden-Württemberg stehen mit Sicherheit auch in Zusammenhang mit der Landespolitik Späthscher Prägung. Späth sucht unter dem Stichwort „Informationsgesellschaft“ das reaktionäre Bündnis von Besitzenden und dem Leitungspersonal bei gnadenloser Zurücksetzung der Interessen von armen Leuten. Es ist wohl kein Zufall, daß die in Baden-Württemberg besonders verbreitete Ideologie des Liberalismus unmittelbar mit einer schwungvollen faschistischen Parteibildung einhergeht.

### Schlußfolgerungen

Die Diskussion der meisten Parteien

reflektiert inzwischen bewußt die Tatsache, daß in den letzten vielleicht 20 Jahren eine qualitative Umschichtung der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung stattgefunden hat. Die Interessen der lohnabhängigen Mittelklasse müssen von allen Parteien – so oder so – bündnispolitisch reflektiert werden.

Eine andere Diskussionsrichtung ist die Einschätzung der laut amtlicher Statistik um 4,7% bzw. um eine Million Stimmen gesunkenen Wahlbeteiligung. Vor allem SPD und CDU führen ihr schlechtes Abschneiden auf gesunkene Beteiligung zurück. Sicher ist, daß die Beteiligung gesunken ist. Die Größenordnung ist jedoch – nach übereinstimmender Aussage der Fachleute – viel zu hoch angesetzt. Man geht davon aus, daß die nach den Melderegistern berechnete Zahl von Wahlberechtigten viel zu hoch ist, weil Doppelmeldungen häufig vorkommen. Das Potential von „Nichtwählern“ ist daher wahrscheinlich viel niedriger, als allgemein behauptet. In diesem Sinne ist es mindestens illusionär, wenn die SPD und insbesondere die GRÜNEN das Wahlergebnis als einen Schritt in die richtige Richtung, nämlich Sturz der „Wende-Regierung“, interpretieren.

Eine Politik gegen die Wendereregierung ohne das Eintreten für uneingeschränktes Wahlrecht unabhängig von der Staatsangehörigkeit muß scheitern. Bei dieser Bundestagswahl waren ca. vier Millionen Wahlberechtigte Menschen ausländischer Nationalität vom Wahlrecht ausgeschlossen. Die Mehrheit davon lebt bereits seit über zehn Jahren in der BRD, fast alle sind Arbeiter. Wenn man die oben geschilderten Stimmenverteilungen in etwa umrechnet, kann man sehen, daß bei uneingeschränktem Wahlrecht für Ausländer schwer eine konservative Mehrheit zustande kommen kann. Andererseits kann das Durchsetzungsvermögen einer politischen Opposition, die mit ansieht, wie ein bedeutender Teil ihrer sozialen Basis (sicher um die 15%) von der politischen Willensbildung ausgeschlossen ist, nicht ausreichend sein, um die Konservativen zu schlagen.

Quellenhinweis: (1) „Bundestagswahl 1987“ herausgegeben von der Forschungsgruppe Wahlen, Seckenheimer Str. 10, 6800 Mannheim. (2) „Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. 1.1987“, Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen, herausgegeben von Statistischen Bundesamt Wiesbaden (3) Frankfurter Rundschau vom 5.2.87, Seite 4 – (tob)

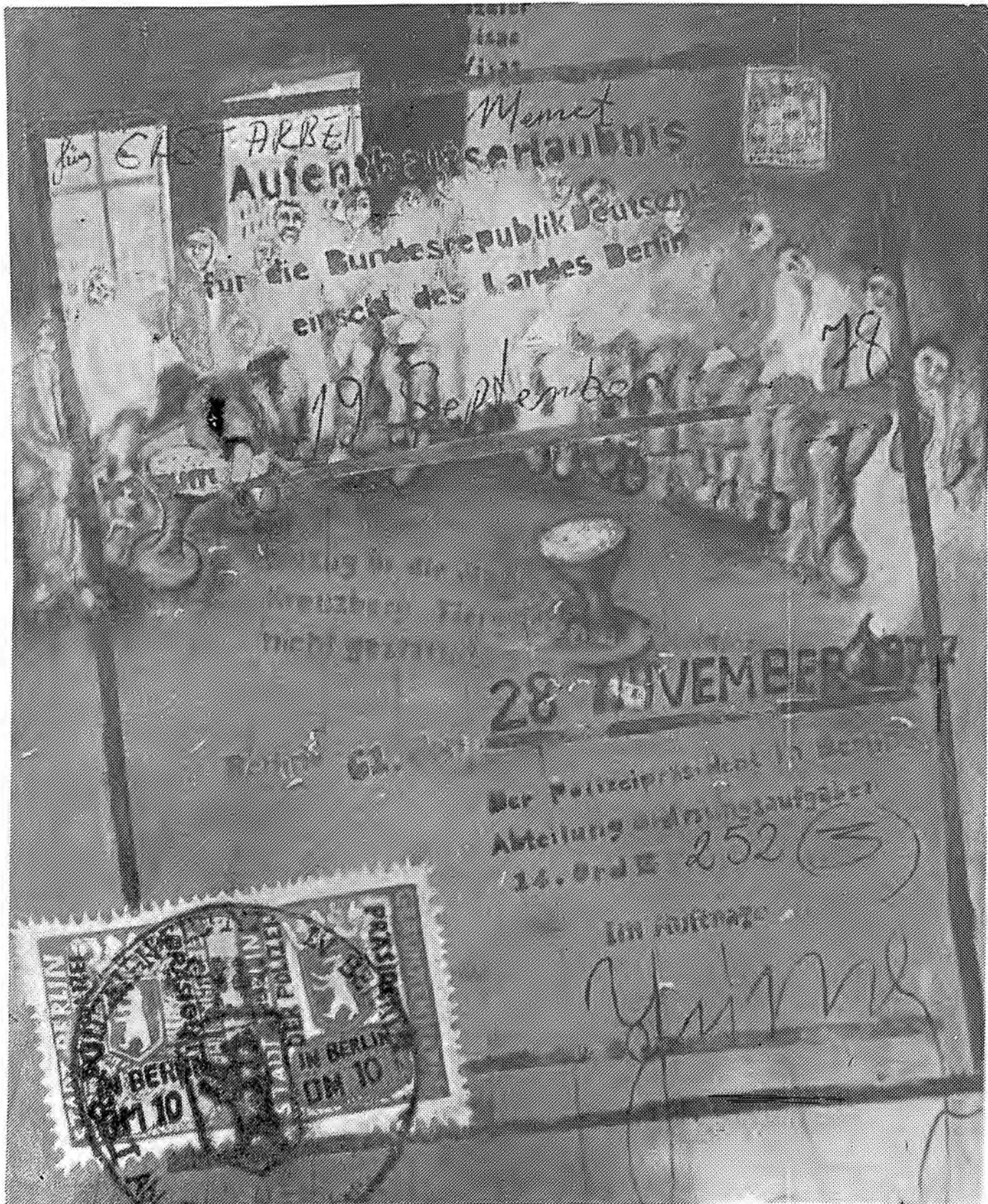


Ein Bild setzt Gedanken frei

## Hanefi Yeter: Zuzugssperre (1978) Mischtechnik/Leinwand, 120 x 160 cm

Hanefi Yeter (geb. 1947) studierte an der Hochschule der Künste in Istanbul, gewichtlegend auf die traditionellen Ausdrucksmöglichkeiten türkischer

Kunst. 1972 setzte er seine Arbeit in Paris und schließlich in Westberlin fort. Seine Kunst ist ein kultureller Brückenschlag. Sie eint Westdeutsche und Ausländer gegen eine Politik der Entrechtung und Entwürdigung und formuliert Glücksansprüche und Träume ebenso wie Gefühle der Angst und des Ausgeliefertseins.



Hanefi Yeter: Zuzugssperre (1978)



Hanefi Yeter enttarnt die papierne Nüchternheit behördlichen Machtanspruchs, indem er mit seiner Arbeit „Zuzugsperre“ (1978) bildhaft Öffentlichkeit herstellt für die Nöte der vielen Mehmdts, die sich auf den Ämtern degradiert sehen als bloßes Objekt staatlichen Handelns.

Zu diesem Zweck gewährt er uns – durch einen Stempel hindurch – Einblick in die Wartesäle bundesrepublikanischer und westberliner Ausländerbehörden. Der die Aufenthaltsgenehmigung gewährende oder verweigernde Beamte ist nicht dargestellt. Seine Präsenz, die den Stempel führende Hand, ist jedoch fast körperhaft fühlbar. Man vermeint ihn außerhalb der unteren Bildkante sitzend. Von dort aus wird das Auge des Betrachters über die Raumlinien des Fußbodens auf die etwa ein Drittel der Bildfläche einnehmende Menschengruppe gelenkt. Durch diese kompositorische Entscheidung gelingt die inhaltliche Konzentration auf die Tätigkeit des Staates als Apparat. Gewissermaßen werden die „Staatsdiener“ zu „Unpersonen“, für deren abstrakt-wirkungsvolles Agieren der formatfüllende violett-fleischbeschauartige Stempel Zeichen ist. Es wird dem Betrachter nicht eine allzuleichte Schuldzuweisung an diesen oder jenen ermöglicht. Im Gegenteil: Der Bildaufbau schließt selbst das eigene Platznehmen am imaginären Schreibtisch nicht aus. Wir alle haben uns mit einzubringen in die Auseinandersetzung, unsere Auffassungen zu formulieren und für sie geradezustehen.

Welche Aussagen werden nun weiterhin getroffen? Über welche Bildtatbestände werden sie künstlerisch realisiert?

Von der unteren Bildkante bis zu den Wartenden erstreckt sich ein leerer Raum. Nichts lädt ein zum Platznehmen, zum Einandernäherkommen. Es ist freigeräumt. Menschliche Kontakte zwischen beiden Seiten scheinen ausgeschlossen. Je nach Standpunkt hat man so die Ausländer vom Halse, kann sich mit diesem oder jenem Skrupel hinter seinem Stempel verstecken, oder aber man spürt die kalte, berechnende Brutalität der Verhältnisse, die Menschen ihres Menschseins entkleiden und sie wie Sachen auf dem Güterbahnhof verschiebbar machen – und zum Hohn dafür auch noch bezahlen müssen. Aber der Umgang mit Ausländern ist nicht nur durch die räumliche Distanzierung beschrieben. Sie wirken wie in die hinterste Ecke gedrückt, ausgegrenzt, mit Druck isoliert. Alle sind vom Stempel erfaßt, dem Rahmen ihrer Hoffnungen und Ängste. Ihrer Freizügigkeit sind sie beraubt: Zuzug in die Bezirke Kreuzberg, Tiergarten und Wedding nicht gestattet. Als ob Ausländer in ihrer Summe Quellen von Ansteckungen ergäben, gegen die wieder einmal im Interesse der Volkshygiene polizeilich regulierend vorgegangen werden müsse.

– Abstempeln, abgestempelt sein als ... – Das Fahndungsplakat in der rechten oberen Ecke des Stempelfeldes gibt Auskunft. Terroristen? Gewöhnliche Verbrecher? Gesucht auf jeden Fall. Paßt bloß auf! Verletzt nicht unsere Gastfreundschaft!

Das ist nicht alles, was Hanefi Yeter uns mitzuteilen hat. Zwar sind da die quälende Ungewißheit des Einzelnen, das Gefühl des Ausgeliefertseins, die drückenden Sorgen des jeweils Betroffenen. Schicksale an einem Ort, dessen Kälte die Körperäußerungen zurücknimmt. Zusammengenommene Beine. Die Arme verschränkt. Sicherheit, Halt an sich selbst angesichts der Gefahren in der Fremde. Doch die Vereinzelung wirkt nicht unangefochten. Der Stempel legt es offen: Menschenschicksal ist menschengemacht.

– Die Abgrenzung der Körper voneinander wird durch eine locker öffnende Malerei überwunden. Das tendenzielle Ineinanderaufgehen versinnbildlicht Gemeinsames, das Solidarität auch unter schwierigsten Bedingungen immer wieder hervorbringt. – (nöh)

Literaturempfehlung: Hanefi Yeter 1969 – 1982, Frölich & Kaufmann, Berlin (West), 1982; Hanefi Yeter, Traum und Tanz, Berlin (West), 1985

Kommission von BWK und VSP

## Übereinstimmung und Differenzen in einem wichtigen Punkt

Der folgende Beitrag ist das Diskussionsergebnis einer gemeinsamen Kommission von BWK und VSP, die prüft, ob die Erarbeitung einer Grundsatzerklärung, die der Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Organisation dient und programmatische Fortschritte enthält, möglich ist. Dieser Beitrag umfaßt nur einen von mehreren ins Auge gefaßten Punkten und hat noch keiner der beteiligten Organisationen zur Beschlußfassung vorgelegen. – (anl)

### Gliederungselemente Programmatische Erklärung

#### I. Für die Verteidigung und Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und der arbeitenden Klassen

1.) Beide Organisationen unterstützen die folgenden Bestrebungen, Bewegungen und Kämpfe:

a) Um den Lohn und alle seine Bestandteile, um den gesellschaftlichen Lohnstandard. Dazu gehört auch der Kampf gegen Steuerplünderungs- und -spaltungspolitik.

b) Für Arbeitszeitverkürzung, gegen Flexibilisierung und für eine Reform der Arbeitszeitordnung, die einen Normalarbeitstag in festen gesetzlichen Schranken sowie seine Verkürzung sichert.

Grundlage hierfür: Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Arbeitszeitverkürzung, Flexibilisierung, Arbeitszeitgesetz“ des Kongresses der revolutionären Sozialist(inn)en vom 1./2. 11.86.

c) Für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, gegen die Intensivierung der Arbeit, gegen Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit; gegen die kapitalistische Arbeitsteilung und die Zerstückelung des Arbeitsprozesses und deren Fixierung in Berufe.

d) Gegen die besondere Unterdrückung der Lohnabhängigen ausländischer Nationalität.

e) Gegen Entlassungen, für Ausweitung der Beschäftigung zu gesicherten Tarifbedingungen, für Anhebung und Ausweitung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung und die Beseitigung der Beschränkungen der Ansprüche auf Versicherungsleistungen, gegen jede Form von Arbeitsdienst und Einschränkung der Freizügigkeit.

In diesem Zusammenhang ist die Stellung zu Forderungen nach Beschäftigungsmaßnahmen und nach Verstaatlichungen zu klären.

Für Schutzmaßnahmen und eine Ausweitung und materielle Absicherung der Ausbildung, die den Zwang für Jugendliche, Ältere, Kranke mindern, ihre Arbeitskraft zu Markte zu tragen, um zu leben.

f) Für die Verteidigung und Verbesserung der vorhandenen Sozialleistungen, die Rücknahme der bisherigen Kürzungen. Finanzierung der Versicherungsleistungen durch die Kapitalisten und ihre Kontrolle durch die Versicherten.

Grundlage: Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Sozialsystem in der BRD“ des Kongresses der revolutionären Sozialist(inn)en vom 1./2. 11.86.

g) Für die Verteidigung der Ansprüche der Werktätigen auf Sicherung ihrer Reproduktion als gesellschaftliche Ansprüche

che – und nicht als Privatangelegenheit – und die Sicherung und Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen für die Werktätigen vor allem auf kommunaler Ebene (Gesundheitswesen, Verkehr, Schule usw.)

h) Für Eingriffe in das private Eigentum und die uneingeschränkte Verfügung der Kapitalisten über die Produktionsmittel, die die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und der Werktätigen verbessern und dazu die Kontrolle über ihre Produktions- und Reproduktionsbedingungen durch die Beschäftigten, ihre Gewerkschaften und auf kommunaler Ebene erhöhen.

i) Für Verteidigung des bestehenden und Durchsetzung und gesetzliche Sicherung des uneingeschränkten Koalitions- und Streikrechts, für die Verteidigung und Ausweitung von Kontroll-, Einspruchs- und Mitbestimmungsrechten der Gewerkschaften und Betriebs- und Personalräte.

2.) In der Unterstützung dieser Bestrebungen, Bewegungen und Kämpfe sind sich die beteiligten Organisationen über die folgenden Grundsätze einig:

a) – Solidarität schließt ein die Verteidigung der Interessen der schlechtest gestellten Lohnabhängigen, insbesondere Ausländer und Frauen, und ist andererseits die Voraussetzung, um die Verschlechterung der Lebensbedingungen aller Lohnabhängigen abzuwehren.  
– Nur die Solidarität aller Lohnabhängigen kann die historische Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ positiv für die Arbeiterbewegung entscheiden;

b) daß also allen Versuchen zur Spaltung und Differenzierung der Lohnabhängigen entgegenzutreten ist;

c) daß zur Besserung der Lage der Arbeiterklasse die Durchsetzung von Mindestbedingungen grundlegend ist;

d) daß die besondere Unterstützung und Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen, deren Lohn bei schwerer Arbeit zur Reproduktion nicht reicht, erforderlich ist;

e) daß zur Besserung der Lage der Arbeiterklasse kollektive Interessen, Forderungen und soziale/materielle Rechte der Arbeiter – beispielsweise in Form von Tarifverträgen und allgemeinen gesetzlichen Regelungen – verfochten, verteidigt und durchgesetzt werden müssen;

f) daß der Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen ohne Rücksicht auf die Profitinteressen der Kapitalistenklasse geführt werden muß und deshalb die Kritik an der Propaganda von der Wettbewerbsfähigkeit des Betriebs, von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des westdeutschen Kapitals, der BRD-Wirtschaft, beinhalten muß;

g) daß zwischen dem Kampf um die Besserung der Lage der Arbeiterklasse und für die soziale Revolution der Arbeiterklasse kein Gegensatz besteht, weder in der Weise, daß erfolglose Kämpfe für die Besserung der Lage der Arbeiterklasse etwa die Revolution besonders fördern, noch in der Weise, daß erfolgreiche Kämpfe die Revolution verhindern;

daß jede soziale Revolution der Werktätigen aus der Unentraglichkeit der herrschenden Verhältnisse entsteht;

daß also revolutionäre Veränderungen ein Resultat der Verteidigung und Verwirklichung von gesellschaftlichen Ansprüchen und Emanzipationsinteressen der Arbeiterklasse und der Werktätigen sind, die zuzugestehen die herrschende Klasse und die herrschende Gesellschaftsordnung

nicht bereit sind.

In Kenntnis dieser Zusammenhänge unterstützen wir die Kämpfe der Arbeiter für ihre unmittelbar vorliegenden Interessen und arbeiten für ihren Erfolg.

3.) Eine wissenschaftliche Begründung dieser Ziele wird nach dem gegenwärtigen Stand der Debatte zwischen den beteiligten Organisationen und in der Verhandlungskommission auf folgende Differenzen stoßen, deren Klärung Teil der erforderlichen programmatischen Fortschritte sein wird:

*Nach Auffassung der BWK-Kommissionsmitglieder:*

a) Über lange Strecken ihrer Propaganda operiert die VSP mit einer mystischen Gefühlskategorie „des Arbeitslosen“ und „der Arbeitslosigkeit“, die mit der Analyse und Kritik der Entwicklung der industriellen Reservearmee wenig zu tun hat.

Karl Marx schreibt im „Kapital“: „Die relative Überbevölkerung existiert in allen möglichen Schattierungen. Jeder Arbeiter gehört ihr an während der Zeit, wo er halb oder gar nicht beschäftigt ist ...“ und: „... besitzt sie fortwährend die drei Formen: flüssig, latent und stockend“ (Kapital Bd. I, S. 670).

Schon der Teilzeitarbeiter („halb“ beschäftigt, K. Marx) und jede Form unsteter Beschäftigung stehen damit z.B. außerhalb dieser Art Kritik an „der Arbeitslosigkeit“.

Die Verengung der Kritik an der Entwicklung der industriellen Reservearmee auf die schiere Abwesenheit irgendwelcher kontraktlicher Bindung an den Kapitalisten (kein „Arbeitsplatz“) stumpft die Kritik des Kapitalismus ab, behindert den Kampf gegen alle Formen der Ausbeutung und gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit und setzt keine Schranken gegen die Manöver der Kapitalisten mit der industriellen Reservearmee.

b) Eine Kritik des Kapitalismus als vorrangige Kritik an der Arbeitslosigkeit als dem „krassesten Ausdruck“ des Kapitalismus wird also den Tatsachen der kapitalistischen Ausbeutung nicht gerecht. Sie verengt die Kritik an den Folgen und Auswirkungen der Ausbeutung auf einen Teilaspekt und setzt dann die Folgen und besonderen Formen kapitalistischer Ausbeutung mit den Ursachen gleich.

Die diesbezügliche Kritik am ehemaligen KPD-Programmentwurf (s. Politische Berichte 16 und 21/85) gilt nach wie vor.

c) Die BWK-Mitglieder der Verhandlungskommission halten in diesem Zusammenhang die Losung „Arbeit für alle“ für falsch. Erstens fordert die Arbeiterbewegung nicht „Arbeit“ – also Verausgabung von Arbeitskraft –, zweitens fordert sie auch nicht Ankauf der Arbeitskraft unter Absehung vom Preis und den Anwendungsbedingungen, und drittens ist diese Losung gänzlich untauglich, um eine Perspektive zu weisen zur Besserung einer Lage, die bereits im „Kapital“ wie folgt dargestellt wird:

„Das Gesetz endlich, welches die relative Überbevölkerung oder industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation in Gleichgewicht hält, schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital als den Prometheus die Keile des Hepheistos an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.“ (Kapital Bd. I, S. 675)

d) Die gesellschaftlichen Bedingungen des Verkaufs und

der Anwendung der Ware Arbeitskraft durch die Kapitalisten (Preis/Wert der Arbeitskraft, Dauer des Arbeitstages, Intensität der Arbeit, die entsprechenden Rechtsverhältnisse) bestimmen die Lage der Arbeiterklasse und also auch der Arbeiter, die Teil der industriellen Reservearmee sind.

e) Für die Unterstützung von Gegenmaßnahmen folgt daraus u.a. die Frage:

ob eine Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen Kapitalisten und Arbeiterklasse zugunsten der Arbeiterklasse demnach im Kampf um die Bedingungen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft und ihrer Anwendung ansetzen und also Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeitslosen und zur Minderung der Arbeitslosigkeit und gegen ihre Folgen beinhalten muß, oder ob der Kampf um die Besserung der Lage der Arbeiterklasse und der Werktätigen heute vor allem als „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ geführt werden soll – und was das dann eigentlich heißt?

*Nach Auffassung der VSP-Kommissionsmitglieder:  
Positionspapier „Kampf gegen Arbeitslosigkeit“*

1) Arbeitslosigkeit resultiert unmittelbar aus der gesetzmäßig steigenden Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital in Verbindung mit der ebenfalls gesetzmäßigen Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Wirtschaft. Die Kritik der Arbeitslosigkeit lenkt also keineswegs von der Kritik der Mehrwertproduktion ab, sondern greift ein für die Arbeiterklasse besonders drückendes Ergebnis der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital an.

Wenn der Eindruck besteht, daß etwa in den programmatischen Dokumenten der VSP andere Aspekte des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital unzureichend entwickelt sind, gibt es keine Einwände, das zu verbessern.

2) Die Existenz von Massenarbeitslosigkeit wirkt verschlechternd auf die Verkaufsbedingungen der Ware Arbeitskraft. Sie erleichtert das Eindringen gewerkschaftsfeindlicher Ideologie in die Arbeiterklasse und ihre Bündnis-schichten, indem gewerkschaftliche Forderungen nach mehr Lohn, verbesserten Arbeitsbedingungen u.a. als egoistisch, rücksichtslos u.a. gegenüber den Arbeitslosen denunziert werden.

Wenn die Gewerkschaften bzw. die organisierte Arbeiterbewegung im allgemeinen nicht als Interessen- und Kampforganisationen der Arbeiterklasse einschließlich ihres erwerbslosen Teils handeln, wenn sie die Sorge vor dem Verlust des Arbeitsplatzes der noch in Arbeit Stehenden nicht in ihre Politik und Taktik einbeziehen, werden sie der Gefahr der Spaltung der Arbeiterklasse und der politischen Isolierung der Arbeiterbewegung kaum entgegenwirken können.

Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit (für die Verteidigung bestehender Arbeitsplätze gegen Massenentlassungen, für mit Neueinstellung verbundene Arbeitszeitverkürzungen, für öffentliche beschäftigungspolitische Maßnahmen u.a.) ist schon aus diesen, eher politisch-taktischen Gesichtspunkten unerlässlich.

3) Im Kapitalismus kann der Lohnarbeiter nur durch den Verkauf seiner Arbeitskraft an den Kapitalisten existieren. Gelingt ihm dieser Verkauf, wird er zwar ausgebeutet, aber mit dem Normalarbeitsverhältnis ist in der Regel ein Einkommen verbunden, mit dem sich gegenwärtig unter mehr oder weniger großen Einschränkungen die Kosten der Lebensführung bestreiten lassen.

Die marxistische Kritik der Ausbeutung mündet in der Forderung nach Abschaffung des Systems der Lohnarbeit. Solange aber das System der Lohnarbeit existiert, muß selbstverständlich der Anspruch aller, die zu ihrer Existenz ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, zumindest auf eine Existenz als Lohnarbeiter gestützt werden.

Hier liegt eine schwerwiegende Differenz zum BWK. Der BWK vertritt die Auffassung, daß durch die Forderung, daß denen, die darauf angewiesen sind, zumindest eine Existenz als Lohnarbeiter ermöglicht werden muß, das Ausbeutungsverhältnis selbst beschönigt wird.

Er lehnt folglich eine Forderung wie die DGB-Forderung „Arbeit für alle“ ab mit dem Argument, daß die Leute keine Arbeit, sondern Geld brauchen. Nun ist es selbstverständlich richtig, für Verbesserungen der Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit zu kämpfen bis hin zu der Forderung, daß Arbeitslosengeld in Höhe des bisherigen Arbeitslohns und für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit zu zahlen ist.

Nur ist es eine illusionäre Idee, daß im Kapitalismus die Existenz auch nur eines großen Teils der Arbeiterklasse dauerhaft von der Möglichkeit des Verkaufs der Arbeitskraft an die Kapitalisten abgekoppelt werden kann. Die Forderung nach ausreichenden Erwerbsmöglichkeiten ist durch die Forderung nach verbesserten Leistungen der Arbeitslosenversicherung keineswegs zu ersetzen.

4) Weil bestehende Massenarbeitslosigkeit auf die Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft drückt, ist es von besonderer Wichtigkeit, den Kampf für tarifliche und gesetzliche Mindestbedingungen, für den Erhalt des kollektiven Tarifvertragssystems, für die Verteidigung des Normalarbeitsverhältnisses zu führen.

Die Forderung „Arbeit für alle“ ist nicht als Verallgemeinerung des Angebots „Nimm jede Arbeit an“ zu verstehen. Insofern muß dem Bestreben der Unternehmerorganisation und der konservativ-liberalen Regierung, die Nachfrage nach Arbeitskraft durch Senkung des Preises zu steigern, entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden. Das gilt auch für Tendenzen in den Gewerkschaften, solchen Bestrebungen entgegenzukommen.

Es muß aber auch festgestellt werden, daß Gewerkschaften, die nicht für die Ausweitung der Beschäftigung zu tariflichen Bedingungen kämpfen, einer steigenden Bereitschaft von Arbeitslosen, auch Arbeit unter Tarif anzunehmen, keine realistische Perspektive entgegensetzen können.

5) In der gemeinsamen Kommission ist die Befürchtung geäußert worden, daß die zentrale Bedeutung, die die VSP dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit beimißt, ihre Begründung in der Annahme findet, daß die Erwerbslosen das „eigentlich revolutionäre Potential“ darstellen. Das ist keine Position, die in der VSP-Diskussion irgendeine Rolle spielt. Die Realität des Klassenkampfes ist auch eine völlig andere. Alle Kämpfe gegen Arbeitsplatzvernichtung (verschiedene Betriebsbesetzungen, Stahl- und Werfindustrie u.a.) und für die Ausweitung der Beschäftigung (35-Stunden-Woche) wurden und werden von der noch in Beschäftigung stehenden Arbeiterklasse geführt. Davon unabhängig wäre eine breitere Erwerbslosenbewegung selbstverständlich ein wichtiger politischer Fortschritt. Die Befürchtung, der Kampf für Vollbeschäftigung könne von „eigentlichen Aufgaben des Klassenkampfes“ ablenken, wird auch durch die Realität der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung nicht bestätigt. Vielmehr ist es so, daß die Gewerkschaften, die für ihre Strategie und Taktik das Thema Arbeitslosigkeit thematisieren, eher auf eine Ausweitung des Klassenkampfes setzen (vergleichsweise), während die Gewerkschaften, die das dezidiert nicht tun, sich tendenziell eher in Richtung Vertretung von Sonderinteressen relativ besser gestellter Schichten der Arbeiter und Angestellten entwickeln.

Eine wissenschaftliche Begründung dieses Punktes wird eine nähere Befassung mit der Stellung zu Forderungen nach Verstaatlichungen und nach Beschäftigungsprogrammen erforderlich machen.

## Rentenreform

## DGB läßt sich in die Strategie der Kapitalisten einbinden – BDA quittiert prompt: höheres Rentenalter, länger arbeiten!

Die Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung waren kaum in das erste Stadium getreten, die öffentliche Aufmerksamkeit ganz auf Fragen einer Steuerreform gelenkt, da formulierte die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) Regierungsaufträge und Positionen in einer Frage, die von den Regierungsparteien zu den wichtigsten der beginnenden Gesetzgebungsperiode gerechnet wird: der Strukturreform in der Rentenversicherung. Als ersten Coup präsentierte die Vereinigung der Kapitalistenverbände ein Abrücken des DGB von Positionen

seines eigenen Sozialpolitischen Programms und ein Einverständnis des DGB mit inzwischen als selbstverständlich gehandelten Regierungsdirektiven zur Rentenkürzung. Postwendend setzten BDA-Vertreter Zeichen, auf welche Ziele sie den Angriff auf Rentenansprüche, Ruhestand, Versicherungsleistungen und nicht zuletzt das Lohnniveau richten wollen: im Zentrum stehen die bisherigen Rentenaltersgrenzen. Damit ist klar, daß diese Strukturreform zu einer der wichtigsten Herausforderungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wird.

Punkt 1 der nebenstehend dokumentierten gemeinsamen Erklärung von BDA, DGB und DAG bedeutet seitens des DGB gleich drei gewichtige Zugeständnisse auf die Positionen der BDA und der Bundesregierung. Erstens gibt der DGB zu verstehen, daß die Forderungen seines immerhin noch gültigen Sozialpolitischen Programms nicht weiter seine Haltung bestimmen werden. Dieses Programm formuliert eine deutliche Kritik an Rentenstandard und -verteilung: „Die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung reichen selbst für Arbeiter und Angestellte, die ein langes Erwerbsleben aufzuweisen haben, noch nicht aus, um den erreichten Lebensstandard aufrechtzuerhalten.“

Zweitens kassiert der DGB ohne weiteres die Rentenkürzungen und Anspruchsbeseitigungen, wie sie von Ehrenberg bis Blüm verfolgt worden sind und inzwischen in rund zehn Jahren u.a. durch Aufhebung der „der Rentenversicherung eigenen Prinzipien“ zu einer Kürzung der Renten um rund 25% geführt haben. Daß damit gleichzeitig folgenschwere Änderungen vorgenommen sind, kann von DGB-Funktionären nach dieser Erklärung nicht mehr glaubhaft vertreten werden: z.B. die Aufhebung der *Brutto-Lohn* bezogenen Rentenformel, die schlichte Beseitigung der ebenfalls Bruttolohn bezogenen Renten-Niveau-Sicherungsklausel, die Einführung von Versicherungsbeiträgen auf Versicherungsgelder durch die Krankenversicherungsbeiträge, die erhebliche Einschränkung der Ansprüche auf Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten – kurz: die Behandlung der Rente als „Alterslohn“ von Arbeitgeber- und Regierungsgnaden.

Drittens läßt sich der DGB auf die BDA-Version von den zu erwartenden „insbesondere demographischen Veränderungen“ ein – ohne Bedingung, ohne Vorbehalt, ohne Erklärung, wieso überhaupt gebildete Rentenansprüche oder Versicherte dafür aufzukommen hätten. In der Substanz erhalten auch die Punkte 2 und 3 der Erklärung gegenüber gängigen Formeln der Kapitalistenverbände und der Bundesregierung nichts Neues – außer eben der

Anerkennung durch den DGB. Das ist in diesem Falle gleichbedeutend mit einer Verzichtserklärung des DGB auf eine Haftbarmachung der Kapitalisten für den in Aussicht gestellten Bankrott der gesetzlichen Rentenversicherung. Zu dem „Seitenhieb“ gegen die FDP (Ablehnung einer „bloßen Grundsicherung“) und zum Dank der Kapitalisten für diese Abtretungserklärung weiter unten.

Die „gleichgewichtige Entwicklung

„Beziehung“ auf die verfügbaren Einkommen.

Dies ergibt sich z.B. aus den Bemerkungen eines Sachbearbeiters im Bundesarbeitsministerium. Er plädiert dafür, auch noch einen Faktor für die steuerliche Belastung aufzunehmen: „Daher muß in der Rentenformel ... die steuerliche Komponente berücksichtigt werden, wenn ein stabiles Rentenniveau erreicht werden soll ... Die Einsparungen aus einer *Verlangsa-*



Die Lebensversicherungen warten nur darauf, steigende Lohngeelder der Lohnabhängigen für ihre privaten Versicherungsangebote zu kassieren.

von Renten und verfügbaren Arbeitnehmerinkommen“ bedeutet – wie schon gesagt – zunächst einmal die Aufhebung der Verankerung der Rentenanpassung und des Rentenniveaus im Bruttolohn. Es gibt bisher noch keine mathematische Lösung für diese Forderung, obwohl seit bald zehn Jahren daran herumgerechnet wird! Der Grund dafür ist einfach zu verstehen: Wenn man die Abzugsbelastung als Teil der Formel aufnehmen würde, wäre normalerweise ein weiterer Faktor in der Rentenformel: darüber könnte man eine Vorstellung gewinnen. Mit einem gewissen Recht würde man auch erwarten, daß dieser Faktor eben festgestellt wird und damit basta. Genau dies aber ist nicht der Sinn der

*mung des Rentenzuwachses* infolge eines *Belastungsanstiegs bei den Arbeitnehmern* entstünden im wesentlichen unmittelbar in der Rentenversicherung.“ (1) Das läßt an Klarheit nichts zu wünschen übrig: über die Absicht, die Lohnabzüge *einschließlich Besteuerung* weiter zu steigern und dafür zu sorgen, daß das auch die Rentner zu spüren bekommen. Klar, daß diese sehr einfachen Absichten sich nicht so einfach als Formeln darstellen lassen. Einfacher ist es freilich – wie in der Erklärung – mit der mystischen Bemerkung vom „sachgerechten Zusammenwirken“ von Einnahmen und Ausgaben darüber hinweg zu gehen.

Ausgerechnet da, wo wenigstens zu-



sätzliche Mittel in die Rentenkassen geholt werden könnten, läßt sich der DGB auf eine Marke festlegen, die Stoltenberg sicherlich mit auf den Weg gegeben haben dürfte: Anhebung des Bundeszuschusses auf mindestens ein Fünftel der Rentenausgaben. Gut gerechnet würde das nach heutigen Beträgen rund drei Milliarden DM zusätzlich ausmachen. Man braucht sich nicht daran zu erinnern, daß bereits unter Bismarck der Rentenversicherung ein Drittel der Ausgaben staatlich zugesprochen wurde (mit dem ausdrücklichen Ziel, der Rentenkasse den Aufbau eines Versicherungsvermögens zu erlauben!); es ist ja noch nicht einmal klar, ob z.B. die Ausgaben für die immer noch mit stufenweisen Abschlußzeiten versehenen Erziehungszeiten nach 1989 aus den öffentlichen Haushalten der Rentenkasse ersetzt werden.

Kapitaldeckung ja,  
aber natürlich privat!

Daß mit dieser „Erklärung“ in Sachen Rentenreform nichts geklärt ist, außer dem Verzicht des DGB auf Ansprüche, beweist die immer turbulenter werdende Diskussion über weitere Angriffe insbesondere auf die Rentenversicherung. Dabei hat die Absicherung des Anlagekapitals und Kapital gedeckter Versicherungsformen einen wachsenden Stellenwert bekommen – bloß scheinbar ohne Konsequenzen für die Rentenversicherung.

Schieben wir einmal – wie die Kapitalisten – die ausländische Wohnbevölkerung beiseite – bei allen in der Öffentlichkeit vorgetragenen „Bevölkerungs“-Prognosen zählen ausländische Arbeiter und ihre Familien nicht. Lassen wir auch unbeachtet, daß beispielsweise die Frauenerwerbstätigkeit weiter steigen wird. Und gehen wir einmal davon aus, daß zwar niemand weiß, wie tief die als bevorstehend prognostizierte Rezession sein wird, daß aber jedenfalls feststeht: in fünfzig Jahren kommen auf einen Beitragszahler doppelt so viele Rentenbezieher in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Wenn das alles feststeht, dann folgt daraus zwingend: der „Generationenvertrag“ als Legitimation der Rentenpolitik ist erledigt. Man könnte diese Situation ganz ohne weiteres mit dem Beginn der Rentenversicherung 1889 vergleichen. Neben der Erfüllung der unmittelbar bestehenden Rentenansprüche mußte eine Aufspargung für die zukünftigen stattfinden. Neben den Beiträgen wurde – wie schon erwähnt – aus dem Reichshaushalt zugesprochen und die Rentenkasse zur Bildung eines Vermögens verpflichtet. Dieses erreichte bis 1917 immerhin zehn Jahresausgaben und bis 1939 erneut sieben Jahresausgaben.

Würde man sich an diese historische Entwicklung halten, wäre also erstens klar: es geht nicht um eine „Last der

## BDA, DGB und DAG zur Rentenpolitik: Ausgangspunkte für weiteren Rentenabbau!

Die Strukturreform der Rentenversicherung gehört zu den sozialpolitisch dringlichen gesetzgeberischen Aufgaben in der neuen Legislaturperiode ... (Die BDA, der DGB und die DAG) haben bei gemeinsamen Erörterungen weitgehende Übereinstimmung in den Grundsatzfragen erzielt. Sie sind ebenso wie der Bundeskanzler der Auffassung, daß diesem Aufgabenschwerpunkt für die neue Legislaturperiode eine große Bedeutung zukommt, und begrüßen ausdrücklich die wiederholt erklärte Absicht, eine Lösung im Konsens mit den Beteiligten zu suchen.

Vor diesem Hintergrund wird den folgenden Punkten, über die zwischen den Sozialpartnern Übereinstimmung besteht, zentrale Bedeutung beigemessen:

1. *Zukunftsgerechte Weiterentwicklung der Alterssicherung:* Die gesetzliche Rentenversicherung ist im Bereich der sozialen Sicherung das nach Personenkreis und Leistungen bedeutendste Sicherungssystem. Sie muß durch eine systemgerechte und rechtzeitige Weiterentwicklung in die Lage versetzt werden, die ihr in der sozialen Sicherung zukommende Funktion auch angesichts der zu erwartenden, insbesondere demographischen Veränderungen für die jetzigen und späteren Generationen zu erfüllen. Die der Rentenversicherung eigenen Prinzipien der Lohn- und Beitragsbezogenheit der Renten, der Lebensstandardsicherung und des sozialen Ausgleichs haben sich bewährt und sind zu erhalten. Ein Abbau bzw. Umbau der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer bloßen Grundsicherung wird abgelehnt.

2. *Strukturelle Anpassung statt punktuelle Eingriffe:* Durch die strukturelle Anpassung auf der Grundlage der bewährten Prinzipien muß erreicht werden, daß das finanzielle Gleichgewicht in der Rentenversicherung sich künftig unmittelbar aus einem sachgerechten Zusammenwirken der einnahme- und ausgabewirksamen Regelungen ergibt. Das Vertrauen der Beitragszahler und Rentner in dieses Sicherungssystem kann nur erhalten und gefestigt werden, wenn kurzfristige und punktuelle Eingriffe des Gesetzgebers unterbleiben.

3. *Ausgewogene Lastentragung durch Beitragszahler, Rentner und Staat:* Die auf die Rentenversicherung zukommenden Belastungen aufgrund des sich ändernden Bevölkerungsaufbaus sind von allen Beteiligten – Bei-

tragszahler, Rentner und Staat – gemeinsam und ausgewogen zu tragen. Dies muß auch für andere gesetzliche Alterssicherungssysteme sinngemäß gelten. Außerdem müssen in diesen Alterssicherungssystemen unter Berücksichtigung ihrer Besonderheiten vergleichbare soziale Tatbestände vergleichbare Leistungen zu Folge haben.

4. *Gleichgewichtige Entwicklung von Renten und verfügbaren Arbeitnehmerinkommen:* Verfügbare Renten und Arbeitnehmerverdienste müssen sich im Gleichklang entwickeln. Dadurch wird bewirkt, daß Belastungsveränderungen bei den Aktiven sich entsprechend auf die Renten auswirken und die Rentner an den demographisch bedingten Belastungen beteiligt werden.

5. *Ausgabendynamischer Bundeszuschuß:* Der Staat trägt für die Rentenversicherung eine besondere Verantwortung. Dieser Verantwortung entspricht es, daß der Bund sich angesichts des sich ändernden Bevölkerungsaufbaus künftig mit einem höheren Anteil als bisher an der Finanzierung der Rentenausgaben beteiligt. Dies gilt umso mehr, als der Bundeszuschuß von 31,8% im Jahre 1957 auf 17,7% der Rentenausgaben im Jahre 1986 zurückgegangen ist und bei unveränderter Regelung weiter absinken wird. Diesem Rückzug des Staates aus seiner finanziellen Verantwortung muß begegnet werden. Der Anteil des Bundeszuschusses an den Rentenausgaben muß deshalb Anfang der neunziger Jahre schrittweise auf mindestens ein Fünftel der Rentenausgaben angehoben werden. Außerdem muß der Bundeszuschuß künftig entsprechend dem Anstieg der Rentenausgaben und des Beitragssatzes fortgeschrieben werden. Die erhöhten Anforderungen an den Bundeshaushalt können durch demographisch bedingte Entlastungen in anderen Bereichen kompensiert werden.

Die Sozialpartner sind der Auffassung, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Stabilisierung des Rentenversicherungssystems unerlässlich sind und zusammen mit anderen strukturrelevanten Maßnahmen die Funktionsfähigkeit dieser Alterssicherung über die Jahrhundertwende hinaus sichern. Sie gehen davon aus, daß diese Punkte deshalb bei den Entscheidungen zum Regierungsprogramm berücksichtigt werden. (DGB-Informationsdienst v. 30.1.87)

Zukunft“, sondern es handelt sich nach wie vor um Kriegsschulden der herrschenden Klasse, die 1957 per „Generationenvertrag“ bloß verladen wurden – nämlich um eine Generation. Zweitens würde die Gemeinheit deutlich, die darin besteht, daß die Kapitalisten – anstatt diese Mittel rauszurücken – nun von den Versicherten verlangen, auch noch zusätzlich Lohn- und Rentenkürzungen zu akzeptieren.

Um eine Anschauung über die Größe des Streitwerts zu gewinnen, zitieren wir einen der aufsteigenden Sterne am Himmel der „angebotsorientierten“ Ökonomie, R. Dinkel: „Bei einer Verzinsung von 3%, wie in der BRD bei Lebensversicherungsverträgen vorgeschrieben, benötigt eine mit (einer Reproduktion von 0,8) stabil schrumpfende Bevölkerung immer noch einen Kapitalstock in Höhe des 12- bis 13fachen des Sozialprodukts.“ Da aber entstehen nun ganz große Probleme: „Wir haben uns daran gewöhnt, das in einer Industriegesellschaft das Verhältnis von Kapitalstock zu Sozialprodukt eine

Größenordnung von 2 bis 3 hat.“ (2) Mit anderen Worten: die bei Lebensversicherungen übliche Sicherheit würde also nach diesen Berechnungen „ordnungspolitisch“ als erste Maßnahme einmal die Sicherstellung des gesamten „Kapitalstocks“ und dessen Übereignung an die Versicherten verlangen. Die Kapitalisten könnten dann anschließend in den volkseigenen Betrieben darüber nachdenken, welchen Teil ihrer verbleibenden Schulden sie vererben wollen.

Natürlich sind solche Rechnungen und ihre Ergebnisse absichtsvoll erstellt. Andere Rechnungen sprechen von etwa dem dreifachen Volkseinkommen (1) als dem erforderlichen Deckungsbedarf. Im Grunde geht es um eins: es muß entweder eine Über-eignung von Vermögen stattfinden an die Rentenversicherung und / oder es müßte ein Aufsparevorgang stattfinden. Beides berührt die Kapitalistenwirtschaft und darüber sind sich alle ihre Vertreter einig: „Als Folge davon sinken die Renditen“.

Umgekehrt ist ein Gebot der Stunde: aus der Ruinierung der gesetzlichen Rentenversicherung läßt sich im wahrsten Sinne des Wortes auch noch Kapital schlagen. Und zwar durch die private Lebensversicherung. Die Rechnung ist sehr einfach: sinkt das Niveau der SV-Renten, entsteht selbstverständlich bei besser gestellten Teilen der Lohnabhängigen ein Bedarf an „Zusatzversorgung“. Und diese Form der „Aufsparung“ ist natürlich ganz im Sinne der Kapitalisten, vielleicht am besten gleich im „eigenen“ Betrieb.

Die Vorstellungen Biedenkopfs und Bangemanns nach einer steuerfinanzierten Grundrente und sonst privater Versicherung liegen in dieser Richtung. Und man kann auch annehmen, daß der CDU-Vorsitzende von NRW mit dem Stammsitz der großen Versicherungskonzerne und der FDP-Wirtschaftsminister wissen, für wen sie sprechen. Auch wenn die „Erklärung“ sich dagegen verwahrt: Als Folge sinkenden Rentenniveaus reichen die normalen Renten nicht mehr hin, und die

### **„Ruhestand zum Schock werden kann ...“ BDA: mehr Arbeit, späterer Renteneintritt**

Kurzfassung der Stellungnahme von BDA-Geschäftsführer W. Doetsch auf dem BfA-Colloquium am 13. Februar 1987:

1. Die Sicherung des Generationenvertrages in der gesetzlichen Rentenversicherung ist in Zukunft nicht ohne eine Verlängerung der Erwerbsphase zu bewältigen. Dabei geht es zunächst um ein faktisches Hinausschieben des durchschnittlichen Rentenbeginns von derzeit 59 Jahren. Ein Anstieg des Rentenzugangsalters um ein Jahr bringt eine finanzielle Entlastung um 1 bis 1,5 Beitragspunkte.

2. Mit der Verbesserung der Arbeitsmarktverhältnisse dürfte sich von selbst ein langsamer Anstieg des Rentenzugangsalters ergeben. Unabhängig davon werden aber gesetzliche Maßnahmen zum Hinausschieben des Rentenbeginns erforderlich sein. Über versicherungsmathematische Zu- und Abschläge sind Anreize für eine spätere Inanspruchnahme des Altersruhegeldes zu setzen. Darüber hinaus ist eine ggfs. schrittweise Heraufsetzung der gesetzlichen Altersgrenze zu prüfen.

3. Auch menschliche Gesichtspunkte sprechen angesichts der Verlängerung der Lebenserwartung für eine Ausdehnung der Erwerbsphase. Eine Flexibilisierung der Altersgrenze allein im Sinne eines möglichst frühzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsprozeß ist nicht in jedem Fall mit sozialem Fortschritt gleichzuset-

zen. Daß der Ruhestand zum Schock werden kann, ist bekannt. Arbeit ist auch für viele ältere Menschen nicht nur Last und Plage. Sie besitzt auch einen Eigenwert. Die Fortschritte in der Medizin haben das ihre dazu beigetragen.

4. Die altersbedingten Veränderungen der beruflichen Leistungsfähigkeit sind nicht als Verminderung, sondern als Wandel des Leistungsspektrums zu betrachten. Deshalb kommt es darauf an, Mitarbeiter altersadäquat einzusetzen und einen gleitenden – in Stufen sich vollziehenden – Übergang in den Ruhestand zu ermöglichen.

5. Wege, die dem veränderten Belastungsprofil älterer Menschen entgegenkommen, sind Veränderungen des Arbeitsplatzes oder Versetzungen in andere Tätigkeitsbereiche, die der möglicherweise geminderten altersbedingten physischen Belastbarkeit Rechnung tragen und gleichzeitig den größeren Erfahrungsschatz des Älteren zum Tragen kommen lassen. Darüber hinaus eröffnen der technische Fortschritt und die Ausweitung des Dienstleistungssektors wachsende Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Menschen.

6. Die Realisierung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand setzt eine größere Bereitschaft der Betriebe voraus, flexible Arbeitszeiten, insbesondere Teilzeitarbeit, anzubieten. Die Anwendungs- und Gestaltungsmöglichkeiten moderner

Teilzeitarbeit müssen erschlossen und genutzt werden. Dies verlangt, daß die kürzere Arbeitszeit und das entsprechend geringere Entgelt durch eine Teilrente aus der Rentenversicherung ergänzt werden. Ihre Ausgestaltungsmöglichkeiten sind eingehend zu prüfen.

7. Es muß jedoch auch die Möglichkeit gegeben werden, über die gesetzliche Altersgrenze hinaus erwerbstätig zu bleiben. Dies läßt sich über versicherungsmathematische Zuschläge fordern, wie umgekehrt ein vorzeitiger Ruhestand mit Rentenabschlägen belegt werden muß. Notwendig ist eine Altersgrenze mit Flexibilität in beiden Richtungen.

8. Die Umwälzungen, die der demographisch bedingte Umbruch mit sich bringen wird, erfordern gesellschaftlich ein Umdenken. Die Älteren müssen wieder einen anderen Stellenwert in unserer Gesellschaft erhalten. Es ist notwendig, die Präferenzen und die Leistungsfähigkeit älterer Menschen mit der finanziellen Belastbarkeit der aktiven Generation in Einklang zu bringen ...

9. Eine weitere Voraussetzung für eine notwendige Verlängerung der Erwerbsphase ist ein allgemein leistungsfreundlicheres Klima sowie die Senkung der Personalzusatzkosten zur Sicherung und Neueinrichtung von Arbeitsplätzen ...

10. Die Neugestaltung des Generationenvertrages darf im Interesse der sozialen Sicherheit und der Wahrung der Leistungskraft unserer Wirtschaft ... nicht auf die lange Bank geschoben werden ...

niedrigen Renten geraten unter das Sozialhilfe-Niveau.

### Kohl: Drei-Generationen-Vertrag

Auf eine Legitimation für diese Betrügereien kann die Kapitalistenklasse nicht verzichten. Deshalb wird der „Generationenvertrag“ im Anschluß an Nell-Breuning erweitert zum „Drei-Generationen-Vertrag“. Theoretisch und moralisch ist völlig klar: „Die jeweils erwerbstätige Generation muß erstens durch Geldbeiträge die Versorgung der Rentnergeneration sicherstellen. Damit erwirbt sie jedoch noch keinen eigenen Rentenanspruch, sondern tilgt lediglich ihre ‚Schuld‘ gegenüber der älteren Generation, die sie aufgezogen und ausgebildet hat.“ Zweitens solle die Generation im erwerbsfähigen Alter einen „Realbeitrag“ leisten in Form der individuellen Reproduktion – gemeint sind damit Kinder: „Dadurch wird eine ausreichend große nachwachsende Generation gesichert, die später die Versorgung der Elterngeneration übernehmen kann.“ Diese Erklärung läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Diese Sichtweise wendet sich gegen die landläufige Auffassung, es seien die Beitragszahlungen, die einen Anspruch auf spätere Rentenleistungen begründeten.“ (3)

Damit ist also klar: vor dem Arbeitsvertrag wird nun diese neue Sorte von bevölkerungspolitischen Vertrag wirksam, aus dem der Lohnabhängige bloß herauskommt durch Kinder oder zusätzliche Beiträge, in welcher Form auch immer. Der Verkauf des Arbeitsvermögens verpflichtet eben zu mehr als zur Vermehrung des kapitalistischen Reichtums.

Die Überlegungen aus Kreisen der katholischen Unternehmer existieren lange schon. Nunmehr stehen sie vor einer Aufnahme in die Regierungserklärung. Am 15. Januar erklärte Kohl über „die wichtigsten Reformvorhaben in ordnungspolitischer Sicht“ zum Stichwort Rente: „Die Grundsätze des ‚Drei-Generationen-Vertrages‘ bleiben dabei Fundament und Garantie einer sicheren Rente.“ (4)

### BDA: Anspruch auf das ganze Arbeiterleben

Gerade zwei Wochen waren vergangen nach der Abgabe der „Erklärung“, da präsentierte die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände die Rechnung. In der nebenstehenden Stellungnahme wird die Aufhebung der jetzt bestehenden Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung verlangt. Wieweit die „normale Grenze“ altersmäßig nach oben geschoben werden soll, bleibt offen. Feststeht, die Kapitalisten verlangen eine Flexibilisierung derart, daß eine etwa zwei Jahre vor der erhöhten „normalen Altersgrenze“ verlangte Rente um wenigstens zehn bis fünfzehn Prozent gekürzt werden soll.

Die westdeutschen Arbeiter und Angestellten sollen sich gefälligst ein Beispiel an den USA nehmen, wo die Altersgrenze auf 70 angehoben sei. Dies richtet sich erstens direkt gegen die bisherige Altersgrenze von 65 und im besonderen gegen die 1972 beschlossene flexible Rente mit 63 Jahren sowie das vorgezogene Altersruhegeld für Frauen mit 60 Jahren.

Der trotz erheblich erschwelter Anspruchsbedingungen immer noch erhebliche Zugang an Frühverrentung durch Berufs- und Erwerbsunfähigkeit soll beseitigt werden: „Die altersbedingten Veränderungen der beruflichen Leistungsfähigkeit sind nicht als Verminderung, sondern als Wandel des Leistungsspektrums zu betrachten“. Damit ist klar: solange der Lohnabhängige noch über Lebenskraft verfügt, hat er sie dem Kapitalisten als Arbeits-



Ihre Rente, so Blüm, sei sicher. Gemeint ist: nur solange und soweit die staatliche Rentenversicherung „sicher“ ist, nicht allzu viele Renten auch auszahlen zu müssen.

kraft verfügbar zu machen. Wenn nicht mehr den ganzen Tag, dann eben den halben. Wenn nicht mehr am Band, dann eben zum Putzen; und wenn betrieblich nichts Geeignetes zu finden ist, dann wird die „Ausdehnung der Dienstleistungen“ wohl irgendwo ein Stelle als Parkplatzwächter, Portier, Kurierdienst oder sonst irgendetwas eröffnen.

Bei den im wesentlich körperlich Arbeitenden zielt dies auf völlige Auslaugung ihrer Arbeitskraft. Die Teilzeitbeschäftigung verspricht Kompensation verringerten Arbeitsvermögens, die Entlohnungsbedingungen werden entsprechend verringert, und erst wenn der Arbeiter oder Angestellte im Grab liegt, kann sicher behauptet werden, daß er nicht mehr dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Durch solche Vernichtung von Ansprüchen auf eine „dritte Lebensphase“ frei von dem Zwang, die Arbeitskraft verkaufen zu müssen, wird die Rentenversicherung selbstverständlich sehr entlastet: vielleicht wird man auch bald hören, daß es eigentlich bloß Rentner gibt, weil es eine Rentenversicherung gibt.

In bezug auf besonders ausgebildete

Arbeitskräfte und vorrangig akademisch ausgebildete Arbeitskräfte spielt noch ein besonderes Interesse eine (zuschlagsberechtigende) Rolle: für Teilaufgaben sollen diese Arbeitskräfte noch länger gehalten werden, ohne die Kosten einer ganzen Personalstelle zu verlangen, z.B. für die Betreuung eines Projekts, einer Forschungsarbeit, einer Datenbank.

Selbstverständlich zielt dieser Angriff nicht nur auf die Rentenversicherung, sondern er enthält auch eine auf die aktuelle Arbeitszeit- und Flexibilisierungsdiskussion bezogene Stoßrichtung: „Wenn weniger Arbeit ‚zu verteilen‘ ist, dann kann dies durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit mit explosiven Folgen für den Sozialbereich getan werden oder durch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei gleichzeitiger

Verringerung der Wochen- oder Jahresarbeitszeit. Ergänzt werden kann und muß diese zweite Strategie durch produktivitätsfördernde Flexibilisierungsmaßnahmen.“ (2) Die Flexibilisierung der Arbeitskraft im Sinne von den Kapitalisten als optimal erkannter Bedingungen der Kapitalverwertung wird mit diesem Angriff auf das Rentenalter auf das gesamte restliche Leben der Lohnabhängigen ausgedehnt.

Den Auftakt zur Verwirklichung dieser Ziele soll das Bundesverfassungsgericht liefern. Dort steht eine Klage zur Entscheidung, die in dem vorgezogenen Altersruhegeld mit 60 für Frauen eine Ungleichbehandlung der Geschlechter und Verfassungswidrigkeit erkennt. Nach ‚vorherrschender‘ Meinung wird die Beurteilung durch das Verfassungsgericht möglicherweise noch in diesem Jahr zu dem Auftrag an die Bundesregierung führen, diese Ungleichbehandlung zu beseitigen.

Quellenhinweise: (1) W. Niemeyer, Bundesarbeitsblatt 1/87; (2) R. Dinkel, Wirtschaftsdienst 1986/II; (3) R. Erbe, Wirtschaftsdienst 1986/IV; (4) H. Kohl, Deutschland-Union-Dienst v. 15.1.87 (haj)



### Metallindustrie in der Krise?

Folgt man der Propaganda, die die Metallkapitalisten in der Tarfbewegung verbreiten, so verschlechtert sich ihre wirtschaftliche Lage von Tag zu Tag: Der Dollar fällt, das Exportgeschäft in die USA gerät unter Druck, und da die D-Mark auch gegenüber anderen Währungen steigt, ist im Außenhandel bald nur noch Verlust zu

machen. So ungefähr lauten die Klagen, mit denen Gesamtmetall die IG Metall zu niedrigen Lohnabschlüssen und zu einer weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeit zwingen will. Tatsächlich haben die Metallkapitalisten im Außenhandel in den vergangenen Jahren enorme Extraprofiten gemacht, damit ihre Anlagen weiter modernisiert und die Intensität der Arbeit auf einen neuen Höchststand getrieben.

### Britische Druckarbeiter – vom Nutzen der Antistreikgesetze

Nach dem Bergarbeiterstreik konnten die Antistreikgesetze der Regierung Thatcher erneut ihren unschätzbaren Wert in der Niederschlagung von Kämpfen der Arbeiter beweisen, als die Druckergewerkschaften NGA und SOGAT ihren mehr als einjährigen Kampf gegen den Zeitungskapitalisten Murdoch aufgeben mußten. Murdoch, der Preisboxer aller Londoner Zeitungskapitalisten, gewann nach dosierter Anwendung von Polizeiknüppeln auf der einen und Gerichten auf der anderen Seite. Über die Auswirkungen der Niederlage und die Erforschung der Ursachen in der britischen Arbeiterbewegung berichten wir in der nächsten Ausgabe.



### Flughafenausbau

Auf sechs Wochen ist das Erörterungsverfahren um die Erweiterung des Flughafens in Leinfelden-Echterdingen und die Verlegung der Autobahn zwischen Stuttgart-Degerloch und Flughafen angesetzt. Es ist das größte Verfahren in der Geschichte der BRD mit über 80000 Einsprüchen. Alle Anrainergemeinden lehnen dieses Projekt

ab. Stuttgarts OB Rommel will eine gemeinsame Stellungnahme verhindern. Aus den Ausführungen der Sachverständigen und Rechtsanwälte der Flughafen GmbH wird deutlich, daß hier eine neue Stufe in der Beschneidung der Rechte der Kommunen erreicht werden soll. Die Presse berichtet so, als seien die Verhandlungen formeller Kinderkram, der eigentlich keinen interessiert.

### Was ist aus der Verweigerungskampagne geworden?

Antimilitarismus und Verweigerung aller Kriegsdienste – diese Bestandteile der Friedensbewegung der letzten Jahre scheinen in letzter Zeit immer schwächer geworden zu sein. Die Vorbereitungen der Reaktion auf ein neues Zivilschutzgesetz laufen, Opposition dagegen ist kaum spürbar. Die Neuregelung des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes ist in Kraft, Verweigerungen werden schwieriger, die Zahl der „freiwilligen“ Meldungen bei der Bundeswehr, so frohlockt Wörner, nehmen zu. Wie hat sich die Zahl der Kriegsdienstverweigerungen in letzter Zeit entwickelt? Welche Entwicklung haben die politischen Kräfte, die die Verweigerungskampagne der Friedensbewegung trugen, genommen?



#### Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

**Nachrichtenhefte** erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

– Chemie und übrige Industrien 0,50 DM  
– Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM

#### Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)  
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7  
Tel.: 02 21/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7  
Tel.: 02 21/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:  
Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle**. Preis je Heft 1,20 DM  
Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallin-

dustrie – **Nachrichten Stahl- und Metallindustrie**. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – **Nachrichten, Analysen, Mitteilungen**.

Preis je Heft 1,20 DM

**Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront**. Preis je Heft 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – **Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse**. Preis je Heft 1,20 DM

– Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik. **Informationsdienst**

**Gesundheitspolitik**. Preis je Heft 1,20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

**Bezugsbedingungen:** Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg  
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin  
Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen  
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen  
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg  
Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern  
Lerchenauer Str. 18 a, 8000 München 40

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 02 21/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7. Telefon 02 21/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elgehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Kustler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP.